Einzelverkaufspreis: 1,50 mark incl. 5,5 % mwst

Informations-Dienst



zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 112 14.2.1976

D 22354 C

INLAND

DOKUMENTE

INTERNATIONALES

ZUR LAGE IN PORTUGAL

ZUR LAGE IN SPANIEN

herausgeber :
frankfurter informations - dienst e. v.
6 frankfurt 90
hamburger allee 45
tel. 0611 / 70 43 52

postadresse :
6 frankfurt 90
postfach 90 03 43

redaktionsschluß :
donnerstag 20 uhr
verantwortlicher redakteur : f. kern

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schlüterstr. 79

463 bochum-querenbg.
pol. buchladen
im westenfeld
tel. 70 23 36

74 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 280 95 22

schweiz : eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01 / 39 12 67

vierteljahr-abo: 18 DM
gegen vorkasse
auf das postscheckkonto:
frankfurter informations-dienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
überweisen. genaue anschrift angeben.

druck : eigendruck

HAUSMITTEILUNG

Bis auf weiteres können wir die Berichterstattung über den Stammheimer Prozeß („Notizen aus Stammheim") nicht fortsetzen. Die bisherigen Berichterstatter stecken in anderen Verpflichtungen, so daß auch bereits vorliegende handschriftliche Notizen von vorausgegangenen Prozeßtagen vorerst nicht bearbeitet werden können. Inzwischen bemühen wir uns um weitere Berichterstatter.

ID-Kollektiv

INLAND

CIA - NACHLESE

FRANKFURT (ID) 12. Februar — Nach dem Schweigen im Medienwalde im Anschluß an die ersten CIA-Veröffentlichungen im ID kamen in der zweiten Woche – zögernd und leicht widerwillig – einige Berichte. Hier ein Überblick:

HESSENSCHAU – FERNSEH-REGIONALPROGRAMM AM 10. 2. 1976 18.30 UHR, WIEDERHOLUNG UM 19.15 UHR

Nachrichtensprecher:

„Eine Liste mit den Namen von 25 angeblichen Agenten des amerikanischen Geheimdienstes CIA in der Bundesrepublik hat der in Frankfurt erscheinende sogenannte „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" veröffentlicht. Genannt werden 19 Angehörige der amerikanischen Botschaft in Bonn, darunter zwei Attachees und fünf Sekretärinnen, sowie sechs Beschäftigte des amerikanischen Militärflughafens in Frankfurt."

Auch in Portugal wurde die ID-Nachricht verbreitet: am 3.2. brachte der ehemalige Sender „Emissora Nacional" in den Abendnachrichten, der „servicio de informacão para a divulgacão da noticias nao publicadas" habe in der BRD die Namen von 15 als Diplomaten getarnten CIA-Agenten veröffentlicht.

Namensliste veröffentlicht

FRANKFURT A. M., 11. Februar (dpa/lh/FR). Eine Liste mit den Namen von 25 angeblichen Agenten des US-Geheimdienstes CIA in der Bundesrepublik hat der in Frankfurt erscheinende weit links angesiedelte „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" in seinen beiden letzten Ausgaben veröffentlicht. Darunter sind 19 Angehörige der US-Botschaft in Bonn sowie sechs Beschäftigte des amerikanischen Militärflughafens Rhein-Main-Airbase bei Frankfurt.

Die US-Botschaft in Bonn bezeichnete die Darstellung des weitgehend unbekannten „Informationsdienstes" als „unverantwortlich" und betonte, die „ganze Geschichte" sei „verdammenswert und aufrührerisch". Die Veröffentlichung von Namen angeblicher CIA-Agenten könne „Verrückte und Fanatiker dazu bringen, einzelne US-Diplomaten anzugreifen".

Donnerstag, 12. Februar 1976, Nr. 36

Seite 4 · Frankfurter Rundschau

STARS AND STRIPES, 4. FEBRUAR 1976

Überschrift: US- und russischer Protest gegen deutsche „Spionlisten"

Bonn (UPI) Sowohl die amerikanische als auch die russische Botschaft protestierten am Mittwoch gegen Zeitungsenthüllungen, nach denen einige Mitglieder ihrer diplomatischen Vertretungen angebliche Geheimagenten sind. Ein Sprecher der amerikanischen Botschaft sagte, die Veröffentlichung einer Liste von angeblichen CIA-Agenten in Westdeutschland durch ein sogenanntes „sozialistisches" Wochenmagazin, sei „unverantwortlich, ... verachtungswürdig ... hetzerisch ..." Ein Sprecher der sowjetischen Botschaft sagte, die Enthüllungen könnten nur „das Produkt solcher Kreise sein, die die Beziehungen zwischen den Staaten unterminieren wollen".

Die Liste mit angeblichen CIA-Agenten kam von einem Nachrichtenmagazin mit dem ungefügen Namen Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten (ID). Ein Sprecher beschrieb ID als ein „sozialistisches" Wochenblatt, das seit 1973 in Frankfurt erscheint. Der ID-Sprecher sagte, die Mitarbeiter des Magazins identifizierten 15 angebliche CIA-Agenten nach einer Methode, die von John Marks in dem Artikel „Über das Aufspüren von Spionen" in der Zeitschrift „Washington Monthly" niedergelegt worden ist.

Einige der vom ID veröffentlichten Namen sind in der vom deutschen Auswärtigen Amt herausgegebenen Liste des diplomatischen Corps als Mitglieder der amerikanischen Botschaft aufgeführt.

Der ID sagte, er veröffentliche die Namen, Adressen und Telefonnummern, weil „der CIA zu einer paramilitärischen Interventionstruppe geworden sei ... und gezeigt hat, daß er bereit ist, mit blutigen Interventionen die Freiheit abzuschaffen."

„Dieser Bericht ist unverantwortlich", sagte US-Botschaftssprecher William Marsh, „Er kann Wahnsinnige und Fanatiker dazu anregen, einzelne Diplomaten anzugreifen. Das ist verachtenswürdig und hetzerisch."

Danach kommen noch ein paar Absätze zu dem KGB-Fernsehfilm und den Quick-Veröffentlichungen zu diesem Thema.

In der internationalen Presse fand die ID – Meldung über den CIA Beachtung in der Londoner Times, der in Paris erscheinenden International Herald Tribune und in der trotzkistischen englischen Zeitung Workers Press.

Seite 32 / Mittwoch, 11. Februar 1976, Nr. 35



Zeitung für Frankfurt

Agenten in der Airbase?

Sozialistischer Informationsdienst veröffentlicht Namensliste

lh. Eine Liste mit den Namen von 25 angeblichen Agenten des amerikanischen Geheimdienstes CIA in der Bundesrepublik hat der in Frankurt erscheinende sozialistische „Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" in seinen beiden letzten Ausgaben veröffentlicht. Unter den Genannten sind neunzehn Angehörige der amerikanischen Botschaft in Bonn — darunter zwei Attachés und fünf Sekretärinnen — sowie sechs Beschäftigte des amerikanischen Militärflughafens Rhein-Main-Airbase in Frankfurt.

Die amerikanische Botschaft in Bonn bezeichnete die Darstellung des „Informationsdienstes" als unverantwortlich und betonte, die „ganze Geschichte" sei „verdammenswert und aufrührerisch". Die Veröffentlichung von Namen angeblicher CIA-Agenten könne „Verrückte und Fanatiker dazu bringen, einzelne amerikanische Diplomaten anzugreifen".

Der nach eigenen Angaben seit Sommer 1973 in einer wöchentlichen Auflage von inzwischen rund 3800 Exemplaren erscheinende „Informations-Dienst", der sich als „Beitrag zu einer freien, sozialistischen Gegenöffentlichkeit" versteht, erklärte demgegenüber, der Enthüllung liege auch eine Quelle innerhalb der Botschaft zugrunde. Im übrigen könnten die Agenten des amerikanischen Geheimdienstes anhand von „Tarnbezeichnungen" leicht unter den Botschaftsangehörigen herausgefunden werden.

IN WYHL KOMMT ES JETZT DRAUF AN: GROSSKUNDGEBUNG AM SONNTAG, DEM 22. FEBRUAR – AN DER NATO-RAMPE

369 TAGE PLATZBESETZUNG

WYHL (ID) 12.Februar Die Baden-Württembergische Landesregierung ist unter Druck. Noch vor den Landtagswahlen im März will sie den Konflikt in Wyhl entschärfen. Und die „Befriedung", wie es heißt, soll bis nach den Bundestagswahlen anhalten. Deshalb bietet sie den Bürgerinitiativen folgendes an:

1. Baustopp bis zum 1.November
2. Ein paar Gutachten
3. Amnestie für strafrechtliche, zivilrechte und (!) beamtenrechtliche Verfolgung.

Dafür will sie: Ende der Platzbesetzung. Eine Garantie der Bürgerinitiativen, daß sie nie wieder „gesetzwidrig handeln" werden und daß sie auch aktiv gegen Gesetzwidrige vorgehen. Die Landesregierung behält sich das Recht vor, im November festzusetzen, ob s i e jetzt die Bedenken ausgeräumt sieht oder nicht. (Filbinger als Obergutachter).

Inzwischen wächst der Widerstand gegen diese beiden letzten Punkte. Die Bürgerinitiativen wollen erst nach der Kundgebung am Sonntag entscheiden, was sie der Regierung antworten werden.

Es kommt darauf an, ob die Kundgebung am Sonntag ermutigend wird oder entmutigend. Alle, für die Wyhl kein exotisches Revolutionsspiel und keine verflossene Mode ist, können am Sonntag ihre Solidarität mit unserem Kampf zeigen. Wenn ihr am 22.Februar zur Kundgebung um 15 Uhr kommt, ist das genauso wichtig, wie wenn Herzog Filbingers Polizei da wäre.

Jetzt kommt es in Wyhl darauf an, noch v o r den Landtagswahlen. Bringt so viele Leute wie möglich mit und laßt Partei- und Selbstdarstellungsinteresse zuhause. Ein bunter Jahrmarkt linker Parteiparolen würde die Bevölkerung gewiss nicht ermutigen, im Gegenteil. Ihr wißt, wie wichtig manche Kämpfe sind, an denen sich viele Leute orientieren. Wyhl ist überall oder am Sonntag, dem 22. Februar ist Wyhl in Wyhl.

FRAUEN IN DER IG DRUCK + PAPIER SIND AKTIV

HAMBURG (ID) 12.Februar Das Hamburger Journalisten-Info hat am 5. Februar eine Sondernummer für Frauen in den verschiedenen Betrieben des Druckbereiches herausgegeben: „Im Gewerkschaftshaus hat vor etwa zwei Wochen eine Frauen-Veranstaltung stattgefunden, die diesen Namen wirklich verdiente!

Nach der Vorführung des Films „Salz der Erde" gab es in ungewöhnlich entspannter, solidarischer Atmosphäre eine Diskussion bis Mitternacht. Während sonst in „Feierstunden" (auch in gewerkschaftlichen) zum „Jahr der Frau" viele schöne, aber nutzlose Worte gemacht werden, sind wir diesmal dazu gekommen, die Probleme der Frauen, die besonders miesen Arbeitsbedingungen, den Streß mit der Doppelbelastung (Haushalt und Kinder) genauer zu fassen zu kriegen.

Um so wichtiger ist es jetzt, daß wir am Ball bleiben: Die gut 50 Kolleginnen und Kollegen haben u.a. auf der Versammlung angeregt, , innerhalb der IG Druck eine Veranstaltung stattfinden zu lassen, zu der alle Frauen aus den verschiedenen Betrieben des Druck-Bereiches eingeladen werden. Anlaß dafür war ihnen die jetzt anstehende Tarifrunde, zu der gerade die Frauen besondere Forderungen zu erheben haben. Schließlich steht die grundsätzliche Forderung: Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit bisher nur auf dem Papier!!!

So sind z.B. etliche Fälle aus der STERN-Redaktion bekannt, wo Redakteurinnen - ohnehin eine verschwindende Minderheit – mindestens 300 DM weniger erhielten als Redakteure für die gleiche Arbeit. Schärfer noch trifft die krasse Unterbezahlung die Frauen, die in den Druckereien unter den schlechtesten Bedingungen Schwerstarbeit leisten müssen. So zahlt Broscheck den Frauen in der Buchbinderei mit ganzen DM 7,20 (bis vor kurzem sogar teilweise nur DM 6,98) pro Stunde – rund 30% weniger als den Männern.

Deshalb können wir verlangen, daß die DRUPA–FRAUENVERSAMMLUNG stattfindet und zwar noch innerhalb des Monats Februar! Einige Kollegen und Kolleginnen werden dies auf der Delegierten-Versammlung der IG Druck am 9.2. in Form eines Antrages zum Beschluß vorlegen und die Drupa-Delegierten auffordern, die Frauen-Versammlung aktiv zu unterstützen. Und damit die Kolleginnen auch zahlreich diese Gelegenheit nutzen können, wird die Delegierten-Versammlung weiterhin aufgefordert, einen Kinderdienst einzurichten. Dabei sind besonders die männlichen Kollegen angesprochen!
(Der Antrag ist inzwischen mit großer Mehrheit angenommen worden! Anm.d.Red.)

Wir schlagen vor, für die bevorstehende Versammlung die brennendsten Probleme in Angriff zu nehmen, und folgende Forderungen zu diskutieren:

- Abschaffung der beiden untersten Lohngruppen (1+2), sowie der untersten Gehaltsgruppen. Diese Gruppen werden hauptsächlich dazu benutzt, die Unterbezahlung der Frauen zu verschleiern; sie sind verkappte Leichtlohngruppen!
- Einstufung der Frauen in die gleichen Lohn- und Gehaltsgruppen wie die männlichen Kollegen!

Diese beiden Forderungen der Frauen stehen zusätzlich zu der Forderung nach einheitlich 200 DM Reallohn mehr, den alle Kolleginnen und Kollegen zu dieser Tarifrunde diskutieren und erheben.

- Freistellung von der Spätschicht für alle Frauen, d.h. freie Wahl der Schichten, bei vollem Lohnausgleich!
- Bezahlter Pflege-Urlaub bei Krankheit der Kinder nicht nur für die Mutter, sondern auch für den Vater (oder sonstige Erziehungsberechtigte) – und zwar nicht nur für 5 Tage im Jahr, sondern solange kranke Kinder gepflegt werden müssen und unabhängig davon, wie alt das Kind ist!

Wir können schon im voraus sagen, daß einige kluge Leute uns darauf hinweisen werden, bei der anstehenden Tarifrunde würde nur über Geld geredet. Wir meinen, die Fragen der Schichten und des Kranken-Urlaubs müssen Jetzt angegangen werden! Die Kolleginnen haben lange genug unter der besonders scharfen Belastung der Spätschicht und der Sorge um die Kinder gelitten!

Wir wenden uns mit diesen Vorschlägen an alle Kolleginnen in der Hoffnung, damit einen Beitrag zu einer breiten Diskussion um die besondere Benachteiligung der Frauen zu leisten. Unsere Kollegen, ganz besonders aber die Delegierten, Vertrauensleute und die Betriebsräte werden danach zu fragen sein, inwieweit sie sich der Probleme der Frauen annehmen, den Kolleginnen von sich aus ihre Hilfe anbieten und die besonderen Forderungen der Frauen aktiv unterstützen.

Gleichzeitig wollen wir selber dafür sorgen, daß möglichst viele Kolleginnen von der geplanten Frauenveranstaltung erfahren und in den Stand gesetzt sind, ihre Probleme in die eigenen Hände zu nehmen. Dazu laden wir alle Kolleginnen herzlich ein!
Frauen gemeinsam sind stark!!!! "

„WIR SIND HIER AUF DEUTSCHEM BODEN"

UTRECHT(ID) 12. Februar Der Niederländische Rechtsanwalt und Dozent für Strafrecht, Pieter Bakker-Schut, ist am 11. Februar auf dem Weg zu einem Besuch bei seinem Mandanten Ronald Augustin, einem holländischen Staatsangehörigen, am Grenzübergang Berg zur BRD nach einer Paßkontrolle durch Beamte des Bundesgrenzschutzes mit Pistolen bedroht und gezwungen worden, seinen PKW zu verlassen, ebenso wie sein Begleiter, der holländische Jurastudent Ger Mols. Beide mußten sich mit gespreizten Beinen und Armen gegen den PKW stützen und sich vollständig abtasten lassen. Danach wurden sie, weiterhin mit gezückter Pistole, in das Grenzschutzgebäude geführt und dort in getrennte Arrestzellen verbracht. Dort wurde beiden befohlen, sich nackt auszuziehen. Als Rechtsanwalt Bakker-Schut sich weigerte und nach den Gründen für diese Behandlung fragte, erklärte ihm der Beamte, dies seien grenzschutzpolizeiliche Befugnisse. Auf das Verlangen, ihm die gesetzliche Grundlage nachzuweisen, schloß der Beamte wortlos die Tür zur Arrestzelle ab. Nach zehn Minuten wurden

Rechtsanwalt Bakker-Schut und sein Begleiter zu ihrem PKW geführt, den die Beamten gründlich durchsuchten. Auf die Forderung von Bakker-Schut, das Durchlesen seiner Verteidigerunterlagen zu unterlassen, erklärten ihm die Bundesgrenzschutz-Beamten: „Wir sind hier auch deutschem Boden". Erst nach einer weiteren Wartezeit von 20 Minuten erhielten Bakker-Schut und sein Begleiter ihre Reisepässe zurück.

Der Rat der Juristischen Fakultät der Universität Urecht hat noch am gleichen Tag nachdrücklich und einstimmig gegen die Behandlung seiner Mitglieder Mols und Bakker-Schut mit folgender Erklärung protestiert: „Ein solches Vorgehen kann keine andere Funktion haben, als eine weitere Entschüchterung und Kriminalisierung von jedem, der die tatsächliche und rechtliche Entwicklung der Bundesrepublik öffentlich kritisiert. Es zeigt außerdem, daß eine öffentliche kritische Haltung unter anderem von Holland aus mehr denn je notwendig ist. Das Präsidium der Fakultät beauftragt diese Resolution der deutschen Botschaft in Den Haag zur Kenntnis zu bringen."

Internationales Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in Europa

PS: Wie auch der Presse zu entnehmen war, ist der Berliner Professor Elmar Altvater auf einer Transit-Bahnfahrt aus Italien nach Deutschland in Österreich nachts aus dem Zug geholt und mehrere Tage in Haft gehalten worden, grundlos. Das Show-Business der Staatsschützer der BRD, auch in internationalistischer Zusammenarbeit mit den Schützern Österreichs, unter dem Vorwand: „Erfolg in der Bekämpfung des internationalen Terrorismus" hat System von Franco-Faschistischem Format.

STREIK UND AUSSPERRUNG BEI CONTI

FRANKFURT (ID) 11.Februar

Seit September 75 arbeitet Continental – Gummi Hannover (größter Reifenhersteller in der BRD) wieder mit Gewinn, nachdem die Verluste durch unfähiges Management auf Kosten der Belegschaft kompensiert wurden. Die Kapitaleigner gehen seit Oktober 75 (s.ID Nr. 96) voll zur Offensive über; Ziel ihrer Strategie ist der Abbau übertariflicher Leistungen und Erhöhung der Arbeitsintensität, daraus folgen Personalabbau und Kurzarbeit. Auf diese „Sparmaßnahme" reagierten am 30.1. die 3-Schichtarbeiter im Werk Vahrenwald mit einem Warnstreik. Hier nun Berichte von Streikenden, vermittelt durch die Gruppe CONTI c/o Arbeiterbuch Hannover:

Am letzten Freitag wollte der Vorstand zu einem großen Schlag ausholen. Er gab bekannt, daß die 3-Schichtzulage radikal gekürzt wird, was für die Betroffenen um 200 DM weniger bedeutet. Daraufhin trat zuerst im Vahrenwalder Werk eine Reifenwickler-Abteilung in den Streik. Diese Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Der Streik weitet sich aus. Am Montag standen fast alle 3-Schichtler im Werk Vahrenwald in Streik. Am Dienstag streikten auch ganze Abteilungen in Stöcken. Im Werk Limmer solidarisiert sich der Vertrauensleutekörper.

Am Montag, den 2.2.76 ging der Warnstreik vom vergangenen Freitag in verschärfter Form weiter. Gegen 10.30 Uhr gingen die Kollegen der „Auto" geschlossen in die Kantine, um sich in aller Form gegen das räuberische, vom Betriebsrat abgesegnete 5-Punkte-Programm des Vorstandes zu wehren. Mit ihnen solidarisierten sich die Handwerker und wenig später die Kollegen der „Schwingmetall".

„Der Betriebsleiter Warnemünde forderte uns auf zu arbeiten. Er berief sich dabei auf das Abkommen zwischen Vorstand und Betriebsrat in Bezug auf das 5-Punkte-Programm. Die Kollegen reagierten heftig auf das hinter ihrem Rücken abgehandelte Abkommen.

Die Betriebsräte Ahrens, Goldschald, Schleiermacher und Ziulkowski hatten nichts besseres zu tun, als dieses mit Nachdruck vor den Kollegen zu entschuldigen und uns von einem notwendigen Streik abzuhalten. Aber ganz entgegen der Meinung dieser Betriebsräte haben die Arbeiter aus verschiedenen Bereichen im Werk Stöken und Limmer solidarisch den Streik aufgenommen.

Weil wir die Einschüchterungsversuche der Geschäftsleitung kennen, haben wir gleich beschlossen, falls einem streikenden Kollegen gekündigt wird: Fortsetzung des Streiks gegen Kündigungen! Und prompt sickerte durch, daß die Geschäftsleitung beabsichtigte, 10 Kollegen willkürlich herauszusuchen und rauszuschmeißen.

Am Dienstag: 4 Kündigungen und Aussperrung.

Da die Betriebsräte uns nicht an die Arbeit schicken konnten, denn ihre Verratsmanöver waren zu offensichtlich, wurde der Conti-Vorstand kopflos und griff zu einer brutalen Maßnahme, die in Hannover seit mindestens 20 Jahren nicht mehr angewendet wurde: Er sprach den Arbeitern in betroffenen und nicht betroffenen Abteilungen die Aussperrung aus! Wir aber ließen uns hierdurch nicht einschüchtern! Auch die Tatsache, daß vier von uns Streikenden – zwei davon waren in die Streikleitung gewählt worden – fristlos gekündigt wurde, führte nicht zur Aufgabe des Kampfzieles! Inzwischen wurde ein 5.Kollege entlassen! "

Solidaritätsaufruf: Die Gewerkschaft unterstützt die Kollegen nicht! Weil der Streik „wild" ist. Deshalb sind die Kollegen auf - besonders auch materielle - Solidarität von außen angewiesen! Außerdem bitten wir darum, Solidaritätsadressen zu schicken. Die Conti-Gruppe bzw. Arbeiterbuch werden diese dann an die Streikleitung weiterleiten.

Ende dieser Woche wird Arbeiterbuch, 3 Hannover, Rehbockstr.3 eine Dokumentation zum Streik bei Conti herausgeben. Diese Dokumentation wird einen Umfang von ca. 32 Seiten haben (A4) und ca. 2,50 DM kosten. Der Reinerlös der Broschüre, ca. 1,90 DM, wird den betroffenen Kollegen zur Verfügung gestellt.

Spendenkonto: 55/44408 Deutsche Bank Hannover, Arbeiterbuch „Conti - Streikhilfe"

VERTEIDIGER KÖNNEN SICH TEILWEISE DURCHSETZEN

BERLIN (ID) 13. Februar

Am Freitag, dem 6. Februar, begann im Moabiter Saal 700 vor einer Jugendstrafkammer der Prozeß wegen Schmückers Erschießung mit den inzwischen üblichen Sicherheitsmaßnahmen, d.h. die Zuschauer mußten z.T. anderthalb Stunden auf der Straße frieren und wurden absichtlich langsam durch die Kontrollen geschleust. Die Beschuldigten wurden um halb zehn von Polizisten unter im Anschlag gehaltener MP in ihre Käfige gebracht. Angeklagt sind: Wolfgang Strüken, Wolfgang Wesslau, Sönke Löffler, Annette von Wedel und Ilse Jandt, sowie Jürgen Bodeux wegen gemeinschaftlichen Mordes. Bodeux hat umfangreiche Aussagen nicht nur zu diesem Fall gemacht, sondern auch vielen Genossen aus Westdeutschland zum Aufenthalt im Knast verholfen. Deshalb durfte er auch unmittelbar vor Staatsanwalt Pzytarski Platz nehmen. Bevor die Personalien festgestellt werden konnten, stellten die Verteidiger Anträge, die sich auf die Umstände dieses Verfahrens bezogen. Daraus ergab sich für den gesamten Verhandlungstag ein Wechsel zwischen Antragstellung und Beratung.

Danach forderte die Verteidigung, zwei Bewacherinnen aus Box von Ilse und Annette abzuziehen, die MP-Vorführung im Saal zu unterlassen und alle Staats- und Verfassungsschutz-Polizisten, die möglicherweise als Zeugen nötig seien, aus dem Saal zu verweisen. Diesen Anträgen wurde stattgegeben.

Weiter wurde beantragt, Kopien von Ausweisen der Zuschauer und die damit gekoppelte Weitergabe an den Staatsschutz einzustellen, da das Prinzip der uneingeschränkten Öffentlichkeit verletzt wird. Es gibt z.B. einen Fall, wo einem Besucher des Mahler-Prozesses dies bei der Überprüfung der Verfassungstreue vorgehalten wurde. Leschonski (der Richter) behauptete, das Kopieren diene nur zur Identifizierung von Störern, und die Kopien würden nur ihm vorgelegt. Bei der Befragung von zwei Polizisten stellte sich dann freilich heraus, daß auf höhere Anweisung eine Kartei mit den Daten der Besucher angelegt worden ist. Der Vorsitzende war gelinde erstaunt, und das Gericht entschied, daß nur Justiz-Beamte das Kopieren übernehmen dürften, die Kopien nur an ihn zu geben seien, und die Liste vernichtet werden müsse. Erleichterung für die Zukunft ließ das Gericht jedenfalls druchblicken.

Nach der Mittagspause wurde der Antrag auf Ablehnung der Staatsanwälte gestellt, die formell nicht zuständig sein könnten, da bei diesem Verfahren Jugendstaatsanwälte erforderlich seien und darüberhinaus, weil ihr Verhalten und die Methoden bei bisherigen Ermittlungen rechtswidrig und untragbar gewesen seien. (unzulässige Zeugenbeeinflussung, Beschlagnahmung von Verteidigerunterlagen, Übergabe von Verfahrensmaßnahmen an die Presse etc.) Diese Anträge wurden abgelehnt.

Rechtsanwalt Heinisch forderte die Einstellung des Verfahrens, dem schlossen sich außer Bodeux'Rechtsanwälten alle Verteidiger an. Die Gründe für die Einstellungsforderung sind die nicht mehr gegebenen Prozeßvoraussetzungen wie Unschuldsvermutung und Gleichheit zwischen Anklage und Verteidigung. Durch verleumderische Presseberichte (Springer, Neue Revue usw.) hat eine Vorverurteilung längst stattgerunden, so daß „eine Justiz, deren gesellschaftliche Aufgabe darin besteht, Systemgegner bis aufs Messer zu bekämpfen, ein unvoreingenommenes Urteil nicht fällen kann" (Auszug aus dem Antrag.) Dieser Antrag wurde abgelehnt (sonst wärs ja schon zuende).

Der Eindruck vom ersten Prozeßtag war, daß die Staatsschutzbehörden sich einem Richter (bzw. einer Kammer) gegenüber sehen, der z.T. nicht bereit ist, als bloßer Erfüllungsgehilfe der Ermittlungsbehörden zu fungieren, sonst wären einige Anträge der Verteidigung nicht durchgekommen. In diesem Zusammenhang ist wichtig, daß die Staatsanwaltschaft versucht hatte, das Verfahren vor dem Schwurgericht durchzuziehen, wobei sie eine Schlappe erlitten hatte. Allerdings ist es Leschonski an entscheidenden Punkten nicht möglich, Positionen gegen den Block von Staatsschutz und Staatsanwaltschaft zu beziehen, da z.b. in der Ablösung des Anarchistenjägers Przytarski ein Angriff auf die moderne Generallinie der Berliner Staatsschutzbehörden liegen könnte. Przytarski ist, wie seine Nichtäußerung zu den Vorwürfen gegen ihn beweist, am Erfolg seiner Verfolgungen interessiert und nicht daran, ob er die Gesetze dabei einhält oder nicht. Während er im internen Ermittlungsverfahren, abgeschottet gegenüber der Öffentlichkeit, durch psychologisches Geschick und taktische Jovialität zeitweilig durchaus gefährlich werden kann, kann er im Lichte der Öffentlichkeit im Prozeß nur noch eine arrogante Leck-mich-am-Arsch-Haltung zeigen. Die kann er sich auch leisten, weil er die Weichen schon vorher entscheidend stellen konnte. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß die Reibereien, die es zwischen diesem kaltschnäuzigen Ermittlungstechnokraten und dem Vorsitzenden Leschonski zwangsläufig geben muß, den weiteren Prozeßverlauf in eine Richtung treiben könnten, in der die Widersprüche innerhalb des Justizapparates offengelegt und nutzbar gemacht werden könnten.
Prozeßtag: jeweils Dienstags und Freitag, 9 Uhr, Saal 700, Kriminalgericht Moabit, Turmstr. 90

POLIZEI MACHT FÜR BOMMI BAUMANN REKLAME

MÜNCHEN (Blatt, ID)
11. Februar

„Taktische Beweglichkeit, Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, Vorrang psychologischer Maßnahmen vor Anwendung unmittelbaren Zwanges bei konsequenter Beibehaltung der guten Laune. Kurz gesagt: Die Grundsätze der Münchner Linie" empfielt der Münchener Polizeipräsident Dr. Manfred (Kugel) Schreiber in einer Festschrift zur "Nacht der starken Männer", einer Faschingsveranstaltung der Münchner Polizei, seinen Polizisten.

Ganz so ungetrübt wird die Freude allerdings nicht sein, denn die vom Polizeipräsidenten empfohlene „taktische Beweglichkeit" scheint vom Personalrat des Polizeipräsidiums etwas falsch verstanden worden zu sein.

Da besetzten nun die Kollegen von der politischen Abteilung am 24.11.75 mit einem Großaufgebot die Verlagsräume des Trikont-Verlages und beschlagnahmten 300 Exemplare des Buches „Wie alles anfing" von Michael „Bommi" Baumann, und zwar wegen angeblicher Verherrlichung und Billigung von Straftaten nach § 131 StGB. Bommi hatte auf Seite 5 des Buches geschrieben: „... der ernsthafte Versuch, mit Waffengewalt eine Veränderung der Verhältnisse herbeizuführen, ... war richtig und nützlich.", und: „... nach der großartigen Lorenz-Entführung, einem wirklichen Meisterstück der europäischen Stadtguerilla..."

Während nun die Kollegen von der politischen Abteilung zutiefst befriedigt über den erfolgreichen Abschluß ihres Einsatzes heimkehrten und die „staatsgefährdenden" Bommi-Bücher im untersten Keller der Ettstraße verbargen, damit ja keine unschuldige Seele Einblick nehme in die Taten des 2. Juni, setzten sich die Kollegen vom Personalrat der Polizei ans Telefon und warben Interessenten für die Festschrift der Polizei zur „Nacht der starken Männer". Korrekt und



zuverlässig wie Polizisten nun einmal sind, wurde das Branchenverzeichnis von A - Z systematisch durchgearbeitet und natürlich auch der Buchstabe T wie Trikont nicht ausgelassen. Also klingelte es beim Verlag und man bat um eine Anzeige. Der Wunsch der Polizei blieb nicht ungehört, schließlich soll man ja als guter Bürger den Freund und Helfer unterstützen. Und so flatterte der Polizei ein nettes kleines Inserat ins Haus, das auch prompt an die Anzeigenabteilung weitergeleitet wurde. Schließlich soll ein Beamter nicht denken, sondern seine Pflicht erfüllen.

Wer sich nun also durch die Grußworte von Merk und Schreiber durcharbeitet und Seite um Seite der Festschrift der Münchner Polizei durchblättert, der stößt plötzlich auf folgendes Inserat:

„Ein Buch für jeden Polizisten: Michael „Bommi" Baumann, Wie alles anfing. Bestellungen an Trikont Verlag, 8 München 90, Josephsburgstr. 16, 141 Seiten, 10,- DM."

Ein kleines nettes Bömbchen flattert durch die Zeilen und rechts unten hockt eines der allzu bekannten kleinen Männchen und läßt erstaunt ein Fragezeichen aus seinem Kopf entweichen. So wirbt unsere liebe Münchner Polizei für ein Buch, das von der Münchner Polizei als staatsgefährdende Literatur beschlagnahmt wurde und dessen Autor von der Münchner Polizei steckbrieflich gesucht wird.

Wenn das keine „taktische Beweglichkeit" ist ....

INNENMINISTER SCHWARZ, DER NÄRRISCHE BULLE

MAINZ (ID)
10. Februar

Selten zeigt sich „das Gesicht der herrschenden Klasse" so unverblümt, wie in den offenherzigen Tiraden unter der Narrenkappe. Bauernführer Heeremann läutete den Frohsinn ein, indem er bei der Verleihung des „Ordens wider den tierischen Ernst" die „Resozialisierung von Extremisten" aufs Korn nahm: Sie leben, laut Heeremann, in Plüschkäfigen mit Teppich und Farbfernsehen, und die Gesellschaft hat nichts Eiligeres zu tun, als sie mit Samthandschuhen zu resozialisieren, „damit sie danach wieder ein paar Bömbchen in unsere Gesellschaft schmeißen können ..." Ha Ha, Bumbaaf, Applaus, es ist den Anwesenden sichtlich aus der Seele gesprochen.

Am selben Samstag, in der Bad Godesberger Stadthalle, fand eine Karnevalsfeier des „Bundes Deutscher Kriminalbeamter" BDK statt. So weit ging deren Humor, daß sie den rheinland-pfälzischen Innenminister Heinz Schwarz mit dem närrischen „Bullenorden 1976" ehrten (Anm.: das ist kein Witz). Die Büttenrede, die Schwarz zu diesem Anlaß vortrug, verdient es, auch in karnevalistisch weniger interessierten Kreisen verbreitet zu werden:

„Liebe Freunde — Kriminale — die versammelt hier im Saale, Euch mein Dank für diesen Orden, der mir hier zuteil geworden und der, was mich tief bewegt, den Namen „Bullen-Orden" trägt! Ich fühle mich hier wohl und frei, denn überall ist Polizei — gleiche Kappen, gleiche Brüder, ich heiße Schwarz, bin Ordnungshüter, doch sag ich's gleich, weil es so Brauch: Heiß nicht nur Schwarz — — ich bin es auch! (...)

So bin ich dann durch's Land gewetzt mit Thermosflasch und Butterstulle:auf einmal war ich „Ober-Bulle"! In Rheinland-Pfalz steh ich bereit für Polizei und Sicherheit seit Neunzehn—Einundsiebzig schon! Ich hab bereits als Winzer-Sohn mit Flaschen Umgang schon gehabt, bin für den Posten drum begabt — — — denn die Leute,die Gesetze brechen, die rauben, lügen, schießen, stechen, betrügen,stehlen oder haschen — sagt selber — sind das keine Flaschen? Und diese Flaschen, eins, zwei, drei, die sammelt dann die Polizei und stellt sie vor den Richtertisch, da prüft man dann — oft wundert's mich — das Etikett und oft noch schneller,ob fester Wohnsitz, fester Keller. Wenn der vorhanden, kaum zu fassen, sind die Ganoven schnell entlassen. Das wundert mich halt immer wieder — — bin kein Jurist — — nur Ordnungshüter! Ich bin, wenn man die Zeitung liest, der Mann, der aus der Hüfte schießt. Ich treffe auch, jawohl ich kann es — komm aus dem Land des Schinderhannes und mein', wenn andre Unrecht tu'n,packt man sie nicht mit Samthandschuh'n — da gibt's bestimmt noch andre Mittel, drum hab ich auch den Ehrentitel — ich freu mich drüber jedenfalls — Black Jack — Sheriff aus Rheinland-Pfalz! (...)

Ich bin für Ordnung gut und stramm, und für ein Sicherheitsprogramm, für Europol und klare Normen, für einheitliche Uniformen, für Effizienz der Polizei und außerdem noch nebenbei für einen guten, deutschen Wein — der sollte stets Begleiter sein der bundesdeutschen Ordnungshüter, drum sag ich jetzt auch „Prost" ihr Brüder! Der Orden steht mir zu Gesicht — das Wörtchen „Bulle" stört mich nicht, denn schließlich ist's ein stolzes Tier, ausdauernd, kräftig, kurz ein Stier, den auch der Staat als heil'ge Kuh sehr nötig braucht mal ab und zu! So will ich denn an närr'schen Tagen recht fröhlich diesen Orden tragen und mich erinnern viele Jahr an diesen Tag im BDK. Laut soll man's in den Äther funken: Habt acht ihr Gauner und Halunken. Heinz Schwarz — Black Jack aus Rheinland-Pfalz — trägt jetzt den Orden um den Hals, kämpft gegen Gangster, Nieten, Nullen und fühlt sich wohl bei all den Bullen!"

BLACK JACK'S RÜSTUNGSARSENAL

KOBLENZ (ID) 11. Februar

Die Polizei rüstet weiter auf. Der Rheinland-Pfälzische Innenminister Heinz (Black Jack) Schwarz hat die Rüstungsausgaben seiner Landespolizei offengelegt. Ausgaben im Haushaltsjahr 1975: rund 24,9 Millionen. Die Ausgaben im einzelnen:

1. Drahtgebundenes Fernmeldegerät:	
Elektronische Fernschreibvermittlung bei der Bezirksregierung Neus_tadt	480.000 Mark
Teilfertigstellung einer Sendeanlage der Polizei-Leitfunkstelle Mainz. Anlage dient als Sendestelle für den Fernschreibfunk, Relaisstelle für den Sprechfunk und Übermittlungsstelle für den Richtfunk	340.000 Mark
Umwandlung des privaten Polizei-Fernschreibnetzes in ein öffentliches Direktrufnetz	434.000 Mark
Neun Einsatzleittische, die Zusammenschaltung von Funk- und Fernsprechanlagen und Abfragen und Vermitteln der 110 ermöglichen	750.000 Mark
Notruf 110 in 78 Ortsnetzen	2.500.000 Mark
Elektronische Fernsprechvermittlung Ludwigshafen, PP	392.000 Mark
Vier Fernschreiber mit Stanzanlagen	80.000 Mark
2. Funkgerät	
Zwei Peilanlagen für Hubschrauber zur Ortung von Funkgeräten im 2-m-Band	50.000 Mark
Vier Flugpeilanlagen für Hubschrauber zur Ortung von Funkgeräten im 2- und 4 m-Band	34.000 Mark
25 Funkleitgeräte für „Präzisionsschützen"	32.000 Mark
2 Richtfunkstrecken im UKW-Polizeifunknetz	55.000 Mark
Diebstahlsicherung für Funkrelais	30.000 Mark
68 Fahrzeug- und Relaisfunkanlagen, einschließlich fester Gegenstellen	460.000 Mark
Zwei Autotelefonanlagen für die Kripo	22.000 Mark
14 Sprachverschleierungsanlagen	90.000 Mark
236 Handfunkgeräte	515.000 Mark
30 Spezial-Höreinrichtungen für Funkgeräte der Kripo	15.000 Mark
3. Kraftfahrzeuge	
164 Funkstreifenwagen, 14 Mehrzweckfahrzeuge 7 Motorräder	2.400.000 Mark
4. Waffen und sonstiges	
900 Pistolen Walther PP Super Kaliber 9 mm x 18	405.000 Mark
125 Maschinenpistolen	60.000 Mark
510 „Reizstoffsprühgeräte"	25.000 Mark
23 schußsichere Westen	31.000 Mark
10 Sätze Nagelgurte für Straßensperren	17.000 Mark
200 „Schutzmasken"	35.000 Mark
200 Schutzschilde und lange Schlagstöcke	21.000 Mark
100 Sicherheitswesten	12.000 Mark
200 Einsatzhelme	13.000 Mark
Fünf Hochleitungsscheinwerfer mit Infrarotzusatz	8.000 Mark
45 Handscheinwerfer	14.000 Mark
80 Elektronenblitz Weitwarnleuchten	14.000 Mark
ein fahrbares Beleuchtungsgerät	20.000 Mark
60 Taschendiktiergeräte	23.000 Mark
27 Tonbandgeräte	23.000 Mark
Vier Video-Recorder	32.000 Mark
43 Fern- und Nachtgläser	10.000 Mark
Fünf Nachsichtgeräte	45.000 Mark
Zwei Fotoeinrichtungen für Frontalfotografie zu Radareinsätzen	13.000 Mark

Alles in allem rund 24,9 Millionen Mark. Nicht im Preis enthalten sind mehrere Minispione, die das LKA bei einer Hamburger Firma geordert hat. Zu „Übungszwecken".

BESUCHER HABEN HARMLOSIGKEIT BEWIESEN

ZWEIBRÜCKEN (ID) 11. Februar

Wer Besuch in der Justizvollzugsanstalt Zweibrücken machen will, soll — schlimmer als beim Radikalenerlaß — seine „Harmlosigkeit beweisen". Das hat Dr. Stiefenhöfer, Vorsitzender Richter am Landgericht Kaiserslautern, verfügt. Im Wortlaut: „Verfügung in der Strafsache gegen Manfred Grashof und zwei andere — 1. Der Antrag des (Besuchers) ...„ihm eine Besuchserlaubnis für den Angeklagten Jünschke zu erteilen, wird abgelehnt. Durch Verfügung vom 3. Juli 1974 wurde der Besuchsverkehr mit den Angeklagten auf Angehörige beschränkt. Anderen Personen als Angehörigen kann der Besuch nur dann gestattet werden, wenn in dem Antrag dargetan wird, daß eine reale Gefährdungder in § 119 Abs. 3 StPO bezeichneten öffentlichen Interessen durch eine dem Antrag entsprechende Entscheidung nicht zu befürchten ist. Der Antragsteller hat dies nicht getan, weshalb seinem Antrag nicht entsprochen werden kann".

SPITZEL AM TRESEN

MAINZ (ID)
11. Februar

Das Blockwartsystem ist jetzt auch von der Mainzer Polizei übernommen worden. Bisher sind sieben Polizeibeamte in Zivil eingesetzt. Es sollen noch mehr werden. Ihre Aufgabe: Kontakte zur Bevölkerung herstellen, sehr viel reden, Informanten finden. Ihr Ziel: totale Überwachung der Bevölkerung, ständige Anwesenheit der Polizei in ganzen Stadtteilen. Im Dienst darf auch gesoffen werden. Die örtliche Polizeiführung hält Kneipenkontakte für wichtig.

DIE LEISE ÜBERWACHUNGSMASCHINERIE

KAISERSLAUTERN (ID)
11. Februar

Das Einwohnermeldewesen der Bundesrepublik — geschaffen und übernommen von den Nazis — wird als Instrument zur besseren Erfassung und besseren Kontrolle der Bevölkerung still und intensiv verfeinert. Die immer personal- und technologieintensivere Staatsschutzmaschinerie soll die „ruhige und entschlossene Behauptung des Normalzustandes" (Brandt) garantieren, indem sie das Vorfeld des allgemeinen Ausnahmezustands ständig erweitert — indem die Überwachungs- und Kontrollkapazitäten und -kompetenzen der Polizei und der Geheimdienste so ausge[illegible]tet werden, daß Zehntausende einzelner als einzelne in den Ausnahmezustand versetzt werden können: Verdeckt, wie es der modernen Counterinsurgency, dem verdeckten Krieg gegen das Volk, entspricht. Das Projekt: Nicht wie in Chile zehntausende in Stadien vor den Augen der Weltöffentlichkeit internieren, sondern im Computer (mit der ganzen Kontroll- und Überwachungsmaschinerie, die da dranhängt) — „ruhige und entschlossene Behauptung des Normalzustands" durch Vordringen des Staatsschutzes in alle Lebensbereiche, Durchdringen der ganzen Gesellschaft von der Polizei. Das Versetzen des Einzelnen in den Ausnahmezustand — durch Post- und Telefonkontrolle, Radikalenerlaß, Kontaktbereichsbeamte, Dienstverpflichtung von Tankwarten, Maklern, Hausbesitzern, Hausmeistern, Gastwirten, Friseuren für nachrichtendienstliche Beschaffung von Daten über Nachbarn, Mieter und Kunden, Infiltrieren aller oppositionellen Organisationen ,Observation aller Basisinitiativen und Erfassung aller Teilnehmer usw. usw. — zielt auf die Lähmung jedes Einzelnen, bevor seine Wahrheit wirksam wird, bevor sie die Ebene politischer Organisation, bevor sie die Ebene kollektiven Widerstands erreicht.

Diese Dimension hat auch die folgende Meldung aus der Tageszeitung „Rheinpfalz" vom 14.11.75, Lokalteil:

NEU[illegible]ELDEFRISTEN: Enkenbach-Alsenborn.
Aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung weist die Verbandsgemeindeverwaltung Enkenbach-Alsenborn darauf hin, daß die Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz für die Stadt Kaiserslautern und den Landkreis Kaiserslautern die allgemeine Meldefrist auf 24 Stunden und die Frist der bedingten Meldefrist (besuchsweiser Aufenthalt) auf eine Woche verkürzt hat. Alle Meldepflichtigen werden gebeten, sich unbedingt an diese Meldefristen zu halten. Ebenso wird beten, daß die Personen, die innerhalb der Ortsgemeinden Enkenbach Alsenborn, Mehlingen, Sembach und Neuhemsbach von einer Straße in die andere umziehen, sich umgehendbeim Einwohnermeldeamt, Enkenbach-Alsenborn 1, Hauptstr. 18, Zimmer 3 ummelden."

In Kaiserslautern findet derProzeß gegen Manfred Grashof, Wolfgang Grundmann und Klaus Jünschke statt.

ERKENNUNGSDIENSTLICHE PRÜGEL IN JVA

ESSEN/STUTTGART (ID)
4. Februar

Unter Vorspiegelung eines Besuchs ist der in der Essener Vollzugsanstalt inhaftierte Gefangene Karl-Heinz Dellwo am 4. Februar mit Schlägen und Würgen von Zivilbeamten verletzt worden, um ihn „erkennungsdienstlich" zu behandeln, obwohl dafür weder ein richterlicher Beschluß noch eine dringene Notwendigkeit in Form von „Gefahr im Verzug" vorhanden war. Im Auftrag von Dellwo hat der Stuttgarter Rechtsanwalt Klaus Croissant Strafanzeige wegen Körperverletzung im Amt gegen „namentlich noch zu ermittelnde" Beamte gestellt.

Zum Sachverhalt schreibt Dr. Croissant: „Am 4.2.76 erschien gegen 15 Uhr der Stockwerksbeamte der JVA Essen in der Zelle des Gefangenen und erklärte ihm, er habe Besuch. Auf die Frage des Gefangenen, von wem er denn Besuch habe, erwiderte der Vollzugsbedienstete, das wisse er nicht. Der Gefangene verließ daraufhin die Zelle, weil er dachte, er habe Besuch von seiner Schwester.

Der Gefangene wurde in einem Raum gebracht, der — wie er sofort sah — voll mit Zivilbeamten war. Er versuchte deshalb sofort zurückzugehen. In diesem Augenblick erhielt der Gefangene von einem Beamten einen Fußtritt neben die Hoden und wurde kurzerhand in den „Besuchsraum" geschleift. Das Ansinnen eines Beamten, „ein paar Bilder" und Fingerabdrücke aufzunehmen, lehnte der Gefangene ab, wobei er zur Verhinderung von Fotoaufnahmen seine Hände vor das Gesicht hielt.

Daraufhin wurde der Gefangene von vier bis fünf Beamten gepackt, die versuchten, ihn auf einen Stuhl zu ziehen. Zwei Beamte drehten ihm hierbei die Arme bis zum Halswirbel hoch, ein dritter faßte ihm in die Haare und ein vierter drückte ihm den Hals zu. Sein rechter Arm wurde nunmehr nach vorne gebogen und zwar so, daß er mit einer weiteren kleinen Drehung auszukugeln gewesen wäre.

Dem Gefangenen gelang es dennoch, die Abnahme von Fingerabdrücken zu verhindern, indem er die Fingerkuppen anzog, ehe sie vom Blatt genommen wurden. Die Beamten reagierten darauf so, daß sie mit der Faust auf die Finger schlugen. Als auch diese Maßnahme keinen Erfolg hatte, gab ein Beamter die Weisung: „fester zudrücken".

Der Gefangene, dessen Hals ohnehin die ganze Zeit über von einem Beamten zugedrückt worden war, bekam durch das festere Zudrücken überhaupt keine Luft mehr. Sein Versuch, zu schrei-en, schlug fehl: aus seinem Hals kam nur noch ein Quietschen. Die Beamten zeigten sich über diesen „Erfolg" belustigt: sie rissen über den fast erstickenden und sich windenden Gefangenen Witze.

Um der widerwärtigen Quälerei ein Ende zu setzen, ließ der Gefangene die weitere Prozedur über sich ergehen.

Für die erkennungsdienstliche Behandlung waren weder ein richterlicher Beschluß noch eine dringende Notwendigkeit in Form von „Gefahr im Verzuge" vorhanden.

Der Gefangene ist längst in Schweden und in der BRD erkennungsdienstlich behandelt worden. Lichtbilder und Fingerabdrücke lagen daher vor. Das eigenmächtige Vorgehen der Beamten ist unter den gegebenen Umständen durch § 81b StGB nicht gedeckt: den Zwecken der Durchführung des Strafverfahrens oder des Erkennungsdienstes ist durch die Fingerabdrücke und Lichtbilder, die vor dieser typisch faschistischen Gewaltaktion gegen einen wehrlosen Gefangenen vorlagen, durchaus Genüge getan."

STAATSANWALTSCHAFT DROHT CROISSANT HAFT AN

STUTTGART (ID)
10. Februar

Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Stuttgart hat Rechtsanwalt Klaus Croissant Inhaftierung angedroht, — wegen „Verstössen gegen Gerichtsbeschluß". RA Croissant, gegen den ein Strafverfahren „wegen Verdachts eines Vergehens nach § 129 StGB" läuft, hat sich an seinem Stuttgarter Wohnsitz laut Landgerichtsbeschluß zweimal wöchentlich — dienstags und freitags — auf der Kriminalwache zu melden. Dies tut Croissant auch. Die Staatsanwaltschaft versucht jetzt, ihm einen Strick daraus zu drehen, daß er nicht immer z.B. dienstags, sondern auch mal mittwochs oder zu anderen Terminen seiner Meldepflicht nachkommt, da er in Vertretung seiner Mandanten die beiden auf den Tag festgelegten Meldetermine nicht durchgehend einhalten kann, ohne seine sowieso erschwerte Anwaltstätigkeit sorgfältig wahrnehmen zu können. Außerdem ist er mehrmals wöchentlich an den Stuttgartter Gerichten in Ausübung seines Amtes anwesend — von einer Mißachtung der Meldepflicht kann also nicht die Rede sein. Außerdem hat Croissant des öfteren

betont, daß ihm sehr an der gerichtlichen Auseinandersetzung mit den gegen ihn ausgesprochenen Verdachtsgründen liege. Die Staatsanwaltschaft hat jedoch Croissant mit Schreiben vom 29.1. mitgeteilt: „Wie unsere Feststellungen ergeben haben, kommen Sie dieser gerichtlichen Meldeauflage seit längerer Zeit nicht mehr fristgerecht nach. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart wird sich bei weiteren Verstößen gegen den vorgenannten Gerichtsbeschluß veranlaßt sehen, die Anordnung des Vollzuges des Haftbefehls zu beantragen." Die rechtsanwaltliche Tätigkeit Dr. Croissants ist ein Dorn im Auge der Front der Strafverfolger gegen ihn, das hat sie oft genug deutlich gemacht. Die staatsanwaltlichen Finessen in Sachen Meldepflicht muß man als Versuch werten, die Arbeit Croissants zu behindern.

Croissant in seinem Antwortschreiben an die Staatsanwaltschaft:

„Sollte etwa meine Vermutung zutreffen, daß Ihre Anfrage mich dazu provozieren soll, mich dem Strafverfahren zu entziehen, um eine Hauptverhandlung zu vermeiden? Diese Vermutung würde durchaus zu den offenbar in Ihrem Hause angestellten Erwägungen passen, nach Einreichung der Anklageschrift bei der Staatsschutzkammer zu beantragen, den Haftbefehl wieder in Vollzug zu setzen. Falls Sie es wirklich immer noch nicht wissen sollten: Ich werde der Staatsanwaltschaft Stuttgart trotz des ebenso massiven wie untauglichen Drucks, den Sie glauben ausüben zu müssen, weder die Anklage noch die Hauptverhandlung ersparen."

DEUTSCHES GERICHT WILL DEMOKRATEN AN DAS TÜRKISCHE REGIME AUSLIEFERN

KÖLN (ID) 6. Februar Vier türkische Demokraten sollen laut Beschluß einer Kammer des Kölner Landgerichts in die Türkei abgeschoben werden. Darauf hat jetzt die Evangelische Studentengemeinde Köln aufmerksam gemacht. Die Abschiebung der türkischen Demokraten bedeutet für sie unter den gegenwärtigen Zuständen in der Türkei höchste Gefahr.

Zur Vorgeschichte: Nach 21monatiger U-Haft wurden vor einer Kammer des Kölner Landgerichts am 31. Januar vier türkische Arbeiter und Studenten wegen Vergehens gegen § 129 StGB (Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung) zu Strafen bis zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Hauptbeweismaterial waren — so das Kölner Gericht — „schriftliche Unterlagen mit subversivem Inhalt". Aus diesen „Unterlagen" wurde während des Prozesses wochenlang vorgelesen; es waren im wesentlichen Texte der Klassiker des Marxismus-Leninismus und ein Handbuch des schweizerischen Unteroffizierverbandes mit dem Titel „Der totale Widerstand", das ganz verlesen wurde. Alle Texte sind allgemein zugänglich. Das Gericht schloß aus diesen Texten, daß gewaltsame Aktionen in der BRD und in der Türkei geplant waren. Die vier Türken gehören der Patriotischen Einheitsfront an, die von einem Frankfurter Gericht 1975 als demokratische Vereinigung eingestuft wurde.

Das Gericht in Köln verhandelte, ohne auf die politischen Verhältnisse und Hintergründe in der Türkei einzugehen, über die die Patriotische Einheitsfront in der BRD unter Türken Aufklärungsarbeit geleistet hat. Teilweise wurden die Angeklagten vom Prozeß ausgeschlossen. Bei der Urteilsverkündung war auch die Öffentlichkeit — darunter ein Vertreter von amnesty international — ausgeschlossen. Der Prozeß fand unter scharfen polizeilichen Sicherheitsvorkehrungen statt (Leibesvisitation der Zuschauer, Kontrolle aller Besucher des Gerichtsgebäudes an den Verhandlungstagen etc.).

Obwohl alle Angeklagten schon lange Antrag auf politisches Asyl gestellt hatten, entschied sofort nach dem Urteil das Kölner Amtsgericht, daß alle vier in Abschiebehaft genommen werden. Eine Abschiebung in die Türkei bedeutet für die Verurteilten bei den gegenwärtigen Verhältnissen in der Türkei höchste Gefahr.

Informationen über die Vorgänge um den Prozeß sind zu erhalten über: Evangelische Studentengemeinde, Bachemer Str. 27, 5000 Köln 41, Tel. 41 35 37 oder 44 44 22.

Am 12. Februar wurde in der Kölner Innenstadt die Antoniter-Kirche besetzt. Dazu haben die Besetzer folgende Erklärung verbreitet:

„Wir haben heute ab 16 Uhr die Antoniter-Kirche besetzt, und durch diese Aktion die Selbstzensur der Presse zu druchbrechen, die über Verlauf und Hintergrund dieses Prozesses nur minimal berichtet hat. Wir sehen keine andere Möglichkeit, die Herstellung einer Öffentlichkeit durch die Medien zu erreichen. Ziel unserer Aktion ist, daß eine möglichst große Öffentlichkeit darüber informiert wird, wie in ihrem Namen Recht gesprochen wird. Art der Beweisführung und die Urteilsbegründung beinhalten eine Vorwegnahme des Maulkorbparagraphen 88 a, der in diesem Prozeß erstmalig seine Anwendung gefunden hat. Die Besetzer der Kirche fordern:

1. eine Pressekonferenz mit Presse, Funk und Fernsehen, heute 18.00 Uhr in der Antoniter-Kirche
2. umfassende Berichterstattung der Medien über das Ziel dieser Aktionen
3. eine verbindliche Zusage des Landesinnenministeriums, daß Ömer Özerturguc, Hative Yurtdas, Yüksel Ugurlu und Mustafa Tutkun vor der Entscheidung über die Gewährung politischen Asysls nicht abgeschoben werden."

KLAUS OELLERER FREIGESPROCHEN

LÜNEBURG (ID) 11. Februar Die „Posse in der Heide" (Stern 5/76) hat erst mal ihr Ende gefunden. Nachdem der Stern über den Justiz-Streich in Wendisch-Evern berichtet hatte, und auch andere Presseorgane diesen Fall aufgriffen, verschwanden Stacheldraht und Rot-Kreuz-Wagen, Zelte und ein paar Leute der Polizeistreitkräfte.

Das Finale des Prozesses begann mit dem Plädoyer des Anklägers am 22.1. Er forderte neun Monate Freiheitsstrafe, wegen der Verteilung von Flugblättern, die zu Boykott, Beschwerde und Bummeldienst aufriefen. Darin sah man eine „Schwächung der Verteidigungsbereitschaft".

Dazu habe Oellerer nicht offen, sondern konspirativ in der Bundeswehr für die KPD gearbeitet,und in den KPD-Schriften würde stehen, daß die Bundeswehr zerschlagen oder unterwandert werden müßte, um ein Volksheer nach chinesischem Vorbild zu schaffen.

Oellerer könne sich nicht auf das Parteienprivileg berufen, da eben die Arbeit in einer Tarnorganisation nicht unter das Parteienprivileg falle. Der Staatsanwalt meinte abschließend, daß an Oellerer kein Exempel statuiert werden soll (und da war er wohl der einzige, der das glaubte), dazu habe er bereits 21 Tage Arrest wegen dieses Deliktes bekommen und die offene Beschattung des MAD Unbill erlitten. Die Strafe solle zur Bewährung ausgesetzt werden.

Am 27.1. hielten die Verteidiger ihr Plädoyer. Rechtsanwalt Remé aus Berlin sagte, daß der von Oellerer gegründete Ausschuß „Kampf dem BRD-Imperialismus und Militarismus" ... „nicht einmal abstrakt zu strafbaren Handlungen aufgefordert hat. Es hat sich jeweils um Parolen gehandelt, die berechtigt gewesen sind. Die Soldaten haben sich lediglich kritisch mit Befehlen auseinandergesetzt ..."

Maeffert aus Hamburg: „... das Verfahren ist ein Staatsschutzprozeß reinsten Wassers ..." Nicht nur Oelleerer, auch der KJVD, die KPD und der Ausschuß haben sich zu verantworten. Darüberhinaus falle Oellerer unter das Parteienprivileg." Was das Grundgesetz gestattet, kann das Strafrecht nicht verbieten."

Pflichtverteidiger Herzbruch aus Lüneburg plädierte; „... in erster Linie auf Freispruch, hilfsweise auf mildere Bestrafung ..."

Oellerer in seinem Schlußwort: „Dies ist ein Schandprozeß. Er weist auf, was in Zukunft auf die Kommunisten zukommt". Zu seinem politischen Konzept sagte er: „Wir kämpfen für ein Verteidigungsbewußtsein der Soldaten gegen die Supermächte, für bessere militärische Ausbildung der Wehrpflichtigen und ausreichende Verteidigungsanstrengungen, wie z.B. die Standardisierung der Waffensysteme. Auf das entschiedenste bekämpfen wir die Unterordnung unter die Atomschlagstrategie der USA-Imperialisten! Wir kämpfen gleichzeitig gegen Kadavergehorsam und die Schaffung eines Berufsheeres; gegen Bürgerkriegsmanöver und Aggressionen gegen andere Völker. Jede prinzipienlose Zersetzungstätigkeit lehnen wir ab."

Urteilsverkündung war am 30.1.. Oellerer wurde (auf Kosten der Landeskasse) freigesprochen. Nach Aussage des Gerichts habe Oellerer subjektiv wie objektiv den Strafbestand einer verfassungsfeindlichen Handlung erfüllt, sei aber durch seine überzeugte Anhängerschaft der KPD durch das Parteienprivileg gedeckt.

Fazit des Prozesses: Zehn Zuhörer erhielten wegen Zwischenrufen Haus erbot. 50 Anträge der Verteidigung versuchten eine Klärung der scharfen Sicherheitsvorkehrungen zu bringen.

Diese Sicherheitsvorkehrungen bestanden in einer Stacheldraht-bewehrten Umzäunung des Geländes, einer halben Hundertschaft Polizei zur Bewachung des Ortes, Rotkreuzzelten zumDurchsuchen der Prozeßzuhörer, denen nicht nur alles, was sich irgendwie als Waffen verwenden ließ, abgenommen wurde, sondern auch noch ihre Personaldaten zur EDV-Überprüfung genutzt wurden. Der Aufwand war insofern nicht zu verstehen, als Oellerer frei war, und Gericht, Verteidigung und Angeklagter sich nach den Prozeßterminen in der Dorfkneipe wiedertrafen, wo sie potentiellen Störern sicherlich bessere Gelegenheit zu Übergriffen gegeben hätten.

Obskur bis peinlich war die Rolle des Lün-eburger Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands, KJVD, bei dem Prozeß. Obwohl der „Roten Fahne" (3/76) zu entnehmen war, daß der KJVD und der KSV in Lün-eburg die Solidaritätsbewegung zum Prozeß verbreitern konnten, ist dies eine eher schönfärberische Bemerkung. Der KSV hat wohl in jeder Hochschulveranstaltung an der PH den Prozeß angesprochen, das entspricht aber der KSV-Taktik, ständig (z.B. bei einer Veranstaltung zu den Berufsverboten) vom Oellerer-Prozeß, dem Sowjetimperialismus und den Berufsverboten in der DDR zu reden. Damit haben sie sich tatsächlich nur Feinde gemacht. Auch die Prozeß-Infos (zehn an der Zahl) waren mehr poetisch verbrämte Anklänge an den Prozeß. Sie bestanden im wesentlichen aus gleichnishaften Parolen („Der Stein, den die Bourgeoisie aufgehoben hat, wird auf ihre Füße fallen").

Warum dieser Angriff gegen den KJVD? Es müßte die Rolle dieses Verbandes sein, wenn schon einer der Genossen vor Gericht steht, daß sie Öffentlichkeitsarbeit betreiben, versuchen, Leute anzusprechen und über den Prozeß zu informieren. Das ist in keiner Weise geschehen. Das dogmatische Gemauschel dieser Organisation machte es ihr unmöglich, die Öffentlichkeit als Öffentlichkeit anzusprechen. Eine Bestrafung Oellerers hätten die KJVD-Genossen z.T. als eigene Schuld ansehen müssen. Offentlichkeit und Presse wurden von anderen benachrichtigt.

Immerhin haben sie zum Schluß des Prozesses, mit vierzig Leuten im Gerichtssaal vertreten, die Internationale ungestört absingen können.



KRANKHEIT IM KNAST – UNHEILBAR ?

FRANKFURT (ID) 11. Februar

Über Herbert Henrich, der z.Zt. im Krankenhaus der JVA Kassel-Wohleiden liegt, bekamen wir folgenden Bericht:

Die Behandlungsmethode seiner Krankheit ist kein Einzelfall. Für Karl-Heinz Roth, der sich z.Zt. im Krankenhaus der JVA Düsseldorf befindet, hatten dessen Anwälte Haftverschonung beantragt, da ihm keine adäquate medizinische Versorgung gewährt wurde (siehe ID 97, 104, 110).

Am 5. Januar starb im Städtischen Krankenhaus Kassel Alfred Brunkhardt, der kurz vor seinem Tod von Dr. Degenhard dorthin überwiesen wurde. Dr. Degenhard befindet jetzt auch über Herbert Henrich.

Der Gefangene Herbert Henrich, dem unter anderem die Vorbereitung der Befreiung von Gefangenen und § 129 StGB vorgeworfen wird und der in der JVA Frankfurt inhaftiert ist, augenblicklich aber ins Gefängniskrankenhaus nach Kassel verlegt wurde,leidet seit längerem unter krampfartigen Nieren- und Blasenschmerzen mit Blutungen und Harnverhalten. Bereits am 15.2.75 wurde durch einen Facharzt für Urologie eine chronische Prostatitis diagnostiziert. Da diese natürlich in der Anstalt nicht behandelt wurde und in den Betonzellen auftretende Krankheiten immer gefährlicher werden, kam eine Nierenbeckenentzündung hinzu. Am 17.1.76 traten bei Herbert eine schwere Blutung und Koliken auf. Nachdem die zuständige 13. Strafkammer beim Landgericht Frankfur immer noch keine Veranlassung sah, irgendetwas zu tun, fragte der Verteidiger von Herbert zunächst höflich an, was dieses Untätigbleiben zu bedeuten habe. Da stellte sich heraus, daß wieder einmal der negativ bekannte Anstaltsarzt Wegener die These vom Simulanten aufgestellt hatte und behauptet hatte, Henrich habe sich durch Einführen eines Drahtes selbst verletzt. Erst am 23.1.76, als Herbert die Schmerzen kaum mehr aushalten konnte, fand eine amublante Untersuchung im Beisein von vier bewaffneten Polizisten im St. Markus-Krankenhaus in Frankfurt statt. Der die Untersuchung durchführende Facharzt für Urologie Dr. Schwander kam zu dem Ergebnis, daß „sofort auf diagnostischen und therapeutischen Gründen die Haft ausgesetzt werden" sollte. Die 13. Strafkammer und ihr Vorsitzender Richter Bauer nahmen dies zum Anlaß, weiterhin nichts zu tun. Stattdessen untersagten sie noch dem Arzt des Vertrauens den Zutritt zum Knast, und Richter Bauer flehte den Verteidiger an, man solle ihm doch auch mal eine Chance geben (!!!). Nachdem auch diese ungenutzt verstrichen war, Herbert Henrich nachts wieder eine Nierenkolik hatte, stellte sein Verteidiger am 30.1.76 einen Antrag auf sofortige Haftentlassung. Richter Bauer – aufgefordert, dies sofort mit seiner Kammer zu entscheiden, um bleibende Schäden oder gar eine Lebensgefährdung abzuwenden – äußerte nun selbst den idiotischen Verdacht, Henrich habe sich die Verletzungen selbst zugefügt, obwohl in dem ärztlichen Gutachten einwandfrei ein pathologischer Befund festgestellt wird. Daraufhin lehnte der Verteidiger die 13. Strafkammer wegen Befangenheit ab. Dieser Antrag wurde natürlich zurückgewiesen und Henrich wird weiter gequält. Immer häufiger kam es jetzt zu Harnverhalten. Dann wurde er jeweils kathedrisiert. Die dabei notwendig entstehenden Entzündungen behandelte Anstaltsarzt Wegener, indem er ihn mit Antibiotika vollstopfte.

Schließlich handelte die 13. Strafkammer: Herbert Henrich wurde entgegen den Forderungen des Gutachtens ins Krankenhaus der JVA Kassel Wehleiden transportiert und ist jetzt in den Klauen des noch berüchtigteren Dr. Degenhardt, der nicht nur den Wasserentzug bei Andreas Baader auf dem Gewissen hat.

In seinem letzten Brief vom 8.2.76 teilt Herbert Henrich seinem Verteidiger mit, daß versucht wurde, ihn zwangsweise zu kathedrisieren. Er liegt isoliert auf einer Sicherheitszelle und hat ständige Schmerzen. Diese werden im Anstaltskrankenhaus Kassel-Wehleiden mit Rauchverbot bekämpft.

Das alles stört Richter Bauer nicht. Nachdem ihm gerade der wegen Bankraub angeklagte Lugmeier aus dem Fenster des Gerichtssaales gesprungen ist, läßt er wohl lieber zu, daß bei Herbert Henrich für sein ganzes Leben schwere bleibende Schäden entstehen, als das naheliegende: die Haftverschonung anzuordnen.

Richter Bauer ist im Gericht täglich unter der Telefonnummer 1367/8128 zu erreichen. Es wäre gut, wenn viele sich um die Gesundheit von Herbert kümmern und Herrn Bauer täglich fragen, was er unternimmt. Stellt Besuchsanträge und schreibt Herbert. Helft ihm!

BERUFSVERBOT – WER DAS BEHAUPTET WIRD BESTRAFT

GIEßEN (ID) 10. Februar

Auf Betreiben von Mitgliedern des RCDS hat das Verwaltungsgericht Darmstadt den Asta der Uni Gießen zu Geldstrafen in Höhe von 7.800 DM verurteilt. Diese Urteile sind bisher nicht rechtskräftig – der Asta geht in die nächste Instanz – aber sie bedrohen schon jetzt massiv die Meinungsfreiheit der Studenten.

Die Geldstrafen wurden u.a. wegen der folgenden „Delikte" verhängt:

– Der Asta hat das Wort „Berufsverbot" gebraucht. Nach Auffassung des Gerichtshandelt es sich bei dem Begriff „Berufsverbot" um ein politisches Schlag- und Reizwort mit einer „allgemeinen politischen Tendenz". Deshalb soll dem Asta die Benutzung dieses Begriffes verboten werden.

— Der Asta hat zu diesem Wintersemester eine „Hochschulinformation" herausgegeben. Dieser Band enthält einen Beitrag der Fachschaft Wirtschaftswissenschaften, in dem Überlegungen über die gesellschaftliche Funktion dieses WiWi-Studiums angestellt werden. Das hält das Gericht für strafwürdig, weil der Asta Studieninhalte nicht aus „marxistischer Sicht" kommentieren dürfe.

Gleichzeitig soll mit diesen Klagen des RCDS die Amtsenthebung des Asta vorbereitet werden. Universitätspräsident Meimberg verschärfte nun die Situation, indem er dieses Verbot auf die wissenschaftliche Auseinandersetzung ausdehnen will.

Mit Hinweis auf eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts weigerte sich Meimberg, dem Asta einen Raum zu dem Vortrag eines Hamburger Wissenschaftlers zu dem Thema „Die wissenschaftstheoretische Diskussion in der Bundesrepublik nach dem Positivismusstreit" (!) am 5.2. zur Verfügung zu stellen. Der Unipräsident machte die Vergabe des Raumes abhängig von dem Inhalt dieses wissenschaftlichen Vortrages.

Eine Leseprobe aus der Begründung des Unipräsidenten: „Der hessische Verwaltungsgerichtshof hat — soweit ersichtlich — bislang in allen Entscheidungen offen gelassen, ob die Studentenschaft überhaupt Grundrechtsträger ist und sich auf die Grundrechte der Meinungs- und der Wissenschaftsfreiheit berufen kann."

Am Donnerstag nachmittag fand daraufhin eine Demonstration durch Gießen statt, an der ca. 300 Leute teilgenommen haben. Auch teilgenommen haben Vertreter der örtlichen GEW, ÖTV und Leute vom bereits schon mal kurzfristig amtsenthobenen Marburger Asta. Die geplante Veranstaltung fand am Abend dann doch noch statt, allerdings nicht (wie vorgesehen) im Universitätshauptgebäude in der Innenstadt, sondern in einem Raum in der etwas außerhalb gelegenen ehemaligen AfE (Abteilung für Erziehungswissenschaften), und auch erst, nachdem wir uns den Raum genommen haben. Auch mußten wir auf den ursprünglich geplanten Vortrag verzichten, da der Hamburger Referent aus Angst vor späteren Repressionen seine Teilnahme abgesagt hatte.

Auch hier in Gießen verschärft sich die Situation immer weiter; Unipräsident Meimberg scheint, ebenfalls wie der Marburger Zingel, eine Asta-Amtsenthebung anzupeilen. Wir werden uns das nicht bieten lassen ! ! !

KOMITEE GEGEN BERUFSVERBOTE GEGRÜNDET

BERLIN (ID) 10. Februar — Das FHSS-Komitee (FHSS = Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik) gegen Berufsverbote und politische Disziplinierungen hat sich auf dem Hochschultag gegen Berufsverbote am 8.12.75 an der FHSS gegründet. Es arbeitet auf der Grundlage des mehrheitlich beschlossenen Sechs-Punkte-Programms:

1. Das Komitee kämpft gegen jedes Berufsverbot und Überprüfungsverfahren.
2. Es wendet sich gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaften.
3. Es arbeitet mit allen Komitees und Gruppen zusammen, die gegen die Berufsverbote kämpfen.
4. Es befaßt sich besonders mit Berufsverboten und Disziplinierungen im Bereich Sozialarbeit/Sozialpädagogik.
5. Es plant, materielle Hilfen und rechtliche Vertretung (Beratung zu organisieren.
6. Es organisiert die Öffentlichkeitsarbeit.

Wir rufen alle Kollegen und Kommilitonen auf, im Komitee mitzuarbeiten oder durch die Weitergabe von Informationen, die Arbeit des Komitees zu unterstützen.

Bitte, informiert uns über die Vorgänge in der Praxis, teilt uns eure Erfahrungen im Zusammenhang mit politischen Disziplinierungen mit. Schickt uns Berichte.

Das FHSS-Komitee trifft sich jeden Freitag von 17 bis 20 Uhr in der FHSS, Goltzstr. 43/44, 1000 Berlin 30 im Raum 202. Während dieser Zeit ist das Komitee auch telefonisch zu erreichen: 2105 310.

AMNESTY UNTER DEN AUGEN DES VERFASSUNGSSCHUTZES

HAMBURG (ID) 11. Februar — „Vor dem Verfassungsschutz sind alle gleich" — das könnte zu einem neuen Grundrecht werden. Was für viele politische Gruppen und Individuen seit Jahren zum täglichen Brot gehört, erreicht nun auch so redliche Organisationen wie Amnesy International und verschiedene Bürgerinitiativen — oder zumindest erfahren sie jetzt davon.

Bereits im Oktober letzten Jahres wies Amnesty in einem Brief an den Bundespräsidenten daraufhin, daß immer weniger Bürger dazu bereit wären, mit ihrer Unterschrift gegen Unterdrückung und Folter irgendwo auf der Welt zu protestieren, da sie Angst vor Repressalien, Berufsverbot und Überwachung haben.

Am 22. Januar teilte Niedersachsens Innenminister noch kategorisch mit, Überwachungsmaßnahmen gegen Amnesty gäbe es nicht. Wenig später konnte Amnesty ein Dokument vom Verfassungsschutz präsentieren, in dem eine Amnesty-Demonstration als „Staatsabträglich" qualifiziert wurde.

Registiert wurden ebenfalls Informationsstände zur politischen Lage in Guatemala und Lesotho.

In einer Antwort auf einen Amnesty-Protest gegen diese Überwachung erklärte nun das niedersächsische Innenministerium in unverblümter Kehrtwendung: alle Anmelder von Demonstrationen werden immer routinemäßig überprüft (!), da die „mehrmalige Anmeldung von politischen Demonstrationen in staatsabträglicher Hinsicht relevant" sei.

Zu der Aussage des Ministers, die Amnesty-Vermerke seien gleich nach Erstellen in den Papierkorb gewandert, sagte ein Amnesty-Sprecher: „Wir haben diese Dokumente nicht aus dem Papierkorb, sondern von einer Quelle im Verfassungsschutz."

AMTLICH BEFOHLENER KÄLTEEINBRUCH GEGEN HAUSGEMEINSCHAFT

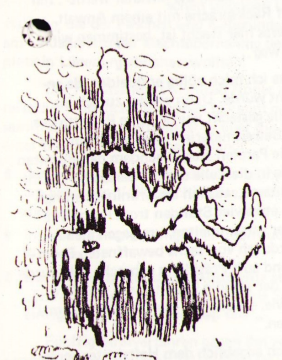
GIEßEN (ID) 9. Februar — Bei der Gutenbergstr. 6 handelt es sich um ein universitätseigenes Gebäude, das 1973 wegen allgemeiner Wohnraumnot in Gießen dem Asta zur Vermietung an Studenten überlassen wurde (ID 87). Inzwischen will der Präsident das Haus für seine Unibürokratie wieder zurückhaben. Da sich jedoch in der Zwischenzeit dort eine gutfunktionierende Wohngemeinschaft gebildet hat und Wohnungen in Gießen so gut wie nicht zu bekommen sind, wollen die Leute dort wohnenbleiben. Der Präsident ist jedoch nicht bereit, mit sich verhandeln zu lassen und versucht, die Bewohner mit Schikanen und einem mittlerweile gerichtlich verfügten Räumungsurteil zu vertreiben. Ausschlaggebend für die störrische Haltung des CDU-Unipräsidenten ist wohl in erster Linie die ihm nicht genehme politsche Aktivität der Bewohner. Von einer „Kalten Geschichte" berichten die Hausbewohner:



Wir wehren uns!

„Alle reden vom Wetter, wir auch! In der Gutenbergstr. 6 m die Kälte aber gleich von zwei Seiten. Vom Wetter reden wir cht weiter. Richtig kalt wurde es uns erst durch den Unipräsiden-n. Dieser hatte angeordnet, daß kein Heizöl mehr für die Guten-rgstr. 6 bestellt wird. Am Donnerstag, den 22.1., also vor knapp ei Wochen, war der letzte Vorrat verbraucht. Seitdem müssen r im Mantel kochen, stellen unsere Lebensmittel in den Kühl-hrank damit sie nicht gefrieren... .

Wir entschlossen uns, einen wärmeren Ort zu suchen und gen ins Präsidialamt, um mit unserem Unipräsidenten gemein-m das Heizproblem anzugehen. Kühl empfing uns dort der per-nliche Referent des Präsidenten, Herr Kraushaar. Er hielt uns nes Gespräches mit dem Unipräsidenten nicht für würdig und zeichnete unser Kommen als reichlich unverschämt. Wir hätten ch schon längst ausziehen sollen. Daß es sich ohne Heizung nicht rade angenehm lebt, konnte er sich in seinem war men Büro ohl kaum vorstellen. Er lehnte es nicht nur ab, Heizöl bestellen lassen, sondern drohte uns kalt lächelnd auch mit Strafanzeigen, ls wir den Heizungskeller öffnen und uns selbst mit Heizöl ver-rgen. Als wir ihn mit wärmsten Worten daran erinnerten, daß gen einen Bewohner in der Gutenbergstr. 6 kein Räumungsur-l gefällt ist, setzte er uns eiskalt vor die Tür.



Was der Unipräsident mit uns vorhat

W...widerten den kalten Krieg mit dem Gang vors Gericht. m Freitag, den 30.1. erwirkten wir eine einstweilige Verfügung eim Amtsgericht, daß uns der Heizungskeller geöffnet wird. Ein auseigentümer darf selbst in diesem „Rechts"staat nicht willkür-ch seine Mieter schikanieren, indem er ihnen die Heizung abdreht.

Wer dachte, damit wäre der Frost in der Gutenbergstr. ge-annt, hatte nicht mit den findigen Haarspaltern in der Rechtsab-eilung der Präsidialverwaltung gerechnet. Zwar wurde uns der chlüssel zum Heizungskeller der Gutenbergstr. 6 ausgehändigt, och gleichzeitig weigerte sich die Universitätsverwaltung den Zoll-chein (zum Bezug von Heizöl) für die Gutenbergstraße 6 heraus-ugeben. Aber ohne diesen Schein kann uns kein Händler Heizöl efern und die Heizung bleibt somit kalt.

Mit Schikanen wie jetzt der Heizungssperre soll der Wohn-um in der Gutenbergstr. 6 schon zerstört werden, bevor man uns ndgültig rauswirft. So wurden seit Jahren von Seiten der Univer-tät keinerlei Reparaturen mehr an der Gutenbergstr. 6 ausgeführt. ie sanitären Einrichtungen im Haus bedürfen einer gründlichen berholung. Das Dach wird nicht repariert, ein neuer Außenanstrich ommt erst recht nicht an das Haus, damit man vorweisen kann, ie verkommen das Haus doch ist. Schuld daran sind natürlich die ewohner.

Diese Taktik ergänzt die Universitätsleitung durch juristische epressalien. Die umfangreiche Rechtsabteilung der Universität ist ufend damit beschäftigt, neben den Behinderungen des Asta auch ns mit Gerichtsverfahren zu überziehen. Eine Klage gegen den Asta oll diesem verbieten, die Bewohner der Gutenbergstr. 6 weiter zu nterstützen, für ein Teach-in wurde dem Asta der Raum verboten. Wenn auch der große Teil dieser Verfahren, vor allem gegen den Asta, vor Gericht zu unseren Gunsten entschieden wird, die Anzahl der Verfahren lähmt unsere Kräfte. Die Drohung mit Strafanzeigen, falls wir den Heizungskeller öffnen, stellt wohl einen Höhepunkt dar. Erst wird durch die Heizungssperre unsere Gesundheit gefährdet, unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen unerträglich gemacht. Wenn wir uns dann dagegen wehren, verfolgt man uns mit Strafanzeigen. Wir fordern den Universitätspräsidenten öffentlich auf:

– Seine Repressalien gegenüber den Bewohnern der Gutenbergstr. 6 einzustellen !
– den de fakto studentischen Wohnraum in der Gutenbergstr. 6 nicht weiter zu zerstören und angesichts der Wohnraummisere in Gießen mit den Bewohnern in Verhandlungen über einen neuen Mietvertrag einzutreten !

Allgemeiner Studentenausschuß der Studentenschaft der JLU. Hausgemeinschaft Gutenbergstr. 6"

BESETZTES HAUS : DER ERSTE DRITTE IST DER LETZTE

FREIBURG (ID) 12. Februar

Die Bewohner des besetzten Hauses in der Freiburger Belfortstr. 34 schildern ihre Situation nach einem Gerichtsentscheid, der ihren Rausschmiß erwirken soll:

„Nach altbekannten, oft erprobten und leider auch meist erfolgreichen Methoden der Boden- und Häuserspekulanten verfährt auch die Freiburger Haus- und Grundstücks-GmbH, Rathausgasse 20-21. Um sie beim Namen zu nenen: es sind die Herren Rolf und Dieter Jankowsky. Vor zwei Jahren kauften diese Herren die Häuser Belfortstr. 34/36. Die damaligen Mieter wurdenkurzerhand an die Luft gesetzt. Übrig blieben vier Studenten, eine fünfköfpige Familie und 20 leere Zimmer.

Durch die auch schon damals bestehende Wohnungsnot sahen wir uns gezwungen, uns diesen Wohnraum mit unüblichen Mitteln und einem linken Hinterkopf zu beschaffen und machten so der GmbH einen Strich durch ihre Abbruchrechnung.

Denn die Häuser leerstehen und verrotten zu lassen, um eine Abrißgenehmigung zu erwirken – is' nich'!

Also machten wir die Häuser 1973 wieder zu dem, wozu sie ursprünglich bestimmt waren. Leute: Schüler, Arbeiter, Studenten etc, zogen ein. Wir renovierten, reparierten (auch heute noch), denn in puncto Instandhaltung der Häuser verhält sich der Eigentümer wie das Schweigen im Walde. Ebenso schweigsam sahnt er unsere monatliche Miete von 1.500 Mark ab. Die Miete von 70 Mark plus Nebenkosten pro Zimmer setzten wir selber fest. Wir haben uns dabei an den Zahlungen der vorherigen Mieter orientiert. Wir sind nämlich auf billigen Wohnraum angewiesen, der dank der hervorragenden Städteplanung in Freiburg immer seltener wird. Zum anderen haben wir es satt, isoliert und allein irgendwo rumzuwohnen und sehen viel mehr Möglichkeiten in Wohngemeinschaften bzw. in einer Ha gemeinschaft.

Unser Wohninteresse ist also nicht von unserem politischen Interesse zu trennen und werden die zwei Häuser abgerissen, dann geht nicht nur unsere Wohnexistenz flöten, sondern ein Weg, den wir eingeschlagen haben.

2 1/2 Jahre machte die GmbH ein paar Versuche, in Form von nicht rechtskräftigen Kündigungen und albernen Drohungen uns aus unseren Häusern rauszukriegen. Von uns wurde dies, natürlich manchmal mit einem etwas unsicheren Gefühl, übergangen. Doch im Sommer 75 griffen die beiden Herren zu anderen Mitteln. Die Familie, die bereits 40 Jahre in der Nr. 34 wohnte, wurde mit den schäbigsten Tricks zur Räumung gezwungen. Die GmbH stellte ihr das Obdachlosenheim als Ersatzwohnraum!

Wir wurden im Oktober 75 vor den Kadi gerufen. Die Klage lautete auf Herausgabe von widerrechtlich angeeignetem Wohnraum. Wir wurden zu einem Vergleich gezwungen, denn wer kann schon die horrenden Prozeßkosten (7.500 Mark) löhnen. Wir jedenfalls nicht. Zum andern waren wir nicht der Meinung, daß diese Unsumme in die Kassen einer Justiz verschwinden soll, die sagt, daß „das ökonomische Interesse der GmbH höher zu bewerten (ist) als das Interesse der Bewohner." (Zitat des Richters)

Wir verteidigen hier nicht nur Mauern, sondern auch unsere Lebensweise.

Im Vergleich mit der Haus- und Grundstücks-GmbH wurde vereinbart, daß wir bis spätestens 29. Februar ausgezogen sein müssen. Es muß noch ein Wunder geschehen, denn trotz zwei Monaten intensiver Suche haben wir bis jetzt noch kein neues Haus gefunden. Einige von uns habens aufgegeben und suchen sich jetzt ein Einzelzimmer, aber wir sind noch ca. 15 Leute, die auf alle Fälle zusammenbleiben wollen. Und wir werden zusammenblieben!"

"MIETRECHT FÜR MIETER"

HAMBURG (ID) 10. Februar „Das Initiativkomitee ARBEITSHILFE, Hamburg hat in Zusammenarbeit mit Hamburger Mieterinitiativen einen 200seitigen MIETRATGEBER erstellt. Er enthält:

– Ratschläge für Wohnungssuchende,
– Benutzung der Wohnung (Haustiere, Untermiete, Heizung, etc.)
– Baulicher Zustand,
– Mietpreisrecht (preisgebundener u. preisfreier Wohnraum, Betriebskosten, Wohngeld, Mietwucher, etc.),
– Beendigung des Mietverhältnisses (Kündigung, Auszug, Räumungsprozeß, etc.),
– Sonderfragen (Sanierung, Zweckentfremdung, etc.).

Bestellungen: bitte 6,– DM (incl. Versandkosten) überweisen auf Konto Arbeiterhilfe e.V. 37 43 31-206 Postscheckamt Hamburg cder in Briefmarken senden an I.K.A.H. c/o Theis, Methfesselstr. 41, 2000 Hamburg 19"

BESETZUNG DES CLUB VOLTAIRE IN NEU-ISENBURG

NEU-ISENBURG (ID) 11. Februar Der Club Voltaire wurde am Samstag, dem 31.1., von Vertretern der Stadt Neu-Isenburg aus angeblich „brandschutztechnischen Gründen" geschlossen. Zum Vorwand genommen wurde ein Sofa, das aus unerklärlichen Gründen im Hofgebrannt hatte. In Wirklichkeit jedoch war die Schließung dieses Jugendraumes von langer Hand vorbereitet. Seit Frühjahr 75 versuchte die Stadt Neu-Isenburg ständig die Rechte und Möglichkeiten unseres Vereins zu beschränken, um eine Auflösung des Club Voltaire vorzubereiten.

Neu-Isenburgs Stadtrat Becker freute sich schon, einen Anlaß für die Schließung gefunden zu haben und leistete ganze Arbeit. Auf seine Anordnung hin wurde unser gesamtes Mobiliar, das uns von Neu-Isenburger Bürgern geschenkt worden war, zur Müllverbrennungsanlage geschafft. Außerdem ließ er den Raum mit großen Schlössern verriegeln, ohne den Club Voltaire über diese selbstherrlichen Maßnahmen zu informieren. Bei einem von uns geforderten Gespräch wurden die Mitglieder unseres Vereins von Vertretern der Stadt lediglich auf übelste Art und Weise beschimpft. Es wurde uns mitgeteilt, daß wir in Zukunft weder mit diesem noch mit irgendeinem anderen Raum zu rechnen hätten. Daraufhin beschlossen wir, unseren Raum wieder in Besitz zu nehmen. Als wir uns mit ca. 70 Leuten im Club befanden, kam ein Vertreter der Stadt und forderte uns auf, innerhalb von fünf Minuten das Gebäude zu verlassen, andernfalls würde von der Polizei geräumt. Bald darauf kamen 20 Polizisten, die jedoch nach einiger Zeit völlig verunsichert wieder abzogen. In Diskussionen mit ihnen erfuhren wir, daß der Räumungsauftrag mit angeblicher Baufälligkeit des Gebäudes begründet worden war.

Der Raum wurde von uns fünf Tage besetzt gehalten. Wir wollten damit folgende Forderungen durchsetzen:

1. Sofortige Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten für den Club Voltaire
2. Ersatz für den entstandenen Schaden und das vernichtete Mobiliar.

Mittlerweile läuft der normale Clubbetrieb wieder. Einzige Reaktion der Stadt bisher ist die fristlose Kündigung.

§ 218 PROTEST – VERHAFTUNG – SCHIKANE

FRANKFURT (ID) 12. Februar Marion Kraft, Mitglied des Vorstandes des Frankfurter Komitees gegen den § 218 und presserechtlich Verantwortliche für alle Publikationen dieser Gruppe, wurde am Wochenende 21 Stunden von der Polizei festgehalten. Nach ihrer Freilassung schrieb sie nachfolgenden Bericht über ihre Verhaftung:

„Gegen die für den 12.2. geplante Verabschiedung des Abtreibungsverbots veranstaltete das Komitee gegen den § 218 am 7.2. eine Anzahl kleinerer Protestaktionen und Informationsstände. Überall in der Stadt wurden Aufrufe zu Aktionstagen am 12.2. und zur Demonstration am 21.2. verteilt. Im Anschluß andie Aktionen vom vergangenen Samstag wurde ich von der Straße weg festgenommen und beschuldigt, Parolen an der Post im Frankfurter Stadtteil Bockenheim angebracht zu haben. Da dies nicht zu beweisen war, sollte ich zunächst meine Personalien angeben. Als diese durchgegeben wurden und offenbar klar war, daß ich Mitglied im Vorstand des Frankfurter Komitees gegen den § 218 bin, wurde ich ohne weitere Erklärung auf das Polizeirevier 13 gebracht.

Ich durfte mit keinem Anwalt Verbindung aufnehmen, wegen „Verdunkelungsgefahr". Zynisch erklärte der Leiter des Reviers, Klein: „Das kennen wir ja, damit der dann die Mittäter warnt". Ich berief mich auf mein Recht auf Rücksprache mit einem Anwalt, worauf mir bedeutet wurde: „Was hier Recht ist, bestimmen wir, schnell kommen Sie hier nicht weg".

Bei der Durchsuchung mußte ich mich völlig entkleiden, da angeblich nach Farbspuren gesucht wurde. Dann wieder zurück ins Revier, wo ich in eine Einzelzelle gesteckt wurde. Eine Plakette des Komitees wurde zunächst als „Beweismaterial" beschlagnahmt, da sie die gleiche Aufschrift wie die Parolen trug. Nachdem den Beamten nichts anderes einfiel, kamen sie in die Zelle und forderten mein Einverständnis mit einem „Alkoholtest", was ich als Kriminalisierungsversuch ablehnte. Als sich nach etwa vier Stunden trotz Polizeieinsatz ca. 70 Leute vor dem Revier versammelten, um gegen meine Festnahme zu protestieren, wurde ich von sechs bewaffneten Beamten plus Polizeihund abgeholt und aufs Präsidium gebracht. Ich wurde direkt neben den Hund gesetzt, der ständig knurrte, was die „Ordnungshüter" zu Witzen hinriß, wie: „Vorsicht, hier ist schon einmal einer aus dem Fenster gesprungen."

Am nächsten Morgen sollte ich angeblich dem Haftrichter vorgeführt werden. Aufgrund der ständigen Anrufe einer Rechtsanwältin, der offensichtlichen Willkür meiner Festnahme und des Protestes am Abend wurde ich gegen 9.40 Uhr entlassen, nicht ohne vorherige erkennungsdienstliche Behandlung. Eine Protestkundgebung vor dem Polizeipräsidium und anschließende spontane Demonstration von ca. 200 Leuten zum Gebäude der Frankfurter Rundschau, an denen jetzt ebenfalls die Forderungen nach ersatzloser Streichung des § 218 zu lesen sind, zeigen, daß sich der Widerstand gegen den § 218 weder durch Parlamentsmanöver noch durch Polizeischikanen unterdrücken läßt.

Nach FR-Berichten hat die Polizei zugegeben, daß für meine Festnahme keine „unmittelbaren Anhaltspunkte" für eine „unmittelbare Tatbeteiligung" bestanden haben. Meine Rechtsanwälte werden Verwaltungsklage und Strafantrag wegen Freiheitsberaubung stellen".

CARP-VERANSTALTUNG MIT FARBE, WASSER UND GESTANK

FRANKFURT (ID) 12. Februar Einen ganzen Monat lang war es ruhig um die Studentenabteilung der Vereinigungskirche,CARP. Heute versuchte sie noch einmal mit viel Papier und viel Antikommunismus an der Frankfurter Uni zu landen. Ab zehn Uhr warben die kurzgeschorenen CARP-Missionare für eine Veranstaltung am Nachmittag mit dem Dauerbrennerthema „ Kritik am Kommunismus und Gegenvorschlag ". Doch andere Leute hatten ebenfalls Gegenvorschläge: irgendwoher flogen plötzlich Farbbeutel, faule Eier und ähnlich Unappetitliches den Gotteskriegern entgegen, aus dem ersten Stock richtete sich ein Wasserstrahl auf sie. Hin und wieder kam es zu Rangeleien. Um

14 Uhr zogen die CARPs sich zurück. Bei der Veranstaltung selbst erschienen: der Redner, Gerhard Besell, zehn CARP-Ordner, sieben potentielle Zuhörer und acht Leute, die aus ihrer Ablehung der Show keinen Hehl machten. Besell erschreckte die Zuhörer mit der Mitteilung, Kommunisten wollten Fernseher und Plattenspieler vergesellschaften, Familienbande zerstören und zivilisierte Menschen in den Dschungel treiben „damit sie dort verrecken". Als Beispiel diente ihm hierbei Kambodscha. „Der Kommunismus steht schon vor der Tür" warnte er, und siehe, der Herr setzte ein Zeichen und fand ein Wohlgefallen an seines Dieners Prophezeihung: herein zur Tür kullerte ein Fläschchen mit übelriechender Flüssigkeit, welches die Ordner schnell aufhoben und den stinkenden Fußboden emsig aufwischten.

MOBILISIERUNG FÜR UND GEGEN FASCHISTEN-TREFFEN

LÜNEBURG (ID)
1 .Februar

Unter der Parole „Nie wieder Faschismus" mobilisierte ein Aktionsbündnis der politischen Gruppen Lüneburgs gegen eine Veransta[illegible]g, die der Faschist und Neugründer der NSDAP, Manfred Röder, am [illegible]Jahrestag der Machtübernahme der Faschisten, auf dem Marktplatz in Lüneburg abhalten wollte.

Der Rechtsanwalt Manfred Röder aus Bensheim (Hessen) ist bereits durch ähnliche Aktionen bekannt geworden. Durch seine antisemitischen Hetzschriften ist er über die Grenzen der BRD hinaus zu einer traurigen Berühmtheit gelangt.

- den Leiter des Wiener Dokumentationszentrums über Naziverbrechen am jüdischen Volk beschimpfte er als Mitarbeiter des NS-Sicherheitsdienstes.
- in seinen Pamphleten gibt er „den Juden" die Schuld am zweiten Weltkrieg.
- Das Konzentrationslager Auschwitz stellte er in seiner Hetzschrift „Die Auschwitzlüge" als mopsfidele Sommerfrische dar, in der kein einziger Jude vergast worden sei.

Fünfzig Strafverfahren gegen ihn verliefen im Sande. Noch immer kann er als Rechtsanwalt tätig sein. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf die Justiz in diesem Staate, die reihenweise fortschrittliche und demokratische Rechtsanwälte mit Berufsverboten belegt.

Die von der „Deutschen Bürgerinitiative in der Lüneburger Heide/Uelzen" getragene Veranstaltung zum Thema „Für die Wiedereinrichtun[illegible]s Deutschen Reiches und den Neuaufbau Europas" wurde Tage vorher in der örtlichen Presse angekündigt. Eine Anzeige, die der örtliche Studentenausschuß (ÖStA) an der Pädagogischen Hochschule ebenfalls in die Zeitung setzen ließ und die einen Protest gegen die Genehmigung der faschistischen Veranstaltung enthielt, wurde dagegen von der Zeitung zensiert (!); eine Bemerkung, die etwa sinngemäß lautete: „die Staatsschutzbehörden decken den Faschisten Röder..." wurde gestrichen.

Und erst am 29.1. verbot der Rat der Stadt Lüneburg die Veranstaltung. Offizieller Grund: Beschlagnahme von Flugblättern der Organisation in Uelzen, die fackeltragende SA-Leute zeigten mit der Überschrift: „Vor vierzig Jahren: Überwindung der Demokratie durch den gemeinsamen Volkswillen". Inoffizieller Grund: Der Druck der Öffentlichkeit konnte nicht länger ignoriert werden.

Trotz des Verbotes wurde weiter mobilisiert. Hauptsächlich jedoch auf Seiten der Linken. Spontan standen am Freitag um 18.00 Uhr dem eigentlichen Zeitpunkt der Veranstaltung, etwa 200 Leute, in erster Linie Schüler, Lehrlinge und Studenten bereit. Nach und nach zeigten sich auch einige, fast uniformierte Leute – Parka mit schwarz/weiß/roter Armbinde, Koppel, Stiefel, Fackel. Ein schüchterner Jüngling verteilte Flugblätter (Freiheit für Rudolf Hess) und man wartete ab. Trotz eisiger Kälte und einer Dreiviertelstunde Stehens – inzwischen war um die etwa zwanzig versammelten Nazis ein Kreis von Leuten gebildet worden, die jegliche Pöbelei gelassen zur Kenntnis nahmen – wurden die Gegendemonstranten nicht weniger .

Inzwischen wurden bei den versammelten Leuten auch weitere Informationen ausgetauscht: Die Nazis sind bereits zweimal Sonnabends in der Bäckerstraße, dem Fußgängerzentrum Lüneburgs, aufgetaucht und haben, unter dem Anblick der Polizei, linke Flugblattverteiler zusammengeschlagen. Weiterhin besitzen sie sogenannte Trainingscamps in der Göhrde und in der Nähe von Melbeck (bei Lüneburg), in denen sie militärisch ausgebildet werden. Dabei handelt es sich in erster Linie um Jugendliche von 16 bis 25 Jahren, unter anderem auch Mitglieder der „Stahlhelm" Rocker aus Hamburg.

So gesehen, wußte man auch die mitgebrachten Fackeln nicht so recht zu deuten. Sie sahen eigentlich mehr nach Schlagstöcken aus und sind auch häufiger schon derartig benutzt worden. Schließlich wurden die Fackeln angezündet; ein (!) Polizist riß einem Jungnazi die Fackel aus der Hand, die restlichen anwesenden Bullen griffen nicht ein. Dann bildete sich ein Marsch durch die Stadt. Etwa 15 Fackelträger vorweg, mit Sprüchen wie „Die Roten an die Wand", hinterher 200 Gegendemonstranten, deren Sprechchöre „Die Faschisten üben fleissig für ein neues 33" erheblich lauter waren. Eigentlich sah es auch mehr so aus, als würden die Faschisten von den anderen gehetzt. Das ging etwa eine halbe Stunde durch die Stadt. Dann gelangte man wieder vor dem Rathaus an. – Nach etwa einer Viertelstunde bedrohlichen Gegenüberstehens zerstreute man sich.

Im Keller des „Haus der Jugend" versammelte man sich anschließend wieder und übte Kritik an der Aktion. Die Leute dort waren so verunsichert, daß sie einen mitgekommenen älteren Arbeiter für einen Verfassungsschutzspitzel hielten und ihn rausschmeißen wollten. Fazit der Aktion: Uneinigkeit herrschte über die Frage, ob man den Nazis gleich zu Anfang die Fackeln hätte wegnehmen sollen. Die Sprechchöre waren zu wenig durchdacht und nicht aussagekräftig genug. Die Aktion war zu provisorisch. Gut war das Aktionsbündnis aus: Arbeitskreis Jugendzentrum (akjz), Arbeitskreis Lüneburger Antifaschisten (VVN), Aktionskomitee gegen Berufsverbote, DKP, GIM, KB-Gruppe Lüneburg, Kommunistische Gruppe Lüneburg, Kommunistische Studentenzelle (KSZ), ÖStA, Schülerzeitung „Der Rädels - führer", SDAJ und BDJ.

NATIONALSOZIALISMUS – WAR DAS SO SCHLIMM ?

FRANKFURT (ID)
11. Februar

In Frankfurter Briefkästen tauchten am 6. Februar ein paar Blätter auf, bei denen man nicht genau wußte, ob man staunen oder lächeln, Wut oder Angst bekommen sollte. Mit dickem Hakenkreuz und Reichsadler versehen stand dort geschrieben: „1933 – 1945, zwölf Jahre mit Adolf Hitler unter diesem Zeichen (Hakenkreuz, d.Red.) keine Bestechungsgelder, keine Augenwischerei, keine Arbeitslosigkeit, keine Kurzarbeit, keine Massenentlassungen – war das so schlecht? " Als Beilage gab es eine Originalkopie der NSDAP-Programme von 1920 und 1928, gezeichnet von Adolf Hitler, darin der bemerkenswert aktuelle Satz: „Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten." Schließlich war in einem gesonderten Umschlag noch eine „Ersatzausgabe Reichs-Arbeiter-Zeitung, sozialistisch-national" beigegeben, herausgegeben vom „UAP-Zentralbüro, 43 Essen 1, Postfach 1751 im Auftrage des Ruhr-Arbeiter-Verlages GmbH., 43 Essen 11, Bergmühle 5LL. Dort wird zum Aufbau einer Antiimperialistischen Arbeiter-Internationale aufgerufen, die sich am 17. Juni 1976 in Wien konstituieren soll. In der programmatischen Plattform geht es in konfuser Mischung gegen Imperialismus der Sowjetunion und Großbritanniens, gegen bürgerlich-liberale Zivilisation, gegen Privatkapitalisten, Multis und die Judaspolitik der sozialdemokratischen Bonzen, gegen Zynismus und Profitgier, merkantile Kriecherei und Nihilismus.

Dem gegenüber steht die „kämpferische Solidarität und Brüderlichkeit der deutschen Volkssozialisten" aus der U.A.P. (Unabhängige Arbeiterpartei?), „die einzige Partei in Westdeutschland, die zugleich national-sozial und weltrevolutionär ist."

Mit ihren aggressiv-welterweckenden Parolen scheint sich die UAP auf den sogenannten „linken" Flügel der NSDAP zu beziehen, der in den zwanziger Jahren speziell unter Arbeitern Loyalitätsbindungen zu den bestehenden Klassenorganistionen aufbrechen sollte, der aber später innerhalb der NSDAP kaltgestellt wurde. Ein Hin-

weis darauf ist eine Buchanzeige in der Reichs-Arbeiter-Zeitung, in der für Max Gallos Buch „Der schwarze Freitag der SA" geworben wird, das die „Vernichtung des revolutionären Flügels der NSDAP im Juni 1934 durch Hitlers SS" schildern soll.

In einem Anhang mit Parteinachrichten wird erwähnt, daß am 13./14. März in Frankfurt die nächste PL-Sitzung (?) stattfindet. Woraus sich entnehmen läßt, daß es in Frankfurt aktive Vertreter dieses profilierten Faschismus gibt.

Gegen die zwei anonymen Blätter hat der Vorstand des Frankfurter Jugendrings, einem Zusammenschluß demokratischer Jugendverbände, Anzeige erstattet. In der Begründung hieß es:

„Jeder Bürger dieser Stadt m u ß die Methoden entschieden verurteilen, mit denen die NSDAP die Arbeitslosigkeit, die Kurzarbeit und die Massenentlassungen „bekämpft" hat. Die schrecklichen Folgen dieser Politik sind bekannt.

Allerdings – die Politik
– die heute Rechte und Freiheiten wieder massiv einschränkt
– die nicht die wahren Verursacher von Arbeitslosigkeit, nämlich die Wirtschaft, zur Rechenschaft zieht
– die die Angst vor allem, was links ist und links genannt wird, immer wieder schürt,

eine solche Politik ist mitverantwortlich für eine Entwicklung, die die Lösung gesellschaftlicher Probleme nur noch in einer Law-and-Order-Politik anbietet.

An den Flugblättern wird deutlich, in welche Bahnen die Unfzufriedenheit der Bevölkerung durch diese Politik gelenkt wird."

BUNDESREGIERUNG UND UNTERNEHMER PLANEN REPRESSIONEN GEGEN ARBEITSEMIGRANTEN

BONN (ID) 12. Februar Nach einem Bericht der „Privaten Informationen für Chef und Management" vom 31.1.76 (nach eigenen Angaben „auflagenstärkster privater Informationsdienst") liegt eine Konzeption der Bundesregierung, abgestimmt auf die Unternehmerinteressen vor, die Zahl der Gastarbeiter weiter zu verringern. Angesichts der Zunahme der Zahl der deutschen Erwerbstätigen bis 1985 um ca. 900.000 soll auf jeden Fall am Anwerbestop festgehalten werden.

Chef und Management konnten weiter erfahren: „Im Gespräch ist die Erhebung einer Wirtschaftsabgabe von Unternehmen, die ausländische Arbeitneh-mer beschäftigen. Ebenfalls in Kraft bleiben soll die Begrenzung des Zuzugs ausländischer Arbeitnehmer in überlastete Siedlungsgebiete. Geplant ist: auch der Familien-Nachzug in diese Gebiete soll künftig unterbunden werden. Ferner: die Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld für arbeitslose Ausländer ohne Arbeitserlaubnis soll auf eine der Dauer der Beitragsleistung angemessene Zeit begrenzt werden. Gegen eine Verfestigung des Aufenthalts-Status für die seit längerem in der Bundesrepublik ununterbrochen tätigen Ausländer hat sich das Bundesarbeitsministerium entschieden ausgesprochen. Von seiten der Arbeitgeber wird die zeitliche Beschränkung des Aufenthaltes für Ausländer gefordert, um die Seßhaftmachung der Ausländer zu verhindern. Insider glauben: eine restriktive Ausländerpolitik lassen sich von der sozial-liberalen Koaltion im Wahljahr 1976 „gut verkaufen"."

PROTEST GEGEN ZIVILDIENST-FAHNENEID

DORTMUND (ID) 12. Februar Die 60 Zivildienstleistenden beim Diakonischen Werk in Dortmund haben eine Initiave gestartet, die sich gegen einen Quasi-Fahneneid für Zivildienstleistende (ZDL) richtet. Seit dem 1. Oktober wird den neuen ZDL ihre Unterschrift zu einer „Erklärung" abverlangt, in der die ohnehin nur minimalen Rechte der ZDL noch verdreht und unklar dargestellt werden. In einer gemeinsamen Beschwerde weisen die ZDL an neun Punkten der „Erklärung" Abweichungen vom gesetzlichen Rechtsgerüst des Zivildienstgesetzes nach.

In Übereinstimmung mit den demokratischen Bestrebungen in der Bundeswehr fordern sie freie politische und gewerkschaftliche Betätigung auch während der Dienstzeit.

Von den ZDLs beim Diakonischen Werk hat bisher niemand den „Fahneneid" unterschrieben. Es werden alle ZDLs aufgefordert, diese Unterschrift ebenfalls zu verweigern und sich mit Gruppenbeschwerden gegen die Beschränkung ihrer Rechte zu wehren.

GERHARD KNÖSS ALS ANWALT ABGELEHNT

Einen Meilenstein auf dem Wege der Ausschaltung mißliebiger Anwälte haben die Staatsjuristen des Frankfurter Ehrengerichtshofes bei der Ablehnung von Gerhard Knöss gesetzt. Er schreibt zu dieser Entscheidung:

„Daß ich ein Berufsverbot zu erwarten hatte, wurde denen, die noch daran gezweifelt hatten, spätestens in der Pause vor Verkündung der Entscheidung des Ehrengerichtshofes klar: Plötzlich wimmelte das ganze Justizgelände von zivilen Kommandos und Bereitschaftspolizei. Nachdem mir in der Verhandlung von der Anwaltskammer bereits erklärt worden war, besonders unerträglich und würdelos seien die Zuschauer, die meiner Verhandlung folgten, sollte nun wohl ein Einsatz provoziert werden, um zu zeigen, daß es sich bei denen, die meine Zulassung als Anwalt forderten, nur um Politrocker und Terroristen handeln konnte.

Rechtsanwalt Eggert, der Vertreter der Anwaltskammer, der mich mehrmals als „der Angeklagte" bezeichnete und keine Gelegenheit ausließ, zu provozieren, hätte allerdings gerne unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt: Mitten in einer Zeugenvernehmung, die ruhig verlief, deutete er auf einen Prozeßbesucher und erklärte mit gespielter Entrüstung, dieser habe auf ihn gedeutet und die Handbewegung des Erschießens gemacht. Was muß der für eine Angst haben. Der Genosse wurde abgeführt, obwohl klar war, daß die Bewegung des Erschießens nur im Kopf von Herrn Eggert rumgeistert.

Dann wurde ich belehrt: Meine Intoleranz sei unerträglich. Deshalb könne ich im Gegensatz zu ihm auch nicht Anwalt werden. Mein Vergleich der Prozeßführung Richter Schwalbes mit dem Volksgerichtshof zeige, daß ich damals gar nicht dabei war (das stimmt) und keine Ahnung hätte. Volksgerichtshof habe bedeutet, daß die Angeklagten mit zu weiten Hosen und ohne Gürtel vorgeführt worden seien. Nach dieser eindrucksvollen Beschreibung der Nazi-Justiz (wobei ich zugeben muß, daß bei Schwalbe die Leute mit Hosengürteln der Verhandlung folgen dürfen; ich hatte ja auch nur gesagt ...Methoden erinnern an ...) kamen meine Ankläger (der zweite war Oberstaatsanwalt Fluhrer, vielen aus dem Sindlinger Prozeß gegen Marianne Herzog ein Begriff) zum wesentlichen:

Man habe nichts dagegen, daß ich streng einseitig Mandanten verteidige, das tue Herr Eggert auch. Eggert ist Verteidiger im Majdanek-Prozeß, zusammen mit dem NS-Staatsanwalt Stolting II verteidigt er dort 15 KZ-Mörder, denen die Ermordung von 250 000 Häftlingen (!!!) angelastet wird.In diesem Prozeß haben die Verteidiger z.B. einen Gutachter als befangen abgelehnt, weil er einen jüdischen Doktorvater gehabt habe.

Ich aber hätte mich mit meinen Mandanten identifiziert.Dies sei besonders deutlich geworden im Kaiserslauterner „kleinen BM-Prozeß" gegen Grashof, Grundmann und Jünschke. Anstatt dort juristische Ausführungen über die Problematik des neuen § 231 a StGB zu machen, hätte ich unerträglich „polemisiert". In meinem Antrag (der sich gegen die Haftbedingungen der Gefangenen gerichtet hatte) sei kein einziges juristisches Wort, aber dafür Sätze wie: ..."Deshalb ist § 231 a StGB Teil der konterrevolutionären Politik gegen die Stadt-Guerilla und hat keine andere Funktion, als hier und heute in der BRD politische Gefangene foltern zu können und die Auswirkungen dieser Folter zu verheimlichen..."
Von Sprache und Inhalt her sei ich mit einem solchen Satz als Rechtsanwalt untragbar. An diesem Punkt wurde dann endlich deutlich, daß es der Justiz um ganz andere Dinge geht, als mir ursprünglich vorgeworfen wurden. Von Demonstrationen oder Hausbesetzungen kein Wort mehr, aber dieser eine Satz, den ich in Kaiserslautern gesagt habe, und der zudem aus dem Zusammenhang gerissen zitiert wurde, reicht aus.

Meine Verteidiger, Assessor Dr. Düx und Assessor Dr. Temming hielten daraufhin glanzvolle Plädoyers, was mir aber nichts nützte und ihnen auch nichts mehr nützen wird, denn Düx ist seit zwei Wochen ebenfalls „unwürdig , den Rechtsanwaltsberuf auszuüben" (von der Anwaltskammer abgelehnt) und Temming wirds wohl in zwei Wochen so gehen.

Wir alle haben in Verfahren gegen die RAF verteidigt (Düx als Verteidiger von Jan Carl Raspe und Temming vom Andreas Baader) und werden nun beschuldigt, die menschenzerstörenden Haftbedingungen der Gefangenen beim Namen genannt zu haben.

Während die Justiz uns nun also abräumt, regt sich absolut nichts. Ich meine ja gar nicht die Genossen und Genossinnen, die mich unterstützt haben und im Prozeß dabei waren. Diese Solidarität nimmt einem schon die Angst, keinen ordentlichen Beruf zu haben. Die Angst steckt ja noch in uns drin. Außerdem wirkt sich das Berufsverbot erst mal auf die Leute aus, die jetzt noch ein Stück isolierter sind im Knast: Wolfgang Grundmann, Lutz Tauer und andere; die politischen Gefangenen.

Ich betrachte mein Berufsverbot als eine gewaltige Eskalation der Repression in der BRD, aber nicht nur, weils mich selbst trifft. Das muß man sich doch vorstellen: das Verfahren gegen das Kommando Holger Meins (Stockholm) in der Polizeikaserne in Düsseldorf demnächst wird vielleicht schon ohne einen einzigen Verteidiger des Vertrauens ablaufen, weil alle linken Anwälte nach Stammheim und Kaiserslautern um ihre Existenz bangen müssen und deshalb auch schon teilweise resignieren.

Da sind die Herrschenden in der BRD an ihrem Ziel angelangt: Wie in jedem Fall Solidarisierung mit den politischen Gefangenen verfolgt wird, sollen die auch nicht mehr das bißchen Schutz noch haben, das nach der Europäischen Menschenrechtskonvention jedem Gefangenen zusteht.
Und die linken Juristen hier halten zu allem das Maul, lächeln einen verlegen an, wenn sie uns treffen und hoffen insgeheim, daß es sie nicht trifft. Dahinter steckt doch die Überlegung, hätten wir – Düx, Temming und ich – uns nur etwas vorsichtiger verhalten, dann wären wir auch zugelassen worden. Diesen Vorwurf kann ich zurückgeben: Hätte die „Kritische Justiz" sich nicht zu Stammheim ausgeschwiegen, sähs vielleicht ein bißchen anders aus. Und hätte sie eine Berufsverbotskampagne zur Unterstützung der Rechtsanwälte, die da verteidigt haben (Croissant, Ströbele, Grönewold, Plottnitz, Heldmann usw.) initiiert, sähe es vielleicht noch mal anders aus!

Aber lieber haben sie meinen Antrag an den Ehrengerichtshof kleingedruckt unter der Rubrik „besonders lesenswerte Schriftsätze" oder so abgedruckt. Zum Widerstand gehört eben auch, daß man sich wehrt.

Knöss"



KULTURELLER PROTEST GEGEN „§ 88a"

BERLIN (ID) 10. Februar

Fünfzehn kulturelle Institutionen West-Berlins haben sich in einer gemeinsamen Erklärung gegen das Vierzehnte Strafrechtsänderungsgesetz (§ 88a) gewandt. In der Erklärung, die als Anzeige am 25. Januar im „Tagesspiegel" erschien, wir die ersatzlose Aufhebung des Gesetzes gefordert.

Die Unterzeichner vertreten die Ansicht, daß das neue Gesetz im Vergleich zum früheren, zurückgezogenen Entwurf, „keine Veränderung aufweist, die unsere Bedenken ausräumen könnte." Selbst der mit dem Gesetztestext befaßte Ausschuß hat erklärt, es seien, „die Grenzen zwischen strafwürdigem Verhalten einerseits und künstlerisch oder demokratisch legitimierten Aussagen andererseits fließend und vom Gesetzgeber nicht in allen Fällen hinreichend genau festzulegen." Das tun die Gerichte. Sie urteilen darüber, was Kunst sei und was nicht. Wenn ein Gericht zum Beispiel einen Text „keine Schöpfung der Kunst" nennt und sein Urteil begründet: „Das Versmaß wird weithin nicht eingehalten" (Urteilsbegründung des Oberlandesgerichts Bamberg vom 14.1.1974), dann ist das genau die Praxis, die jene Ausnahmeregelung wieder zurücknimmt.

Die Konsequenzen aus dem Gesetz sind abzusehen: Umfassende Zensur, politische Disziplinierung, Einschüchterung und Opportunismus werden das kulturelle Leben bestimmen. Wir fordern die ersatzlose Aufhebung des Gesetzes".

Die Unterzeichner: Schaubühne am Halleschen Ufer; Grips-Theater; Tribüne; Theatermanufaktur; Rote Grütze; Lokomotive Kreuzberg; Humanistische Union; Neue Gesellschaft für Bildende Kunst; Internationale Kunstausstellungsleitertagung; Berliner Arbeitskreis Film; Freude der Deutschen Kinemathek; Ball und Tali Kino; Verband des Linken Buchhandels; Rotbuch Verlag; Verlag Klaus Wagenbach;

Kontakte über: Volker Ludwig, Detlef Michel, c/o Grips-Theater, Altonaer Str. 22, 1000 Berlin 21, Tel. 393 10 01

DOKUMENTE

KLAUS SCHÜTZ AN DIE BERLINER MITBÜRGER

BERLIN (Info BUG/ID) 10. Februar

Beunruhigende Verlautbarungen standen seit einigen Tagen in Post- und Bezirksämtern, an Berliner Wänden und Litfaßsäulen. Hier das Dokument der Zeitgeschichte im Wortlaut:

„Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die für das Schicksal unserer Stadt Verantwortlichen wenden sich heute direkt an Sie, liebe Bürger. Denn es sind ernste Gefahren, die den Bestand unserer Freiheit bedrohen. Gerade wir in Berlin wissen, was das bedeutet.

Mit großer Sorge, aber tatenlos mußten wir zusehen, wie politische und soziale Konflikte zunehmend mit dem Mittel der Gewalt ausgetragen werden. Eine wichtige Rolle kommt in dieser Entwicklung den immer zahlreicher werdenden Zeitschriften, Büchern und Filmen zu, deren Inhalt eindeutig auf eine gewaltsame Veränderung unserer Gesellschaftsordnung gerichtet sind. Sie tragen dazu bei, den öffentlichen Frieden und die Eintracht der Bevölkerungsklassen aufs Äußerste zu gefährden. Schon seit langem fordern wir, die wirklichen Demokraten in dieser Stadt, diesen roten Propagandisten entschieden das Handwerk zu legen. Dies kann jetzt geschehen.

Geleitet vom festen Willen, der fortwährenden und offen zersetzenden Kritik an unserer demokratischen Grundordnung ein Ende zu bereiten, haben alle im Bundestag vertretenen Parteien jetzt dafür gesorgt, daß in Zukunft unsere Sicherheitsbehörden gegen diesen Mißbrauch der Meinungsfreiheit noch konsequenter vorgehen können. Am 23. Januar 1976 wurde ein Gesetz verabschiedet, das die „Anleitung zu Straftaten" (§ 130 a) und die „verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten" (§ 88a) betrifft.

Auch in dieser so schwerwiegenden Frage geht der Senat von Berlin, wie es die Bürger Berlins gewohnt sind und erwarten dürfen, mit richtungsweisendem Beispiel voran:

Alle Flug- und Druckschriften wie Bücher, Zeitschriften usw., die geeignet sind, den Gemeinschaftsfrieden zu stören, sind sofort abzuliefern!

Nur als Beispiele hierfür sollen stehen:

Kurt Tucholsky, Tiger, Panther & Co.
Heinrich Böll, Die verlorene Ehre der Katharina Blum
RAF, Bewaffneter Kampf in Westeuropa
Willy Bleicher, Streik ist Gewalt. Ohne Streik kein Achtstundentag
Max Frisch, Biedermann und die Brandstifter
Günther Wallraf, Ihr da oben, wir da unten
Bertolt Brecht, Sämtliche Werke

Straffrei bleibt der Besitzer solcher Schriften nur, wenn er sie bis spätestens 1. März an den dafür vorgesehenen Stellen abliefert. Es sind dies:

Rathaus Schöneberg, Zimmer 207
Der Senator für Justiz, 62, Salzburger Str. 21
Der Polizeipräsident in Berlin, 42, Tempelhofer Damm 1
und alle Polizeidienststellen.

Wer danach solche Schriften besitzt, verbreitet, anschlägt, herstellt, bezieht, liefert, anbietet,anpreist, macht sich strafbar im Sinne der §§ 88 a und 130 a. Vom 1. März an nimmt Hinweise, die zur Ermittlung solcher Personen führen, jede Polizeidienststelle – auf Wunsch vertraulich – entgegen. Wir rechnen, wie es in dieser Stadt schon Tradition ist, auf Ihr demokratisches Bewußtsein.

Hinweis: Das Verbrennen der genannten oder anderer Schriften gleicher Zielrichtung auf offener Straße bleibt polizeilich untersagt."

Unterschriften: Klaus Schütz , Hermann Oxfort

AUS DEM LEICHEN-SHOW-HAUS DER STANDESORDNUNG

MÜNCHEN (ID)
9. Februar

CEREMONIEL

für die Beisetzung der Leiche Weiland Seiner Königlichen Hoheit

des Allerdurchlauchtigsten Herrn Herzogs

PHILIPP ALBRECHT

in der Pfarrkirche zu Altshausen und der dabei befindlichen

Kgl. Familien - Gruft

am Dienstag, den 22. April 1975 um 11.00 Uhr vormittags

Nach Einnahme der Plätze in der Kirche durch die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften beginnt seine Excellenz der Hochwürdigste Herr Diözesan-Bischof Dr. Georg Moser unter Assistenz der Hochwürdigsten Herren Bischof Dr Carl Joseph Leiprecht und Weihbischof Herre mit dem feierlichen Pontifikalrequiem, dem die Hochwürdigsten Herrn Äbte im Chor beiwohnen.

Nach Beendigung des Pontifikal-Requiems stimmt der Kirchenchor das Libera an, das bis zum Kyrie eleison gesungen wird.

Auf Büttenpapier, DIN A 4, wurde diese allerhöchste Leichenordnung niedergeschrieben. Im Innenteil folgten weitere Anweisungen für den feudalen Totentanz:

„Nach erfolgten Einsegnungen wird der Sarg mit der Allerhöchsten Leiche von zehn Förstern vom Katafalk gehoben.

Nach Eintreffen in der Gruft wird der Sarg vor dem Altar abgestellt und es erfolgt nochmals die Einsegnung durch Seine Excellenz den Hochwürdigsten Herrn Bischof Dr. Carl Joseph Leiprecht. Während des Zuges in die Gruft und der Einsegnung dortselbst singt der Kirchenchor den Psalm Miserere.

Nach beendeter Einsegnung kehrt Seine Excellenz der Hochwürdigste Herr Diözesan-Bischof unter Vorantritt des Kreuzträgers, der Ministranten sowie Ihrer Excellenzen der Hochwürdigsten Herrn Bischof Dr. Carl Joseph Leiprecht und Weihbischof Herre, sowie den Hochwürdigsten Herrn Äbten, dem die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften folgen, in den Chor der Kirche zurück. Es werden nun die üblichen Pater noster und das Credo gebetet, sowie das Salve Regina gesungen.

Nachdem darauf die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften die Kirche verlassen haben, entfernen sich auch alle übrigen Anwesenden."

Weia!

VEREINIGUNGSKIRCHE IN FRANKREICH – DIESELBEN ZIELE WIE DER CIA

FRANKREICH (ID, Libération)
11. Februar

Die Welle der Flugblätter der CARP (Collegiate Association for the Research of Principles), die am Anfang des letzten Semesters eini ge Universitäten in der BRD überschwemmt hat, ist abgeebbt. (Siehe unsere Berichte in den IDs 99, 101, 103, 106, 107). Der Schluß, den Flugblattverteilern der Vereinigungskriche sei die Puste ausgegangen, wäre jedoch falsch. Gestreng nach den Anweisungen ihres Sektenvaters Sun Myung Mun, in Europa 2.000 neue Anhänger zu werben, befindet sich der größte Teil des „Team s" auf Missionsreise: diesmal in Frankreich.

In Frankreich ist die Vereinigungskirche schon länger etabliert. Am 12. November 1968 unterzeichneten vier Personen, Henri Blanchard, Mlle Damien, Mlle Masson und J. Penhard, die Gründungserklärung der „Association de l'Église de l'Unification". Sitz des Vereins wird ein luxuriöses Appartement im besten bürgerlichen Wohnviertel von Paris, in der Avenue du colonel Bonnet 4. Der Anstoß und das Geld kommen aus Deutschland über Reiner Vincenz, dessen Vergangenheit nicht genau bekannt ist (er soll Versicherungsagent oder Ingenieur gewesen sein). Er wurde direkt vom Führer der deutschen Vereinigungskirche, Paul Werner, zum Aufbau einer Filiale in Frankreich beauftragt.

„Mein erster Kontakt in Frankreich war vor Sacré Coeur," sagt Vincenz über den Beginn seiner Mission. Er ist es bis heute noch, der die französische Sekte leitet, alles organisiert und die Fäden in der Hand hält. Von ihm sind zwei Adressen bekannt, eine in Frankreich: Monsieur R. Vincenz, Portfach 278/16 Paris XVI°, eine andere in den USA: Reverent R. Vincenz, 4707 18th. Av. N.E., Seattle, Wa 98105(206) 523-8400. Genauso verhält es sich übrigens mit den anderen Landesführern in Europa: Paul Werner leitet sowohl die Bundesrepublik als auch die Region 1 in den USA, Porter Italien und USA Region 6 und Verheyen Holland und die USA-Region 9.

1972 kann die Kirche schon mit 60 bis 80 Anhängern in die rue des Plantes ziehen. Vincenz selbst wohnt in dem schicken Viertel um die Place de l' Etoile in der rue Lesueur Nr. 7. Regelmäßig werden Seminare in einer Villa in Aulnay-sous-Bois,einem Pariser Vorort, abgehalten. Die Villa in der rue Vercingétorix 38 wurde von einem General der Luftwaffe Beauvais angemietet, dessen Sohn Michel seit 1970 Mitglied der Kirche ist und heute ein Missionshaus in Paris, XVII°, leitet.

Ein ehemaliger Mun-Jünger (heute 28 Jahre alt) erinnert sich: „Die Hierarchie war dort sehr streng. Der Leiter R. Vincenz und seine Frau Barbara regierten ziemlich herrisch. Wir suchten seinen Blick wie Hunde, die um ein Stück Zucker betteln. ‚Wenn ihr nicht richtig gesammelt seid, dann ist Satan unter euch', sagte uns Vincenz."

In der Villa ging es zu wie in einem Bienenstock: Arbeit, Gebete, Studium der göttlichen Prinzipien. Große Persönlichkeiten hielten Konferenzen ab, wie z.B. ein Feldwebel von Hussein von Jordanien, der anschließend eine Sektion der Vereinigungskirche in Jordanien gründete.

Im April 1972 besucht Mun, der Messias persönlich, umringt von seinen zahlreichen Leibwachen, seine französische Gemeinde. Er weiht einen kleinen Platz in der Nähe des Eiffelturms, der seither seinen Anhängern jeden Sonntagmorgen als Gebetsstätte dient.

Nur zwei Jahre später, 1974, zieht die Gemeinde in ihren jetzigen Sitz nach Vaucresson, avenue Clarisse um; eine luxuriöse 25-Zimmer-Villa im Barockstil inmitten eines großen Parks. Die Nachbarvilla wurde gleich mitgemietet und der Besitzer , ein Monsieur Ver Hulst, wohnt gleich daneben. Die drei Villen sind untereinander verbunden.

Ende letzten Jahres, November 75, stattet Mun einen Besuch ab: Er ordnet an, 2.000 neue Anhänger in Europa zu werben. „Um dieses gesetzte Ziel zur Rettung Frankreichs zu erreichen, muß euer Führer Henri (Blanchard) hart arbeiten. Selbst wenn er in seinem Innersten verrückt werden sollte, wird er es nicht zeigen ...", sagte Mun während seines Aufenthaltes am 12. und 13. November in Vaucresson. Weiter: „In diesem entscheidenden Zeitpunkt können da die Soldaten (!) der Vereinigungskirche in Frankreich einen normalen Rhythmus mit nur acht Stunden Arbeit und genügend Schlaf

nehmen? Ihr seid unstabil ..." Dabei gibt Mun zu, daß er bereit sei, Frankreich im 3. Weltkrieg zu opfern. Er bewundert Napoleon und Karl den Großen. Vor allem Napoleon, weil er „geplant hat, die ganz Welt zu erobern zugunsten seiner Nation."

Jedenfalls war den Mitgliedern die Aufgabe gestellt. Im Dezember bekamen die 300 bis 500 Mitglieder der französischen Filiale Verstärkung von 150 Sektengeschwistern aus Deutschland, die in 20 VW-Bussen angekarrt wurden. Jeden Morgen verlassen diese Missionare ihren Sitz, um in den besseren Vierteln von Paris Passanten eine kleine Revue „Nouvel Espoir" (Neue Hoffnung) aufzudrängen.

Marie, eine 25jährige Ex-Anhängerin, gibt einen Eindruck von den Gefühlen der Werber: „Ich hatte das Gefühl, als ob mir das Gehirn gewaschen würde ... Es war wie elektrisiert. Die Tage vergingen und ich wollte davonlaufen, aber ich konnte nicht ... Ich war blockiert ... Wir lernten, daß Mun da Erfolg haben werde, wo Jesus versagt hatte und daß Korea, dank Amerika, seine Einheit wiederfinden werde. Jeden Morgen ‚das Versprechen', Gebete zur Bekämpfung des Kommunismus ... Wir schliefen nur vier Stunden pro Nacht und auch am Tag durften wir nicht einnicken, man sagte uns, daß der Schlaf teuflisch sei ... Jeden Tag hatte ich mehr Schmerzen im Kopf, aber ich konnte einfach nicht weglaufen. Ich mußte wenigstens einen neuen Anhänger gewinnen. ... Eines Tages sagte man mir: ‚Geh in den Jardin du Luxembourg und bring einen Amerikaner mit.' Ich hab einen Japaner getroffen, der schon von den göttlichen Prinzipien gehört hatte. Er hat mich in ein Kino eingeladen. Mein Kopf war am Bersten, ich fühlte die Gegenwart meines geistlichen Lehrers Michel ... Ich hatte Angst. Im 16. Arrondissement (bürgerliches Wohnviertel von Paris) haben sie wegen meines Benehmens die Polizei gerufen: sie haben mich für eine Rauschgiftsüchtige gehalten und mir Ohrfeigen gegeben. In Wirklichkeit hatte ich Sinnestäuschungen. Ich konnte nicht mehr sprechen, nur noch heulen. Als sie mich in die psychiatrische Klinik Ste. Anne eingeliefert haben, glaubte ich, es sei das Vaterhaus der Vereinigungskirche ... Ich bin sechs Monate dort geblieben."

Die aufgelesenen Interessenten werden auf ein Wochenendseminar für Arbeitslose kostenlos, auf ein Schloß bei Rouen oder nach Vaucresson eingeladen. Im übrigen Frankreich sind ebenfalls Zentren in Bordeaux, Grenoble, Toulouse, Lille, Lyon, Metz, Nantes, Rennes und Strassbourg entstanden. Für die Universitäten gibt es ein Äquivalent zur hiesigen CARP, die MURVA (mouvement universitaire pour la recherche des valeurs absolues, Universitätsbewegung zur Erforschung der absoluten Werte), die ihre Konferenzen in 52, [illegible] Madame oder im Quartier Latin 15, rue des Ursulines abhält.

Die Werber versuchen nicht jeden x-beliebigen abzuschleppen. Das Opfer wird ausgesucht. „Habt bei eurer Suche die Augen offen", raten die Führer, „beweist eure außerordentliche Konzentration, beeindruckt die Leute durch euer Lächeln, gebt eurer Freude Ausdruck..." Wenn jemand dann auf Sprüche wie „Wir wollen Frieden, wir sind Pazifisten" hereingefallen ist, wird er zu einem Essen eingeladen, wo jede Bewegung von ihm aufmerksam beobachtet wird. In ihrer Terminologie heißt das „geben-nehmen". Es soll eine regelrechte Hypnose erzeugt werden. Keine persönlichen Beziehungen mehr, keine freie Minute mehr, so wenig Schlaf wie möglich, scharfer Druck von der Gruppe. Die häufigen Reisen und Umverlegungen dienen sowohl als Lockreiz als auch als Mittel, sie von ihrer gewohnten Umgebung zu entfernen. Nach einer Weile entscheidet eine „Psychologische Profilstudie" eines Psychologen der Kirche, ob das neue Mitglied zum Handarbeiter, Werber oder zukünftigen Führer sich eignet.

ANSCHLAG AUF LIBÉRATION

PARIS (ID/LIBÉ) 12.Februar

Die französische Tageszeitung Libération verbreitete über den Anschlag, der sich letzte Woche gegen ihre Redaktionsräume richtete, folgendes Kommuniqué:

„Heute Morgen (Mittwoch, den 11.Februar) wurde einige Minuten nach Mitternacht gegen die Fassade des Redaktionsgebäudes der Tageszeitung Libération ein Molotow-Cocktail geworfen, wodurch ein Brand entstand. Dieser Brandsatz wurde aus einem dunkelfarbigen Volkswagen-Cabriolet herausgeschleudert, der nach Zeugenaussagen unbeleuchtet fuhr.

Nach einem Kommuniqué, das anderen Presseorganen übermittelt wurde, übernahm für diesen und einen anderen Anschlag desselben Typs gegen die Büros der Aeroflot auf den Champs Elysees die rechtsradikale verbotene Organisation „Ordre Nouveau" übernahm die Verantwortung.

Dieser Anschlag hatte das Ziel, gegen „das marxistische Regime in der Sowjetunion" zu protestieren. Diese Begründung kann nur mit politischem Starrsinn erklärt werden, da sie weder unsere Zeitung gelesen haben können, noch die Ideen kennen, die darin verteidigt werden.

Zur weiteren psychischen Fesselung werden bestimmte Arten von Teufelsaustreibung praktiziert, von ihnen „Entprogrammierung" genannt, die eine Verschiebung der Ideologien der patriarchalischen Familie und der katholischen Kirche, die in Frankreich noch relativ stark sind, auf die der Mun-Sekte, mit ihrem großen „Vater" und dem Bösen in Form des Weltkommunismus, ist. Dabei entspricht dem geschwisterlichen Inzesttabu das Verbot der sexuellen Beziehungen zwischen den Mitgliedern.

Aus dieser Sicht wird es deutlich, warum in Frankreich der Widerstand gegen die Sekte zuerst von Elternvereinigungen und der Katholischen Kirche ausging und vergleichsweise viel stärker ist als in der Bundesrepublik. Die Katholische Kirche, die in Frankreich noch weitgehend das religiöse Monopol besitzt, stört dabei die Konkurrenz. Ein Priester von Paris verriet: „Man nimmt uns die Kundschaft weg. Die Kirche wird rechts überholt."

Der Widerstand der Eltern wurde durch die spektakuläre Entführung der Mun-Anhängerin Christiane Amadéo durch ihre eigenen Eltern in ganz Frankreich bekannt. Alle Eltern sind gleichermaßen beunruhigt: „die Kinder sind wie Gespenster oder Schallplatten mit einem Kratzer geworden." Eines der Hauptprobleme dieser Eltern ist, ihr Erbe vor dem Zugriff der Sekte zu retten, da die Vereinigungskirche die Überschreibung sämtlichen Eigentums ihrer Mitglieder auf Mun persönlich verlangt. So versuchte die Sekte, die oben zitierte Marie unter Druck noch nach ihrer Entlassung aus der Heilanstalt zu der Übertragung des elterlichen Blumengeschäfts in das Eigentum der Sekte zu bewegen.

Den Kindern wird erzählt: „Wenn du (zu deinen Eltern) zurückkehrst, irrst du. Es gibt welche, die daran gestorben sind. Wenn du austrittst, wirst du vielleicht auch sterben." (Henri Blanchard zu einem Anhänger). In der Tat starb der Gründer der ersten Widerstandsorganisation „Association pour la défense de la famille et de l'individu", Dr. Champollion, genau ein Jahr, nachdem er versucht hatte, seinen Sohn in Lyon zurückzuholen. Damals wurde er von der Kirche als „teuflische Person" erklärt und ihm wurde prophezeit, daß er nur noch ein Jahr zu leben habe. Nach Eintritt des sehr mysteriösen Todesfalls wies die Sekte auf die „göttliche Gerechtigkeit" hin.

Ein politischer Widerstand gegen die faschistische Sekte entstand erst im Zuge der Veröffentlichung über den CIA und den Verbindungen zu der Vereinigungskirche. Der offizielle Führer der französischen Sektion der Sekte, Henri Blanchard, erklärte kürzlich: „Der CIA und wir haben dieselben Ziele."

Im Kommuniqué wird der Wunsch geäußert, „alle Manöver der Linksradikalen und Marxisten, die die Sicherheit des Staates beeinträchtigen, zu durchkreuzen." All dies zeugt nicht von einer übergroßen Freiheitsliebe, schon garnicht zur Meinungsfreiheit, die uns offensichtlich genommen werden soll; insbesondere unser Recht, für die in der Armee kämpfenden Gewerkschaftler und für die wegen Wehrkraftzersetzung gefangenen Soldaten Partei zu ergreifen.

Der Anschlag wurde am Mittwoch, nachts ausgeführt, als die Redaktionsräume leer waren. Nur ein Fenster war beleuchtet, gegen das der Brandsatz geworfen wurde. Die Tat ist um so verwerflicher, als die Täter nicht wußten, daß sich niemand hinter diesem Fenster befand.

Der Anschlag ist nicht der erste gegen unsere Zeitung. Die Räume wurden 1973 durch einen Brand völlig zerstört. 1974 erfolgte ein Brandanschlag nach unseren Enthüllungen über die Aktivitäten des ‚Service d' action civic' (SAC).

Der angerichtete Schaden ist unbedeutend, da eine weitere Ausbreitung des Feuers verhindert werden konnte."

„Ordre Nouveau" ist eine faschistische Gruppe mit engen Verbindungen zur italienischen MSI, die 1974 zusammen mit der trotzkistischen Ligue Communiste nach einer gewaltigen Prügelei verboten wurde. Die Gründe der Kommandomeldung sind unglaubwürdig, da nach der Veröffentlichung von Namen von CIA—Agenten Libération eine breite Kampagne für die Befreiung der in psychiatrischen Anstalten internierten russischen Oppositionellen begonnen hatte und 30 Namen von gefangenen Dissidenten veröffentlicht hatte. Die wahren Gründe liegen vielmehr in der Unterstützung der „Demokratisierungskampagne in der Armee", die allen reaktionären Elementen auf den Magen drückt.

WARNUNG AN CIA-JÄGER

LONDON (ID)
11. Februar

Lord Chalfont, früherer Minister des Auswärtigen Amtes in der Wilson-Regierung von '64, hat jeden, der die Identität von CIA-Agenten aufdeckt, als „Staatsfeind" bezeichnet. In einem bemerkenswerten Artikel in der „Times" behauptet Chalfont, daß „mysteriöse Stellen die Demokratie untergraben" würden.

Chalfont ging weiter als irgendein Verteidiger des CIA vor ihm es in der Öffentlichkeit getan hat; er sagte, daß Spionage notwendig sei für die Verteidigung des Westens, daß der CIA ein integraler Bestandteil des Westens sei und daß deshalb jeder, der Machenschaften des CIA aufdeckt, ein feindlicher Agent sei. Wenn die Kampagne weitergeführt wird, und ausschließlich auf westliche Nachrichtendienste ausgerichtet sei, dürften sich die, die sich damit befassen ‚nicht wundern, wenn sie als „Staatsfeinde" angesehen würden.

Während er sich als Verteidiger von Recht und Ordnung darstellte warnte Chalfont diejenigen, die die Anti-CIA-Kampagne durchführen, davor, daß sie sich plötzlich selbst als Opfer von Mördern wieder wähen.

Es ist wirklich sehr einfach für CIA-Leute, irgendwelchen unwillkommenen Ereignissen wie in Griechenland, Italien, Spanien, Großbritannien oder sonstwo aus dem Wege zu gehen. — Sie werden einfach zurückgezogen und versetzt.

Aber Journalisten und Leute, die den CIA untersucht und die Identität von CIA-Leuten aufgedeckt haben, könnten nirgendwohin gehen, sagt Lord Chalfont ... Und in den USA — wo Senatsuntersuchungen und Ermittlungen gegen den CIA in vollem Gange sind, hat ein Sprecher des Justizministeriums die Verurteilung von CIA-Agenten als ein „trockenes Loch" bezeichnet. Obwohl man die kriminellen und illegalen Praktiken nun kennt, wird von rechtskräftigen Urteilen abgesehen. Gegen den ehemaligen CIA-Direktor Richard Helms z.B. wurde wegen Raubes und anderer Delikte ermittelt. Das Justizministerium müßte sich beeilen, wenn Helms angeklagt werden sollte; derartige Ermittlungsverfahren verjähren in den USA nach fünf Jahren — das wäre in diesem Fall nächste Woche.

FRANK STAGG IST TOT

WAKEFIELD (ID)
12. Februar

Am 12.2.76 starb Frank Stagg im britischen Wakefield Prison: total erschöpft am Ende seines vierten Hungerstreiks innerhalb von zwei Jahren, den er am 13.12.75 begonnen hatte. Seine einzige Forderung war die , nach Nordirland überführt zu werden, wo er in einem dortigen Gefängnis politischen Status erhalten hätte.

Zynisch stellte das englische Innenministerium fest, daß man bei Frank Stagg, da er in der Republik Irland geboren sei, von keiner Zugehörigkeit zu Nordirland sprechen könne. Stagg hatte sich zwei Jahre lang geweigert, die Häftlingskleidung zu benutzen, weswegen er monatelang halbnackt in seiner Zelle lag.

Gerry Mealy, der sich mit Frank Stagg im Hungerstreik befand, hatte ihn vor drei Tagen auf Drängen von Frank (Mealy hat zwei Kinder) abgebrochen.

Während Frank Stagg die Überführung in ein nordririsches Gefängnis bis zum Tode verweigert wurde, überführte die britische Regierung mehrere Mitglieder protestantischer Organisationen nach dort. Es ist dies eine erneute, offene, überlegte Provokation der Briten gegen die provisorische IRA und den Waffenstillstand.

Inzwischen gab die britische Regierung die Genehmigung der Überführung von Frank Stagg nach Nordirland: als Leiche.

Solidaritätsadressen an die Familie von Frank Stagg: c/o Republican News, 170 a Lower Falls Road, Belfast, Nordirland („Tom").

GEISELNAHME AN DER SOMALIKÜSTE

DJIBOUTI (Libération/ID)
4. Februar

21 Kinder von Angehörigen der französischen Armee sind in die Hände eines Kommandos gefallen, das aus vier bewaffneten Männern besteht und sich zur Befreiungsfront der Somali küste bekennt (FLCS). Ort des Geschehens: Djibouti, die Hauptsstadt des französischen Territoriums von Afar und Issas, der letzten französischen Kolonie in Afrika, eine Stadt von ungefähr 150.000 Einwohnern, die von mehr als 10.000 französischen Soldaten, Polizisten und Legionären gut bewacht wird, unter dem Kommando des General Brazards, der damit beauftragt ist, Afar und Issas der Unabhängigkeit zuzuführen. Um seine militärische Präsenz in diesem strategisch wichtigen Hafen am Roten Meer und dem Indischen Ozean zu sichern, hat Franreich seit de Gaulle auf Ali Aref gesetzt. Jedoch hat Ali Aref den geringen Einfluß, den er zunächst bei den Bewohnern Afars hatte, nach und verloren, und er wird heute nur noch von einer ganz geringen Minderheit unterstützt, die ihre ökonomischen Interessen durch ihn vertreten sieht. Die Mehrheit der Bevölkerung von Djibouti unterstützt die afrikanische Liga für Unabhängigkeit (LPAI = Ligue populaire africaine pour l'independance) mit den Führern Hassan Gouled und Ahmed Dini. Die Liga hat vergeblich jahrelang eine Verständigung mit Frankreich gesucht; Frankreich hat jedoch immer Ali Aref vorgezogen.

Die Befreiungsfront der Somali küste wurde vor vier Jahren von jungen Leuten gegründet, die nicht mehr an friedliche Lösungen glaubten, wie sie von Frankreich und auch von der LPAI angestrebt wurden. Es gab mehrere Attentate gegen Ali Aref, auf die Frankreich mit einer Repressionswelle antwortete, ausgeführt von der Armee, der Polizei und der Fremdenlegion. Verhaftungen und Ausweisungen, begleitet von merkwürdigen Todesfällen, sind an der Tagesordnung. Jede Versammlung von mehr als fünf Personen ist verboten.

Im März 1975 wurden zwei Sympathisanten der FLCS, die zu Lebenslänglicher Haft wegen Attentatsversuchen gegen Aref verurteilt worden waren, freigelassen und gegen den französischen Botschafter in Magadiscio (Somali) ausgetauscht.

Heute passiert ungefähr dasselbe. Ein Kommando der Befreiungsfront hat die kleinen Weissen als Geiseln genommen, um die Genossen zu befreien, die angeklagt sind, einen Polizisten getötet zu haben.

Die Geiselnahme ereignete sich zwei Tage nach der letzten Provokation der französischen Besatzung: der „Reinigung" von Bal-Balla, einem kleinen Dorf aus Pappkartonhäusern, das „cartonville" (Kartonstadt) genannt wird, ein Dorf, das provisorisch von all denen bewohnt wurde, die täglich aus Djibouti ausgewiesen werden, weil sie keine Papiere haben. Die französischen Streitkräfte haben alle diese Leute vom gesamten Territorium verjagt. Diese Steigerung der Provokation und der Repression gegen die gesamte Opposition hat zum Ziel, die LPAI und die TFAI zu vernichten und die Somali küste einer „Unabhängigkeit" unter Ali Aref zuzuführen.

ÜBERFALL AUF POLITISCHE GEFANGENE IM GEFÄNGNIS SAN VITTORE

MAILAND (ID)
13.Februar

Im Flügel von San Vittore, einem Gefängnis von Mailand, sind die politischen Gefangenen untergebracht. Als am 24.1. kurz nach 9 Uhr die Zellen für den Hofgang aufgeschlossen wurden, stürmten drei maskierte und mit Messern bewaffnete Männer in die Zelle, in der Pietro Morlacchi, Giovanni Miagostwich, Pasqualino Seriani und Sergio Spazzali sitzen. Pietro Morlacchi und Giovanni Miagostowich sind Militante der Brigate Rosse, Pasqualino Serinai ist Militanter von Lotta Communista und Sergio Spazzali, der zu dieser Zeit nicht in der Zelle, sondern beim Duschen war, ist vor kurzem auf Anweisung der Schweizer Polizei wegen Verdacht auf Waffentransport von der Schweiz nach Italien verfrachtet worden.

Die drei Maskierten stürzten sich auf die Gefangenen und stachen mit den Messern auf sie ein. Während Morlacchi und Seriani sich wehren können und deshalb nur leicht verletzt werden, wird Miagostowich, der den ersten Angriff abbekommt, durch Stiche in die Kehle, Brust und Unterleib schwer verletzt und muß anschliessend im Krankenhaus mehreren Operationen unterzogen werden. Das Gemetzel dauert ca. zehn Minuten und findet unter den Augen der Wärter statt, die sich noch auf dem Flur befinden, aber nicht den Versuch machen, einzugreifen. Die drei Maskierten können unbehelligt über den Flur verschwinden und sind bis heute nicht gefunden oder identifiziert, obwohl man, wie es heißt, die Messer, die Nylonstrümpfe und die blutverschmierten Kleider bei einer am Tag später im Gefängnis durchgeführten Durchsuchung gefunden hat.

In einer Presseerklärung des „Komitees für die Freilassung von S.Spazzali" heißt es: „Den Umständen und der Tatsache nach, daß von dem Verbrechen Spuren zurückgeblieben sind (z.B. einer der Angreifer eine Kopfverletzung hat) ist es völlig absurd, daß die drei nicht identifiziert werden können.
Es ist auch ausgeschlossen, daß es sich um einen „Racheakt" innerhalb des Gefängnisses gehandelt hat. Es handelt sich eindeutig um eine politische Aktion, die mit der präzisen Absicht, die vier Insassen der Zelle zu töten und mit Billigung oder zumindest Duldung der Verantwortlichen durchgeführt wurde. Sind das vielleicht die neuen Methoden, mit denen das System versucht, sich politischen Dissens vom Hals zu schaffen? "

In der Tat ist dies nicht der erste Versuch in Italien, politische Gefangene umzubringen. In zwei anderen Fällen wurde Gefangenen der Brigate Rosse der Wink gegeben, an einem bestimmten Tag in bestimmter Weise die Flucht zu versuchen — in beiden Fällen standen dort die Wachen mit entsicherten Gewehren schußbereit.

Am Mittwoch, den 28.Januar fand eine Demonstration aller außerparlamentarischen Gruppen in Mailand gegen den Überfall in San Vittore statt.

URUGUAY – DAS VERSCHWIEGENE CHILE

PARIS (ID)
6. Februar

„Während weltweit tiefstes Schweigen herrscht, erlebt unser Land eine Unterdrückung auf ‚chilenische Art' " — Verteidigungskomitee für die politischen Gefangenen in Uruguay

Die Unterdrückung in Uruguay ist mindestens mit derjenigen vergleichbar, die Chile heute kennt. Da aber der Staatsstreich, der 1973 an den Ufern des Rio de la Plata stattfand, nicht blutig war — und da die Militärs, die die wirklichen Herren des Landes sind, sich immer bemühen, eine gewisse legale Fassade zu präsentieren (der 1971 gewählte Präsident Juan Maria Bordaberry bleibt Staatschef), wird das gegenwärtige Regime in Montevideo von der Weltmeinung praktisch nicht verurteilt. Um die „Mauer des internationalen Schweigens" zu brechen, wie es einer seiner Vertreter nannte, hat das Verteidigungskomitee für die politischen Gefangenen in Uruguay gerade eine europäische Kampagne eingeleitet zur „Isolierung der Diktatur" in diesem Land.

Jüngst wurde eine neuerliche Welle von Verhaftungen in Uruguay durchgeführt (le Monde, 20. Nov. 75) und zwar die bedeutendste seit der Verhaftungswelle, die dem Staatsstreich vom Juni 73 gefolgt war. Mehr als 500 Personen wurden innerhalb von 2 Wochen festgenommen. Unter ihnen befinden sich zahlreiche Intellektuelle, Universitätsangehörige und bedeutende politische und gewerkschaftliche Persönlichkeiten, insbesondere Alberto Altesor, ehemaliger Abgeordneter, Führer der kommunistischen Partei, Arturo Ardao, Anwalt, ehemaliger Dekan der juristischen Fakultät von Montevideo, Pedro Toledo, Führer der Textilgewerkschaft, Vladimir Turianski, ehemaliger Abgeordneter, Vizepräsident der Nationalen Vereinigung der Arbeiter (C.N.T.), der uruguayischen Hauptgewerkschaft, Juan Carlos Urruzola, Journalist usf.. Der Präsident der christlich-demokratischen Partei, Juan Pablo Terra, der festgenommen worden war, wurde nach 5 Tagen freigelassen. Dagegen haben sich die militärischen Sicherheitskräfte der ersten Region unter dem Kommando von General Cristi, einem der „starken Männer" des Landes, die hinter den Verhaftungen stehen, bis heute geweigert, die Haftorte der Gefangenen bekannt zu geben. Das Verteidigungskomitee zieht mindestens 6 000 politische Gefangene als anerkannt in Betracht, zu denen eine unbestimmte Anzahl von in Kasernen gefangenengehaltenen Personen hinzugerechnet werden muß. Eine derartige Zahl verleitet dazu, aus diesem Land, das anläßlich der letzten Zählung 2,7 Millionen Einwohner zählte, den „Weltmeister" der Unterdrückung zu machen.

Obendrein wird die Folter beinahe systematisch bei den verhafteten Personen angewandt. Mindestens drei politische Gefangene sind im Lauf der letzten Monate nach übereinstimmenden Zeugenaussagen an der Folter gestorben: Alvaro Balbi, Ricardo Lenera und Carlos Curuchaga. Ein Anwalt der internationalen Menschenrechtsvereinigung, der kürzlich eine Untersuchung in Uruguay durchgeführt hat, erhielt direkte Zeugenaussagen über die Formen der Mißhandlungen, die den Gefangenen zugefügt werden: die „Ordonanz", die darin besteht, den Gefangenen aufrecht stehen zu lassen, eine Kapuze über dem Kopf, ohne ihm Wasser oder Nahrung oft tagelang zu geben. „Die psychologische Desorientierung", die erreicht wird durch eine totale Unregelmäßigkeit der Essenszeiten, unaufhörliches Wecken für die Verhöre, das „trockene U-Boot", das darin besteht, den Kopf des Gefangenen in einen Plastiksack zu stecken, hermetisch abgeschlossen, bis zum Ersticken. Und natürlich, Schläge und Schikanen. Uruguay, früher als die ‚Schweiz Lateinamerikas' gerühmt, wo ein beinahe mystischer Repekt vor den individuellen Rechten bestand, wo jeder Autoritätsmißbrauch einen Proteststurm in der öffentlichen Meinung hervorbrachte, ist ein Land der Unrechte geworden, „ohne Verfassung, ohne Gesetze".

Das wesentliche juristische Instrument dieser Entwicklung war ein „Gesetz über die interne öffentliche Ordnung", das „die subversiven Aktivitäten" unterdrückt und eine Zensur über die Presse verhängt. Die Schließung des Parlaments im Juli 1973 hat andererseits die Exekutive ohne Gegengewicht gelassen. Und dies umsomehr, als alle politischen Fälle den Militärtribunalen übertragen werden. Die Auflösung aller linken gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, die Unterdrückung des Vereinsrechts, die Zensur der Informationsorgane haben die heftigsten wie die leisesten Gegner zum Schweigen gebracht. Selbst die Dokumente des katholischen Episkopats wurden der Zensur unterzogen.

Ehemals Asylland, das Kontingente von Einwanderern aus dem alten Europa und politische Flüchtlinge aus den Nachbarländern aufnahm, ist Uruguay heute ein Land, das seine Einwohner verliert: etwa 400 000 (nahezu 15 % der Bevölkerung) haben die nördlichen Ufer des Rio de la Plata verlassen, um sich anderswo hinzuflüchten, die Mehrzahl nach Argentinien, die anderen nach

Europa. Allein in Frankreich wurden über 1 500 Uruguayer aufgenommen. Die meisten haben ihr Land verlassen, weil sie keine Arbeit fanden, die anderen sind vor der politischen Unterdrückung geflohen.

Die Diktatur konnte die schwere ökonomische Krise nicht lösen, die das Land seit Jahren erlebt und die der Grund für die politische Aktion der Tupamaros war, dieser Kämpfer der extremen Linken, bevor sie zum Vorwand für die Intervention der Armee 1973 diente. Während der letzten beiden Jahre war das Sinken der Kaufkraft von großer Bedeutung; die Inflation galloppierte; die Auslandsschuld entspricht 3 Exportjahren.

„Das Land erfährt eine der tragischsten Situationen des ganzen Subkontinents Lateinamerikas'. Und dennoch erfreut es sich eines vollständigen Fehlens internationaler Sanktionen. Uruguay braucht Hilfe von außen, um seine Diktatur zu bekämpfen", erklärte im Verlauf einer Pressekonferenz André Jacques, Verantwortlicher des Vereins „Flüchtlinge" der ökumenischen Hilfsorganisation, der CIMADE. Eine Petition gegen die Folter und die willkürlichen Verhaftungen, unterzeichnet von den Linksparteien, der CGT, der CFDT, den Juristenvereinigungen und verschiedenen französischen Persönlichkeiten wurde der Botschaft von Uruguay in Paris am 3. Dezember 75 vorgelegt. Eine der Formen, die die internationale Hilfe annehmen kann für die politischen und gewerkschaftlichen Kräfte, die den Kampf gegen die Diktatur von Montevideo führen, besteht nach Ansicht des Komitees darin, daß „die demokratischen Länder ihrer politischen, wirtschaftlichen und kommerziellen Zusammenarbeit" mit dem gegenwärtigen uruguayischen Regime „ein Ende setzen".

Kontakt: Comité de defense des prisonniers politiques en Uruguay – 67, rue du theatre, 75015 Paris.
(aus: Chile-Nachrichten Nr. 33, nach Le Monde 10.12.75)

TREIBT ARGENTINIEN IN DEN BÜRGERKRIEG ?

HAMBURG (ID) 11. Februar — Vom Lateinamerikanischen Studentenverband AELA erhielten wir folgenden Bericht:

„Am 15.12.75 wurde in Buenos Aires der Arbeiter Andres Seguil zusammen mit seiner Frau und fünf Kindern entführt. Er ist ein linksperonistischer Arbeiterführer, Arbeiter der Firma Bendix Argentina, Mitglied der linksperonistischen Authentischen Peronistischen Partei (Partido Peronista Autentico) und einer der Führer der Koordination der Elendsviertel in Buenos Aires.

Schon in den Monaten Mai bis Juni 1975 konnte sich Seguil aufgrund von Morddrohungen nur unter bewaffnetem Schutz vom und zum Arbeitsplatz bewegen.

Als Mitglied der Peronistischen Arbeiterjugend (Juventud Trabajadora Peronista) trat Seguil in seinem Betrieb auf als Verteidiger der Arbeiterrechte, gerechter Lohnforderungen, Humanisierung des Arbeitsplatzes und als unbeirrbarer Kritiker der Metall-Gewerkschaftsführung und der peronistischen Regierung.

Sein nahezu 15jähriger Kampf für die Rechte der Arbeiter und der Bewohner der Elendviertel von Buenos Aires haben ihm viele Feinde geschaffen.

Diese systematischen und häufigenAktionen von Entführungen und Morden in Argentinien finden ihre Opfer normalerweise unter den Arbeitern, die in den Gewerkschaften und den Fabriken eine aktive Opposition gegen die Regierung und gegen die Gewerkschaftsführung leisten. Die argentinische Wirtschaftslage spiegelt die tiefere Krise wider, in der sich die multinationalen Konzerne der ganzen Welt befinden und die argentinische Regierung versucht offensichtlich, diese Krise auf Kosten der Arbeiter auszutragen, da Wirtschaftspläne in kurzer Zeit nicht verwirklicht werden können. Der Widerstand der Arbeiter verstärkt sich in verschiedenen Basisorganisationen und hat u.a. seine politische Wirksamkeit in der Partido Peronista Autentico gefunden, einer Partei, die Ende Dezember 1975 von der Regierung verboten wurde, weil sie „den Prinzipien des Peronismus widerspricht und einen subversiven Charakter hat."

Am 27. Oktober 1975 wurde in Córdoba der Arbeiter Marcelo di Fernando, Mitglied des Betriebsrats der Transax Fabrik, ermordet. Die Fabriken in Córdoba wurden daraufhin geschlossen und Tausende von Arbeitern mobilisierten sich, geführt vom „Koordination der Kampfgremien". Sie forderten: sofortige Wahl in der Provinz Córdoba und das Ende der faschistischen Föderalinterventionen, die Rückgabe aller Gewerkschaften an die Arbeiter, die Ablösung der repressiven Gesetze, die Aufhebung des Ausnahmezustandes, Freiheit für die politischen Gefangenen, Verteidigung der Arbeitsplätze und Lohn und Maßnahmen gegen die Inflation ... Ebenso wurde der Rechtsanwalt Roberto Quieto entführt, dem im August 1972 mit anderen Revolutionären die Flucht aus dem Gefängnis in Trelew nach Chile gelungen war.

Obwohl es für uns sehr schwierig sein wird, der europäischen Öffentlichkeit, innerhalb kurzer Zeit vollständige Beweise vorzulegen, bitten wir alle demokratischen Kräfte, ihre Aufmerksamkeit mindestens den Folgen, die diese Politik verursacht, zuzuwenden und ihren Protest der argentinischen Regierung und den Streitkräften gegenüber auszudrücken, damit sie auf die Dauer Schwierigkeiten haben werden, diese Art der Repression fortzusetzen.

Hauptsächlich würden dadurch viele Leben gerettet werden!

Wir warnen die Öffentlichkeit vor dem wachsenden Prozeß der Vietnamisierung in Argentinien, dessen Konsequenzen allerorts bekannt sind und uns von weiteren Kommentaren befreien.

Kontaktadresse: Ruth Müller Garcia, c/o Buchhandlung, Schlüterstr. 79, 2000 Hamburg 13

KOREANISCHER OPPOSITIONELLER DICHTER VOM TODE BEDROHT

FRANKFURT (ID) 11. Februar — Der 24jährige katholische Dichter Kim Chi Ha soll zum Tode verurteilt werden, weil er in seinen Gedichten und Zeitungsartikeln die Wahrheit über das diktatorische Regime in Südkorea verbreitet hat.

Kim Chi Ha kämpfte bereits in den fünfziger Jahren gegen die politische Unterdrückung in Südkorea. 1960 war er an den Demonstrationen beteiligt, die zum Sturz des von den USA ausgehaltenen Diktators Syngman Ree führten. Nach dem Putsch von Park Chung Hee im Jahre 1961 arbeitete er jahrelang im Untergrund und wurde mehrmals wegen seines öffentlichen Auftretens gegen die faschistische Unterdrückung verhaftet.

Zum fünften Mal wurde Kim Chi Ha im Frühjahr 1974 verhaftet. Am 13. Juli 1974 wurde er zum Tode verurteilt zusammen mit sechs weiteren Angeklagten, im August 1974 wurde er dann mit vi anderen zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Beschuldigt wurde er, einen kommunistischen Umsturzversuch mitgeplant zu haben, die „Nationale Demokratische Jugend- und Studentenliga", die nach den Studentendemonstrationen Anfang April 1974 von der Park-Clique durch das Notstandsdekret No. 4 verboten wurde, unterstützt zu haben, „damit die Studenten in der Lage seien, die gegenwärtige Regierung durch Demonstrationen im März und April zu stürzen". (so die Anklageschrift) Ein Hauptbeweismittel gegen Kim Chi Ha war ein nach der Demonstration vom 3. April 1974 auf Flugblättern verteiltes Gedicht „Stimme des Volkes". In diesem Gedicht prangert er die Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes in Südkorea an und den nationalen Ausverkauf des Landes an die ausländischen Imperialisten und ruft zum Sturz der Park-Clique auf.

Im Februar 1975 wurde Kim Chi Ha freigelassen, aber nach drei Wcohen Freiheit im März 1975 wieder inhaftiert aufgrund eines Zeitungsartikels in der „Dong a Ilbo", Südkoreas angesehenster oppositioneller Tageszeitung, in dem er die Lügen und Foltermethoden des koreanischen Geheimdienstes KCIA aufdeckte, mit der die Hinrichtung von acht südkoreanischen Patrioten im April 1975 vorbereitet worden waren.

Kim Chi Has Bericht aus dem Gefängnis stimmt mit den unabhängigen Untersuchungen des amerikanischen Pfarrers Ogle überein, der deswegen des Landes verwiesen wurde: die Revolutionäre Partei des Volkes war eine Erfindung des Park-Regimes, die Geständnisse der Inhaftierten waren das Ergebnis grausamer Folterungen. Grund genug offensichtlich für die Regierung Park Chung Hee, Kim Chi Ha erneut einzusperren.

Kim Chi Ha sitzt seitdem in Haft, und sein Prozeß wird ständig hinausgeschoben. Das Regime Park Chung Hee will offenbar Kim Chi Ha in Vergessenheit geraten lassen, um ihn später in aller Ruhe aburteilen zu können. Durch die Entfaltung der internationalen Solidarität muß dies verhindert werden.

Das gegenwärtige Militärregime unter Park Chung Hee ist 1961 durch einen Putsch an die Macht gekommen. Die Militärs rechtfertigten diesen Putsch mit der angeblich drohenden Gefahr eines vom Norden gesteuerten kommunistischen Umsturzes und der Unfähigkeit der seit April 1960 bestehenden parlamentarischen Demokratie, dieser Gefahr zu begegnen. Als Programm propagierten sie: nationale Erneuerung Südkoreas unter der Fahne des militanten Antikommunismus.

Geblieben ist von diesem Programm die völlige wirtschaftliche Abhängigkeit vom Imperialismus, der fanatische Antikommunismus, periodische Mobilisierungen gegen die „drohende Invasion aus dem Norden" und die Rechtfertigung jeglichen politischen Terrors gegen die innere Opposition mit dem Vorwurf der Agenten-, Infiltrations- und Subversionstätigkeit für den Norden.

DIE UNTERDRÜCKUNG DER AMERIKANISCHEN INDIANER – EIN EXEMPLARISCHER FALL

NEW YORK (ID) Folgende Geschichte spielt im Amerika des Jahres 1976. Sie ist nicht erfunden.

Leonhard Crow Dog, geboren im Februar 1942 auf der Rosebud-Reservation in South Dakota, gehört zum Stamm der Brule-Sioux. Er ging nie in eine weiße Schule. Mary und Henry Crow Dog, seine Eltern, waren seine Lehrer. Leonard spricht Lakotah, die Sprache seines Volkes. Englisch benutzt er nur, wenn er muß. Leonard ist Medizinmann wie sein Vater. Er ist verheiratet mit Mary, 21. Pedro ihr Sohn, wurde während der Besetzung von Wounded Knee geboren, auf dem Territorium der Unabhängigen Oglalla Nation. Damals, im Frühjahr 1973, behandelte er die Kranken und Verletzten und hielt die traditionellen Zeremonien ab.

Leonard Crow Dog hat sich als spiritueller Führer zum Kampf des American Indian Movement (AIM) bekannt. Er ist heute ein wichtiger Kopf der Bewegung.

In Rosebud will Crow Dog dieses Jahr eine „Indian survival school" einrichten. Er will den Kindern seines Stammes die eigene Kultur zurückholen. Crow Dog wird seine Schule nicht eröffnen können. Für die nachsten fünf – oder mehr – Jahre wird row Dog im Gefängnis sein. Crow Dog ist kein Einzelfall.

Ein Fall für den Richter ist der Mann aus der Prärie bereits seit drei Jahren: Während der 71tägigen Belagerung von Wounded Knee (die Oglallas wurden bei ihrer symbolischen Besetzung auf eigenem Boden vom FBI und Bundespolizei in Panzerwagen belagert) gelang es vier bewaffneten FBI-Agenten als Postbeamte verkleidet, durch den Ring der indianischen Wachtposten ins Innere zu schlüpfen. Der Schwindel flog auf; die vier Spitzel wurden von einigen jungen Indianern entwaffnet und in das kleine Touristen-Museum von Wounded Knee eingeschlossen. Leonard Crow Dog, der sich just zu dem Zeitpunkt im Museum befand, erteilte ihnen eine halbstündige Lektion über indianisches Recht und die Ursachen der Sioux-Bürgerrechtsbewegung. Dann geleitete er sie zurück zum Polizeigürtel.

Dem Staatsapparat genügte das schon: die Anklage lautete auf „Anstiftung zur Gewalt und Behinderung eines Bundesbeamten an der Ausübung seines Amtes."

Der Prozeß in Iowa im Juni 1975 dauerte ganze drei Tage. Der Verteidigung wurde nicht gestattetn, Fragen an die Geschworenen zu stellen. Die drei vorgeladenen Zeugen – drei der vier „Postbeamten" – konnten Crow Dog nicht mehr identifizieren, widersprachen sich gegenseitig und gaben sogar zu, daß sie in Wounded Knee nicht tätlich angegriffen worden waren. Das Urteil lautete auf elf Jahre! Zahlreiche Bittschriften auf dem Tisch des Richters McManus mögen dazu beigetragen haben, daß die Strafe schließlich auf Bewährung ausgesetzt wurde. Unter den Absendern fanden sich Kirchenleute und Künstler. Einer hieß Marlon Brando. Gegen das Urteil hat die Verteidigung Berufung eingelegt.

Am 3. September 1975 kamen zwei Männer des nachts auf das Grundstück der Crow Dog's in Rosebud: McCleaky und Beck (beide sind vorbestraft; Beck wird zudem des Mordes an dem Sioux Andrew Stuart, einem Neffen Crow Dog's verdächtigt). Das Anwesen der Crow Dog's wird seit Wounded Knee von Stammespolizisten (Regierungsangestellte!) und AIM-Feinden regelmäßig beschossen – und daher von Freunden und Verwandten abwechselnd bewacht.

So auch an diesem Abend. Es kam zu einem Handgemenge zwischen den Eindringlingen und zwei Indianern. McCloskey und Beck suchten das Weite, ohne daß Crow Dog sie überhaupt zu sehen bekam.

Zwei Tage später, am 5. September, um 3 Uhr nachts kamen wieder ungebetene Gäste in Hubschraubern (durch das Land der Crow-Dogs führt ein Bach) und Schlachtbooten und Panzerwagen, mit Scheinwerfern, Maschinenpistolen, gekleidet in Kampfwesten: 120 Bundespolizisten und FBI-Agenten. Sie wollten Leonard Crow Dog. Und sie holten ihn sich auf die altbewährte Weis e:

Sie sangen: „We're gonna to take you to jail and you're gonna to stay there forever", sie zerrissen das Bettzeug seiner betagten Mutter sie warfen seinen Sohn Pedro aus dem Bett und gegen die Wand, sie erschossen sein Pferd, sie hielten seiner Frau und den Kindern die Pistole an die Schläfe, sie fesselten ihn nackt an Händen und Füßen und schlugen ihm einen Spießrutenlauf vor: „Wenn du es durch unsere M-16 hindurch bis zu dem Baum dort schaffst, bist du frei."

In der Nach noch transportierten sie ihn 90 Meilen weit nach Pierre, der Hauptstadt von South Dakota. Im Bezirksgefängnis wurde er Tag und Nacht verhört. Sie rissen ihm Haare aus und weckten ihn jede Stunde. Und immer wieder die Frage: „Wo ist Dennis Banks?" Crow Dog wußte es nicht. (AIM-Führer Dennis Banks wurde am 24. Januar in San Francisco vom FBI verhaftet).

Leonard Cro Dog wurde des „tätlichen Angriffs mit Körperverletzung" angeklagt. Der Prozeß dauerte vier Stunden einschließlich der Wahl der Geschworenen. Er war außerdem so knapp angesetzt worden, daß Crow Dogs Verteidiger keine Zeit zur Vorbereitung hatte. Das Gericht verurteilte ihn zu zweimal fünf Jahren, da „Crow Dog, auch wenn er selbst in den Kampf nicht verwickelt war, als Medizinmann und spitiueller Führer für das Geschehen auf seinem Grund und Boden verantwortlich ist."

Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt.

Das Zuchthaus von Terre Haute im Bundesstaat Indiana war die erste Station der „zweimal fünf Jahre": in einer Einzelzelle ohne Fenster, 1,20 x 2,10 Meter und 1,70 Meter hoch verbrachte er drei Wochen ohne Unterbrechung und ohne körperliche Betätigung. Dies sei – so versicherte ihm die Anstaltsleitung – keine Bestrafung; da Terre Haute jedoch noch nicht sein endgültiges Gefängnis sei, habe er keinen Anspruch auf eine normale Zelle; zudem sei eh keine verfügbar.

Am 5. Januar wurde Leonard plötzlich nach Rapid City/South Dakota verlegt. Als Richard Erdoes, ein in New York lebender Schriftsteller und langjähriger Freund der Familie Crow Dog ihn am 10. Januar im Rapid City County Jail besuchte, fand er einen körperlivöllig herabgekommenen Indianer vor: Leonard hatte 30 Pfund abgenommen, seine braune Haut war mangels Sonnenlicht bleich, sein Haar zeigte noch die Spuren der Tortur.

Nach South Dakota (einem US-Staat mit Garan ie für Indianerhaß) hatte man ihn wegen Prozeß Nr. 3 geholt. Die Geschichte hierzu ist im Frühjahr letzten Jahres zu suchen:

Am 25. März 1975 kam Leonard Crow Dog und Mary Crow Dog des abends heim und fanden einen fremden Mann in ihrem Haus vor, der vorgab, ein Wink des Großen Geistes habe ihn hergeführt. Sie luden ihn zum Essen ein; der weiße Gast stellte sich als Roger Pfersick vor. Die Einladung zum Dinner schien ihm nicht zu genügen – er griff nach Mary, wollte ihr unter den Rock. Crow Dog wies ihm die Tür. „Du hast mir überhaupt nichts zu befehlen", schrie ihn da Pfersick an, „dies ist ein freies Land und ich kann tun, was ich will." Gewaltsam schoben sie ihn aus dem Haus.

Die Anklage wurde diesmal noch erweitert: „Bedrohung mit einer gefährlichen Waffe". Leonard hatte nach einem Spielzeug-Tomahawk gegriffen. Als dies die Verteidigung vorbrachte, gab der Staatsanwalt zur Antwort, auch eine weiche Nudel sei eine gefährliche Waffe, sofern sie mit dem Vorsatz zu töten benutzt wird.

Der Zwei-Tage-Prozeß war typisch; Alle Geschworenen waren Weiße, ein Beweisphoto (verwundeter Ankläger) erwies sich als nachträglich coloriert, und Bundesstaatsanwalt Hurd gab einführend eine Kostprobe seiner Gesinnung, für die man ihm dankbar sein muß: „Meine Damen und Herren, dieses Land, seine Regierung und sein System sind gut ... es zu beschützen ist meine Aufgabe. Damit schütze ich auch Sie, meine Damen und Herren ... Pfersich soll Crow Dogs Frau belästigt haben, ich glaube vielmehr, daß man ihn aus dem Haus geworfen hat, weil er ein Informant der Regierung war. Und wenn er ein Informant der Regierung war, dann doch nur, um das System und damit Sie zu beschützen, meine Damen und Herren ..."

Für die Kosten von Kaution und Verteidigung wurde in New York ein Hilfskonto eingerichtet: Leonard Crow Dog Defense Fund, 251 West 89th St. SD, New York, N.Y. 10024

ZUR LAGE IN PORTUGAL

OTELO: „NICHTS WAR UMSONST"

LISSABON (IPS) 8. Februar

Eine Stunde vor seiner Verhaftung hat Major Otelo Saraiva de Carvalho, Kopf des 25. April 1974, ex-Chef vom COPCON und Symbol der revolutionären Linken im portugiesischen Militär, mit César Oliveira (Verfasser von „Eine Revolution frißt ihre Traditionen", Verlag Neue Kritik) ein Interview gemacht. Otelo ist seit dem 19. Januar im Militärgefängnis von Santarem gefangen. (Die Leser der in Barcelona erscheinenden Zeitschrift „Mundo" haben ihn zur „Persönlichkeit des Jahres" gewählt.)

F: Kennen Sie die Gründe Ihrer Verhaftung?

A: Ich weiß nicht, warum ich und meine Kameraden verhaftet sind. Natürlich ist es leicht, verdächtige Taten und Worte von mir aufzudecken, um mich anzuklagen, weil es nicht darum geht, mich als Mensch oder als Major anzuklagen, sondern als Teil eines politischen Projekts: des Sozialismus der Basis (socialismo de base) als Ziel, das die Volksmassen in Portugal anstreben.

F: Gibt es denn eine spezifische Begründung für Ihre Verhaftung?

A: Für die Rechte ist es notwendig, den Nachweis für einen Militärputsch zu bringen. Daher sind alle diese Prozesse (gegen Militärs) und Beweise sehr künstlich. Unter Ehrenwort kann ich bestätigen, daß ich niemals wegen einem Putsch angeklagt werden kann, weil ich mich immer gegen abenteuerliche Aktionen ausgesprochen habe, die nur der Rechten dienen. Meine Verhaftung ist Teil einer Offensive der Rechten, die nach und nach alle Hindernisse, die sie findet, beseitigen soll. Ich hatte mich am 26. November angeboten, statt meiner Kameraden verhaftet zu werden, denn ich betrachtete mich als schuldig, viele von ihnen mit der Idee des Basis-Sozialismus vertraut gemacht zu haben. In dieser Situation gab es viele Stimmen für mich und gegen meine Degradierung. Es gab Unterstützung und Vertrauensbeweise von Mitgliedern des Revolutionsrates, die meine Verhaftung jetzt für unerklärlich halten.

F: Wie also erklären Sie sich Ihre Verhaftung?

A: Ich glaube, sie ist ein Teil der verdoppelten Anstrengungen der zivilen und militärischen Rechten, mit ihrer Offensive jede sozialistische Perspektive innerhalb der Streitkräfte zu beseitigen. Man kann noch eine Reihe ähnlicher Maßnahmen beobachten, denn die Rechte braucht — um alle von den Massen eroberten Positionen zurückzugewinnen — „saubere und gelehrige" Streitkräfte, die ihr bestmöglichst zu Diensten sind.

F: Hätte die Linke nicht solche Irrtümer begangen, wäre es nicht zu dieser Situation gekommen. Stimmen Sie mit mir darin überein?

A: Völlig. Alle haben Fehler gemacht. Ich auch. Ich glaube, die letzte Möglichkeit war verspielt, als es nicht gelang, eine Einheits-Plattform zu konkretisieren – worum ich mich bemüht habe – zwischen dem COPCON und der (gemäßigten Gruppe der) Neun, besonders mit Melo Antunes (jetzt Außenminister), den ich als einen Militär von hervorragender politischer Einstellung betrachte. Es sollte die Plattform der Regierung Fabião (abgesetzter ehemaliger Chef des Heeres) sein, die auf lokaler Ebene die Volksmacht (poder popular) integriert hätte. Die Unnachgiebigkeit und das Sektierertum der Genossen, die die sogenannte militärische Linke bildeten, verhinderten diese Übereinkunft. Von da an wurden die „Neun" immer mehr von der Rechten instrumentalisiert. Ich glaube, daß die gesamte Linke riesige Fehler gemacht hat, die meisten aus Mangel an Erfahrung, was die „parteiliche Manipulierung" vieler Genossen in den Streitkräften erleichterte. Diese Manipulierung, manchmal direkt, manchmal indirekt, wurde allerdings nicht nur von der Linken praktiziert. Es ist bedauerlich, daß die Parteien, die den Sozialismus in Portugal aufbauen wollen, sich nicht einigen konnten oder wollten. Die Unmöglichkeit der Einigung der Linken öffnete der Rechten den Weg ... Die PS hat hierfür, durch ihren antikommunistischen Kampf, eine große Verantwortung...

F: Was sagen Sie zur Entwicklung in der Zukunft?

A: Ich glaube, es wird eine parlamentaristische Phase anfangen, in der alle Äußerungen des Klassenkampfes verkümmern; es wird eine bürgerliche Demokratie eingerichtet werden, die einer autoritären Staatsform der Rechten schnell Platz machen wird. Andererseits ist es notwendig, daß der Revolutionsrat mit Mut, Energie und Entschlossenheit — die er niemals hatte — diese Offensive der Rechten bremst. Es ist notwendig, daß die Mitglieder der höchsten politisch-militärischen Instanz in Portugal bis zu den letzten Konsequenzen zusammenhalten — als Leute der Linken, die sie sind oder sein wollen, obwohl ihre Kraft mir heute verringert scheint. Wenn das nicht passiert, kehren wir zum 24. April (!) zurück: d.h. nach der Beseitungung der militärischen Linken wird dann die gesamte Linke, eingeschlossen die PS, liquidiert werden. Trotzdem habe ich die Hoffnung, daß die Volksmassen Bewußtsein über die Gefahren haben, die ihren Errungenschaften drohen, daß sie sich nicht betrügen und manipulieren lassen, daß sie sich vereinigen und ihrer Kraft bewußt sind — nur so können sie ihre Zukunft in die eigenen Hände nehmen. Nichts ist bisher vergeblich gemacht worden. Ich bin sicher, daß die Volksmassen und die Arbeiter dieses Landes auf die Kräfte antworten können, die jetzt die Kulissen schieben und die an meiner Verhaftung interessiert sind.

(aus: Interpress Service)

Anm.: Am 2. Februar war in einer portugiesischen Zeitung zu lesen, Otelo habe aus Solidarität mit den anderen gefangenen Militärs eine Freilassung abgelehnt. Das wurde abends im Radio dementiert.

PUTSCHGERÜCHTE VOR DEN WAHLEN

FRANKFURT (PN/ID) 11. Februar

Unter obigem Titel läßt sich eine Analyse zusammenfassen, die César Oliveira (s. Otelo-Interview) geschrieben hat. Sie war am 16. Januar in der Lissaboner Zeitung „O Jornal" veröffentlicht worden. Die Portugal-Nachrichten brachten sie in ihrer Nr. 21. Hier die wichtigsten Thesen:

Oliveira geht aus von der massiven Offensive, die die Rechte — wer immer darunter zu fassen ist — seit dem 25. November gegen sämtliche sozialistischen, d.h. gegen Profit und Privilegien gerichteten Errungenschaften des Volkes entfesselt hat.

In diese Offensive gehören auf militärischer Ebene die Attacken von PPD und CDS (zwei rechten Parteien, die sich sozialdemokratisch nennen) gegen die „Gruppe der Neun" mit Außenminister Melo Antunes an der Spitze — denn dies ist zur Zeit die fortschrittlichste Fraktion im Militär mit Machtpositionen; im Revolutionsrat hat sie die Führung.

Oliveira beschreibt als eines der Hauptziele dieser Offensive die „Eliminierung der ‚Neun' und der übrigen linken Militärs, sowie Schaffung und Verschärfung von Konflikten innerhalb des Militärs."

Der zweite Stoß wird gegen die Agrarreform bzw. gegen den Landwirtschaftsminister Lopes Cardoso geführt; denn vor allem im gesamten Süden, in den ehemaligen Latifundiengebieten des Alentejo warten die Kooperativen auf Legalisierung und Kredite. Und unter den Landarbeitern des Südens hat die Rechte praktisch keinen Einfluß.

Linke Militärs und sozialistische Landarbeiter: das sind zwei Machtpositionen im militärischen und im zivilen Bereich, die der Rechten auch nach ihrem zu erwartenden Wahlerfolg hinderlich bleiben.

Außerdem — schreibt Oliveira — „gibt es weiterhin die Arbeiterkommissionen, ... und sie stellen eine permanente Einmischung in den Unternehmensablauf dar. Auch nach dem Wahlsieg der Rechten bleiben sie für lange Zeit eine unerträgliche Belastung für die Wiederherstellung bürgerlicher Herrschaftsmechanismen."

Zusammengefaßt, nach Oliveira; „Es wird nicht einfach sein, die Militärs nach den Wahlen, die sie ja erst ermöglicht haben, zu entfernen; dazu noch im Rahmen eines modifizierten Paktes MFA-Parteien, an dem PPD und CDS aktiv mitgearbeitet haben. Die Militärs müssen also v o r den Wahlen weg. Das ist die Basis für die Gerüchte von einem Präventivputsch der Rechten gegen die Linken."

PCP VERÖFFENTLICHT TERRORSTATISTIK

LISSABON (PN)
2. Februar

Im folgenden eine Aufstellung der Attentate auf KP-Büros vom Mai 75 bis Januar 76:

26.5. Anschlag auf den Sitz von MDP und PC in Bragança.
5.6. Molotowcocktails auf den Mercado do Povo in Lissabon.
7.6. Zielloses Maschinengewehrfeuer in den Straßen von Lissabon.
12.6. Granaten gegen das Arbeitszentrum der PC in Fafe.
16.6. Anschlag auf den Sitz von MDP / CDE in A-Ver-oMar.
17.6. Anschlag auf eine Bank in Lissabon
19.6. Zündung einer Bombe an der Tür der Gnadenkriche.
11.7. Entdeckung einer Bombe bei der Haupt-Sparkasse in Lissabon.
13.7. Zentrum der PC und Sitz von MDP/CDE in RioMajor werden angezündet.
16.7. Anschlagsversuch auf die Zentren der PC in Lourinha und in Bahalha.
17.7. Anschlag auf das Zentrum der PC in Cadaval.
18.7. Anschlag auf das PC-Zentrum in Lourinha, Gewaltakte gegen Versammlungen von Einwohnerkommissionen von Bahalha, Anschlag auf den Sitz von MDP / CDE in Matosinhos, eine Welle von Gewalttaten in Aveiro, Anschlag auf das PC-Zentrum und auf den Sitz der Gewerkschaftsvereinigung.

Juli und August gehen Tag für Tag so weiter. So gibt es am 21.7. allein sieben Anschläge der extremen Rechten gegen kommunistische Parteibüros, aber auch gegen so unverdächtige Einrichtungen wie ein Finanzbüro. Im September gibt es dann „nur" etwa 20 Anschläge. Darunter ein Bombenattentat auf das Auto eines Artisten des Moskauer Staatszirkus. Im Oktober bleibt die Lage ruhiger. Aber der 25. November wird eingeleitet, begleitet und ausgeläutet mit einer Serie von Attentaten, die an die schlimmsten Zeiten des August erinnern. Weihnachten, das Fest der Liebe, bleibt bombenarm. Im Januar schießt die Rechte dann wieder, jetzt nicht mehr nur auf Parteibüros, Autos und Gemeinschaftszentren, sondern auch gezielt auf einzelne Leute. Die PC schreibt zu ihrer Statistik, die mehr als 300 Anschläge seit dem vergangenen Mai aufzählt: „Die derzeitige Welle faschistischer Gewalt ist vergleichbar der vom Juli und August 75. Sie wurde unterstützt dadurch, daß die Aktionen des terroristischen Bandenwesens ungestraft bleiben. Die Staatsgewalt sucht und liquidiert die Zentren der Verschwörung nicht. Sie versucht die Spuren, die ihr die Organe des Poder Popular aufdecken, zu verwischen. Je näher die Wahlen für die gesetzgebene Versammlung kommen, desto wichtiger wird es, Bedingungen zu schaffen, die es den demokratischen politischen Kräften erlauben, frei das Wort zu ergreifen, so daß das portugiesische Volk frei wählen kann. Die Reaktion liquidiert an allen Punkten im ganzen Land die dafür notwendigen Voraussetzungen."

(Diário de Noticias vom 29.1.76, aus: Portugal Nachrichten 21)

MILITÄRISCHE ÜBERFÄLLE AUF LANDKOLLEKTIVE

BEJA (ID)
10. Februar

Das Leben auf den kollektivierten Landgütern im Distrikt von Beja verläuft ruhig. Gestern aber, als die Leute wie alle Tage von der Arbeit auf den Feldern zurückkehrten, passierte folgendes: gegen 14.00 Uhr springt ein Einsatztrupp der Kommandos aus Amadora (Chef ist der Faschist Jaime Neves, d. Übers.) aus Hubschraubern und überfällt die kollektivierten Landgüter „Quinta da Esperança", Aroeira und Aparica, alle im Gebiet von Cuba und Beja (Alentejo).

Es waren 14 Hubschrauber mit insgesamt 110 Soldaten. Den erschreckten Landarbeitern sagten die Militärs, man suche „ausländische Elemente, die mit Waffen infiltriert" seien.

Bei der minutiösen Durchsuchung der Häuser wurde eine Tür eingetreten. Eine Landarbeiterin wurde Ohnmächtig und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Zwei Delegierte der Landarbeitergewerkschaft von Beja waren gerade in Aroeira. Der Verantwortliche der militärischen Operation verlangte ihre Namen, weigerte sich aber, seine Identität preiszugeben. Die Delegierten waren José Soeiro und Lino Fezes. „Es ist merkwürdig — sagten sie dem Offizier — daß sie nicht nach Vital Furtado suchen, dem Großgrundbesitzer von Odemira, dessen Festnahme ausgeschrieben ist".

In die „Quinta de Esperança" kamen sie mit acht Hubschraubern und erklärten: wer sich rührt, wird erschossen. Unter den Kommansos waren auch vier Zivile.

Währenddessen nahm die Landarbeitergewerkschaft Kontakt mit dem Kommandanten des Artillerieregiments von Beja auf. Dieser sagte, er wisse von gar nichts. Der Vizechef vom Generalstab des Heeres behauptete dann, die Operation gehe auf „Denunzierungen" zurück.

Man fragt sich: will die neue reaktionäre Kampagne gegen die Agrarreform ihr Ziel indirekt erreichen? Denn die neuen „gelben" Zeitungen werden zwar im Alentejo nicht gelesen, ihre permanente Hetze aber bereitet solche militärischen Skandale vor.

Dies war die zweite derartige Operation innerhalb von wenigen Wochen. Sie fallen zeitlich zusammen mit den „Vollversammlungen" der „Konföderation der Landwirte", hinter denen die extreme Rechte steht.

Im offiziellen Kommunique des Generalstabes des Heeres heißt es: ...,„wurden zwei Waffen gefunden: ein 9mm Karabiner und eine P-22 Pistole. Ausländische Individuen wurden keine entdeckt."
(aus: O Diário, 3.2.76)

TIMEX-KÄMPFE
TICK-TACK DER AUSBEUTUNG

LISSABON (PN/ID)
2. Februar

Das Drama, das 2.000 portugiesische Arbeiter in einem multinationalen Konzern — Timex — am südlichen Tejo betrifft, ist mehr geworden, als eine Episode unseres Wirtschaftslebens. Der Kampf der Arbeiter von Timex um das Recht auf Arbeit ist zu einem Symbol geworden, ein Symbol des Erbes, das uns mit dem Faschismus verbindet und das die Salazaristen und Caetanisten mit „ausländische Investitionen" bezeichnen.

Am 5.1. trafen sich Vertreter von Timex Chameca de Caparica und der Minister mit Vertretern des Wirtschaftsministeriums und des Außenwirtschaftsministeriums, sowie Staatssekretäre des Arbeitsministeriums. Hier wurde folgendes vereinbart. Der Minister erklärte öffentlich alles zu tun, um die Arbeitsplätze zu retten unter Anwendung der geltenden Gesetze.

Die Tinte auf dem Papier war noch nicht trocken, da erklärte das Timex-Management bereits, es werde das Werk vom 23.1. ab schließen, um es am 9.2. wieder zu öffnen. Hinzu kommt, daß die Werksleitung in der gleichen Erklärung ihre Absicht veröffentlichte, 700 Arbeiter zu entlassen und die restlichen 2.000 nur drei Tage in der Woche arbeiten zu lassen. Das steht im offenen Widerspruch zu dem Gesetz Nr. 783-74 vom 31.12. und zur dem Gesetz Nr. 392-74 vom 27.8.74. Die Arbeiterinnen und Arbeiter von Timex fordern

vom Arbeitsministerium „die unmittelbare Mobilisierung aller nötigen Mittel, um das Funktionieren der Fabrik vom 23.1. an zu gewährleisten. Eines der Mittel ist der Einsatz der Transportmittel der Transul e Almeida & Söhne Lda. (eine private Transportfirma), die bisher nur der Verwaltung von Timex zur Verfügung stand. So soll verhindert werden, daß Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Fabrik gebracht werden.

Am 26.1.76 versammelten sich die Timex-Arbeiterinnen und Arbeiter an ihren Arbeitsplätzen. Sie widersetzten sich so der Aussperrung seitens der US-Leitung der Firma: „Als die Türen verschlossen waren, da beschlossen wir andere Kampfformen", erklärten die Arbeiterinnen und Arbeiter in einer Pressekonferenz.

Die Aussperrung stellt „vor allem eine Herausforderung der Regierung, die immer wieder erklärt hat, sie kümmere sich um die Einhaltung der Gesetze", dar. Die Arbeiterkommissionen von Timex fragen sich: Wir die Regierung diesmal für die Einhaltung ihrer Gesetze sorgen? „Timex ist keine der üblichen Baracken, die die multinationalen Konzerne in unserem Land errichten," erklären die Arbeiterinnen und Arbeiter, „sondern eine Firma mit guten Einrichtungen, die den wirklichen Interessen unserer Wirtschaft dienen."

Die Pförtner wollten die Arbeiterinnen und Arbeiter nicht hineinlassen, ohne daß jemand von diesen die Verantwortung übernimmt. Als die Kommission der Arbeiterinnen und Arbeiter und der Vertrauensleute die Verantwortung übernahm, konnte das Personal ohne Zwischenfälle in die Fabrik. Hier gingen sie zur Kantine und berieten dort, wie man sich am besten der Aussperrung widersetzen könne. Wichtig ist, daß von etwa 2.400 Arbeiterinnen und Arbeitern nur 10 Verwaltungsangestellte gegen die Auffassung der anderen und gegen die Kampfformen dieser gegen die Entscheidung der Bosse stimmten. Immerhin betreffen diese Entscheidungen alle Arbeiterinnen und Arbeiter. Bei Timex ist die Arbeitskraft vorwiegend weiblich. Die weiblichen und männlichen Angestellten sind nicht älter als 16 bis 19 Jahre.

Der Arbeiter, mit dem wir sprachen, erklärte uns, daß unter den vom Rausschmiß bedrohten Arbeiterinnen und Arbeitern sich gerade die bewußtesten Genossinnen und Genossen befinden. DieArbeiterinnen gehören der Komission an, die anderen sind Vertrauensleute. „Wir betrachten darum die Maßnahme der Werksleitung als eine reine Säuberungsaktion, die darauf zielt, die Kampfkraft des Personals zu schwächen, einzuschüchtern und zu dem zu zwingen, was die Bosse„vernünftige Produktion" nennen. Inzwischen organisieren die Arbeiterinnen und Arbeiter Streikposten vor den einzelnen Werksgebäuden, damit „es keine Provokationen seitens eventueller Agitatoren gibt."

Der Transport der Timexarbeiter schafft neue Kampfformen. Die Transul – eine verstaatlichte Firma, mit der die Verwaltung von Times einen Vertrag über 900.000 Escudos monatlich über den Transport der Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Umgebung abgeschlossen hat – steht vor einem Dilemma. Die Timex-Verwaltung hat ihr die Erfüllung des Vertrages während der Aussperrung verboten. So muß die Transul entweder der Verwaltung des Multi gehorchen und den Vertrag einhalten oder sich mit den Arbeiterinnen und Arbeitern solidarisieren und das Geld verlieren.

Um die Situation bei Timex deutlich zu machen, noch einiges Hintergrundmaterial: Neben Werken in den USA hat Timex Niederlassungen in Schottland, Frankreich, England und Montagewerke in Portugal, Formosa, Mexico, Kanada, Australien, Puertorico und Hongkong.

Diese spektakuläre Entwicklung stützt sich in erster Linie auf die Automatisierung der Produktion. Die Form der Rationalisierung, bei denen die Produktion auf ganz Europa, vor allem auf dieBillig-Lohn-Länder, verteilt wird, hat natürlich extrem niedrige Produktionskosten zur Folge. Sie liegen bei knapp über einem Zehntel des Verkaufspreises. Timex gibt riesige Summen für Werbung aus. So z.B. 1967 gab Timex allein in Großbritannien eine Summe aus, die das Mehrfache dessen war, was für wichtigste Schweizer Markenuhren ausgegeben wurde.

Timex-Portugal hat ihren Sitz auf den Bermudas. Sie wurde am 1.4.70 in Hamilton gegründet. Die portugiesische Niederlassung wurde in Quinta dos Medronheiros, Charneca de Capraica, im Süden Lissabons erreichtet. Hier gab es außer der Fabrik zwei Häuser für die ausländischen Direktoren. Das Gelände gehörte nicht Timex, sondern der Sociedade de Investimentos Minerva S.A.R.I.

In der portugiesischen Fabrik wurden, wie bei Multis üblich, die Uhren nicht komplett hergestellt. So werden Teile nach Portugal eingeführt für die Uhren, die dann aus Portugal ausgeführt werden, oder es werden Teile aus Portugal ausgeführt, die dann in anderen Ländern in anderen Timex-Werken zusammengesetzt werden.

Von den bereits erwähnten Montagekapazitäten abgesehen, werden bei Timex-Portugal pro Tag etwa 11.000 Uhre n produziert. Das entspricht einer Jahreskapazität von 2.200.000. Der monatliche Umsatz erreichte dieses Jahr einen Durchschnittswert von 1.600.000 Dollar.

Der Kampf der Timex-Arbeitereinnen und -Arbeiter reicht hintern den 25.4.74 zurück. Der wichtigste davon war der im Februar 1974, ein Streik, an dem nur die Verwaltungsangestellten nicht teilnahmen. Damals wurde eine Lohnerhöhung gefordert. Der Streik endete siegreich. Nach dem 25.4. wurde sofort demokratisch eine Kommission von Arbeiterinnen und Arbeitern gebildet, die allen Kämpfen voranstand, die danach entbrannten; diese Kämpfe begannen mit der Erarbeitung eines Kataloges von Forderungen, dessen entscheidende Punkte folgende waren:

- Säuberung von sechs Personen, die die Arbeiterinnen und Arbeiter für inakzeptabel erklärten.
- 40-Stunden-Woche für alle Arbeiterinnen und Arbeiter.
- Schluß mit dem Prämiensystem,
- Schluß mit den Überstunden,
- Keine ungerechtfertigten Entlassungen mehr.
- Und gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Als die Verwaltung den Forderungen nicht nachgab, kam es zwischen dem 10. und 14.5.74 zu einem Streik.

Danach bot die Verwaltung einen Gegenvorschlag (42 1/2 Wochenstunden, Schluß mit dem Prämiensystem, – natürlich nur zur Probe), der am 21.7. in geheimer Abstimmung angenommen wurde, aber noch heute von vielen Arbeiterinnen und Arbeitern bekämpft wird. Ende 74 gab es einen neuen Kampf, der in der Hauptsache von den sogenannten indirekten Arbeitern (Leute, die die Maschinen instandhalten, Überwachungsfunktionen innehaben und in der Verwaltung sitzen) geführt wurde. Sie forderten eine gerechtere Einstufung ihrer Arbeit.

Im Februar 1975 erfuhren die Arbeiterinnen und Arbeiter, daß die Verwaltung eine Lohnerhöhung der Angestellten plant, die Aufsichts- und Überwachungsfunktion hatten. Gegenüber der Forderung von 74 nach gerechterer Einstufung der Arbeit hatte die Verwaltung betont, das dafür notwendige Geld nicht zu haben. Jetzt, wenige Monate später, sollten die Chefs zwischen 1.000 und 7.000 Escudos (100 bis 700 Mark) mehr einstreichen können. Die Arbeiterinnen aund Arbeiter beschlossen daraufhin, alle Löhne über 15.000 Escudos einzufrieren.

Die Verwaltung stimmte dem nicht zu, und so kam es zu einem Kampf zwischen Arbeiterkommissionen und Gewerkschaften einerseits und der Werksleitung andererseits. Auch der Arbeitsminister wurde eingespannt. Im Laufe dieses Kampfes beschlossen die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Werksleitung zwei Tage und eine Nacht lang im Werk einzuschließen. Ein Gegenvorschlag der Werksleitung wurde wieder einmal, bei geheimer Abstimmung, angenommen. Damals begann die Werksleitung das Gerücht auszustreuen, das Werk würde bald geschlossen. Damit wurden viele Arbeiterinnen und Arbeiter von neuen Kämpfen abgeschreckt.

(nach: O Século vom 23.1.76/diário de noticias vom 26./27.1.76, O Jornal vom 16.1.76, aus: Portugal Nachrichten 21)

WIE DIE BOURGEOISIE IHRE WAHLEN VORBEREITET

COIMBRA (ID)
10. Februar

Aus dem Brief (vom 2.2.) einer Genossin aus Coimbra: Hier gibt es fast täglich Demonstrationen und kurze Warnstreiks. Heute z.B. haben die Drucker und Metallarbeiter eine Stunde gestreikt aus Protest gegen die faschistischen Attentate. Die Terrorwelle läuft mit Bombenanschlägen gegen Büros und Militante linker Parteien, gegen deren Autos, gegen Gewerkschaftshäuser usw.

Es gibt heute in Portugal Regionen, wo praktisch keine Freiheiten mehr existieren, wo das Volk genauso wie unterm Faschismus tyrannisiert wird. Die Faschisten – ELP (Portugiesische Befreiungsarmee) und MDLP (Demokratische Bewegung zur Befreiung Portugals): das sind die beiden terroristischen, außerparlamentarischen Arme der Reaktion – und die Großindustriellen versuchen systematisch, die Aktivitäten der fortschrittlichen Parteien und die Verbreitung ihrer Zeitungen zu verhindern; sie wollen das Volk ohne Information halten, es unterdrücken, verängstigen und erschrecken.

In dieser Atmospäre sollen dann demnächst Wahlen stattfinden, „freie" und demokratische". Das Volk, das schlecht informiert ist und zersplittert, hat eine Bourgeoisie zu wählen, die es im Namen des Gesetzes massakrieren will – das Volk wird seine eigenen Henker wählen, ist es nicht so?

Hier in Coimbra in der Universität wird auf Vollversammlungen über die Situation im Erziehungswesen generell diskutiert – denn die sieht so aus: In Portugal werden ganze Fakultäten zugemacht mit der Begründung, es sei kein Geld da. Das zuständige Ministerium hat z.B. 35 % aller Mittel gestrichen, die die Universität Coimbra für 1976 beantragt hatte. Normale Begründung: kein Geld da.

Aber das entspricht nicht der Realität. Das Ministerium hat keine Skrupel, aus den Zeiten des Faschismus belastete und entlassene Professoren weiter zu bezahlen. Andererseits wird wissenschaftlichen Assistenten die Verlängerung ihres Arbeitsvertrages verweigert. Sie kriegen keinen Pfennig.

Im Primar- und Sekundarschulwesen gibt es inzwischen massenweise Schüler ohne Unterricht, und Lehrer müssen monatelang auf ihre Einstellung warten. Das sind einige Aspekte, aus denen die Politik des Erziehungsministeriums klar wird.

Am 12. Februar finden hier die Wahlen zur Studentenvereinigung statt. Es gibt vier Listen:
A: linke Einheitsliste mit Kommunisten
B: FEC/ML (Marxisten-Leninisten)
C: MRPP (Maoisten)
D: JS (Sozialistische Jugend der PS, zum ersten Mal)

Allerdings haben die Studenten keine entscheidende Rolle im revolutionären Prozeß; ich denke, sie können aber in verschiedener Form ihren Beitrag dazu leisten.

JOURNALISTEN UNTER DER REPRESSION NEHMEN DEN KAMPF AUF

LISSABON (ID) 10. Februar Es ist schon längst keine Machtprobe mehr, was seit Wochen auf dem Sektor Massenmedien abläuft. So ziemlich alle Fraktionen der Bourgeoisie – die 20 Monate lang (vom 25. April 74 bis zum 25. November 75) von der Massenbewegung der Arbeiter und Frauen, der Intellektuellen und Bauern in Angst und Schrecken versetzt war – wollen sich ihre so bedrohte Herrschaft auch in der Reproduktionssphäre, also im ideologischen Bereich der Medien sichern, kompromißlos. In einem Leserbrief im „Diário de Lisboa" hieß es dazu: „Die drei „F" – das sind Fado (die mit dem Faschismus indentifizierte portugiesische Jammermusik), Fatima (die Macht der Katholischen Kirche repräsentierender Wallfahrtsort) und Fußball – dominieren in den Medien, und die große Langeweile ist ausgebrochen".

Aus den beiden Tageszeitungen „Diário de Lisboa" (früher KP-nah, vgl. ID 102 und 108) und „Primeiro de Janeiro" (erscheint in Porto) fassen wir die derzeitige Lage auf dem Medienmarkt zusammen:

Anfang Januar ist eine neue Wochenzeitung namens „O Pais" (das Land) erschienen. Im Editorial wird ein Loblied auf den „pluralismo" gesungen. Ebenso in Lissabon wird seit dem 10. Januar eine neue Morgenzeitung herausgegeben: „O Diário" (die Zeitung); ihr Chef war vorher bei der KP-Wochenzeitschrift „Avante" (Vorwärts), mehrere Redakteure kommen vom früher KP-nahen „Diário de Noticias".

Seit Anfang Februar geben Journalisten, die nach dem 25. November entlassen wurden, eine neue Zeitung heraus, die in der revolutionären Linken anzusiedeln ist: „Pagina Um" (Seite eins).

Zur gleichen Zeit ist die anno 1940 unterm Faschismus verbotene Wochenzeitung „O Diabo" (der Teufel) aus der Finsternis ans Licht getreten. „Journal do Comercio", Lissaboner Morgenzeitung, die nach langem, von der KP boykottierten Arbeitskampf unabhängig geworden war, wird zugemacht. Massenkommunikationsminister Almeida Santos sagt dazu: „Sie wird möglicherweise die Beilage einer anderen Zeitung." In einem Fernsehinterview sagt er: „Zensur gibt es nicht". (Vgl. dazu schon K. Tucholsky, 1919: „Es gibt keine Zensur. Man merkt es nur nicht")

Die Genossen der „República" sind noch immer arbeitslos. Die alten und neuen Besitzer der Zeitung wollen ein Wochenblatt darus machen. Die Genossen von „Radio Renascença" (RR) haben in einem Kommuniqué eine „cooperativa popular da informacão" für die nächste Zeit angekündigt (vgl. schon ID 102). Arbeiter- und Bewohnerkommissionen sowie Gewerkschaften werden die Kooperative bilden. Die katholische Kirche als alte und neue Besitzerin von RR hat den Sender zu dem gemacht was er war: Sprachrohr für Faschisten. CDS- und PPD-Generalsekretäre haben Sendezeiten, gegen die Agrarreform wird gehetzt, FNLA und UNITA kommen oft zu Wort.

Über eine Amnestie für Pressedelikte – „ausgenommen ist die Verunglimpfung des Präsidenten" – berichtet der „Primeiro de Janeiro" am 31. Januar. Zwei Vorfälle bei der Lissaboner Abendzeitung „Diario Popular" (DP, früher unabhängig) beweisen, daß die Ausnahme die Regel, nämlich die Zensur ist.

Am 17. Januar brachte DP unter dem Titel „Arbeitsministerium säubert Linke" ein Gewerkschaftskommuniqué. Am 20. Januar brachte DP unter dem Titel „Der Kampf um ein revolutionäres Informationswesen steht still" ein Kommuniqué der Genossen von Radio Renascença. Wegen diesen beiden Artikeln wurden der Direktor und die verantwortlichen Redakteure vom DP zum obersten Zensor vor die Justiz zitiert.

Bis zum 25. November hatte die im vergangenen Sommer herausgebrachte Lissaboner Abendzeitung „Jornal Novo" eine der gemäßigten „Gruppe der Neun" um Außenminister Melo Antunes nahestehende Linie. Das bedeutete auch: eine streng anti-gonçalivistische (nach dem KP-Sympathisanten und Ex-Ministerpräsidenten Vasco Gonçalves) Linie. Nach dem 25. November wurde diese Linie gegenüber der Rechten profiliert: in der Kritik an PPD und CDS, aber auch an der PS. Auf dem Hintergrund der faschistoiden Tendenzen in Portugal entwickelte „Jornal Novo" das Projekt eines Tribunals zur Verurteilung des portugiesischen Faschismus und seiner Verantwortlichen. Reaktion des zuständigen Ministers: der Chef der Zeitung, Artur Portela Filho, soll abgeschossen werden.

Unterdessen haben sich die etwa 150 nach dem 25. November entlassenen Journalisten zusammengeschlossen. Erstes Produkt ist ihre Kampfzeitung: „Liberdade na informacão" (Freiheit im Informationswesen). In der einzigen Ausgabe wird die Entwicklung seit dem Rechtsputsch in drei Phasen dargestellt:
– Zerschlagung der Linken innerhalb des Militärs,
– Eroberung der Massenmedien,
– Liquidierung der Errungenschaften der Arbeiter und Unterdrükkung der Freiheiten.

Auf einer gemeinsamen Versammlung berichteten entlassene Journalisten vom staatlichen Fernsehen RTP, vom aufgelösten Radiosender Emissora Nacional, vom aufgelösten Sender RCP (ex-„Freiheitssender"), vom „Diário de Noticias" und vom „O Século" über Verhöre, die auf die Unterschrift unter folgenden Text hinauslaufen: „Ich habe mit den Invasionskräften (im Zusammenhang mit dem 25. November) zusammengearbeitet".

Delegierte der Journalistengewerkschaft denunzieren: die Verstaatlichungen verschiedener Medien hat offene Kontrolle gebracht. Faschistische Methoden werden in Untersuchungskommisionen (zum 25. Nov.) angewandt. Seit dem 2. Februar sind die nach dem 25. November „provisorisch entlassenen" 22 Journalisten von ex-RCP wiedereingestellt. Sie arbeiten jetzt im neugeschaffenen staatlichen Sender „Radiodifusão Nacional". Die ebenfalls entlassenen Journalisten des aufgelösten Senders „Emissora Nacional" warten noch immer auf die Ergebnisse einer Untersuchungskommission.

CIA-SÖLDNER GEGEN ANGOLA

LISSABON (ID) 10. Februar

Fort Benning im US-Bundesstaat Georgia ist die „Fabrik" der Söldnertruppen, die in Angola eingesetzt werden. Dort wurden schon Militärs für die Intervention in Vietnam ausgebildet, dort werden sie für mögliche Interventionen im Nahen Osten und in Europa trainiert.

Die nordamerikanische Zeitung „Christi an Science Monitor" hat kürzlich berichtet, daß dort 150 vom CIA rekrutierte Söldner ausgebildet werden.

Darunter seien 15 Militärs aus Saigon, auch Personal von amerikanischen Spezialtruppen, die aus den US-Basen in der Kanalzone in Panama, aus dem Fort Gulick, kommen.

Nach der französischen KP-Zeitung „L'Humanité" sind darunter auch vom CIA rekrutierte Exilkubaner aus Miami (Florida). (aus: Diario de Lisboa, 19.1.)

ZUR LAGE IN SPANIEN

ERSTE STREIKOFFENSIVE IM ABFLAUEN

MADRID (ID) 12. Februar

Die Streikwelle in Spanien hat nicht mehr den massenhaften Charakter der ersten Januarhälfte. (vgl. ID 109). Dies geht aus dem Streikkalender hervor, den wir fortsetzen, vom 21. bis einschließlich 30. Januar:

Mittwoch, 21. Januar: Die Militärs verhaften einen Vertrauensmann von RENFE (staatliche Eisenbahn).
Betriebsversammlung von Standart.
Die Arbeiter von Intelsa beschließen, die Verhandlungen über den Tarifvertrag zu verschieben.

Donnerstag, 22. Januar: Bei Standart beginnt wieder die Arbeit mit Streiks und Bummelstreiks.
In Mostoles Schließung von IBE-MEI und ODEL LUX.
Streiks in privaten Schulen.
Besetzung von Bally-Iberica in Langanes durch die Arbeiter. Im Versicherungsbereich wird weiter gestreikt.
25 Schlafwagenbedienstete geben ihren Hungerstreik nach sieben Tagen auf.

Freitag, 23. Januar: Ende des Streiks der „Schlafwagen".
Streiks in 20 Versicherungsunternehmen und 74 Schulen.
Vierstündige Streiks in, Standart' mit Betriebsversammlung in Ramirez del Prado und Mendez Alvaro, gemeinsame Versammlung aller Betriebe in der Kirche Dulce Nombre des Maria, auf der beschlossen wird, den Streik vier Stunden lang aufrecht zu erhalten.
Versammlungen der Arbeiter von Chrysler und Pegaso in Kirchen.
Besetzungen der Kiliniken 1 de Octubre, Puerta de Hierro und La Paz.
Aussperrung bei Tafesa, Minvielle, Bally Iberica, Parca, in Limicalor.
Kundgebung vor den Toren von Metal-Mazda und anschließende Versammlung.

Samstag, 24. Januar: Die Arbeiter von CASA werden dem Militär unterstellt.
Standart: in von der Unternehmensleitung genehmigten Versammlungen wird beschlossen, nur eineinhalb Stunden zu streiken, statt der am Vortag beschlossenen vier Stunden.
Die Chrysler-Arbeiter (11.000) kommen zu einer ständigen Versammlung in der Kirche Beata Maria Ana de Jesus zusammen.
Die Arbeiter von Metal-Mazda beschließen, solange zu streiken, bis alle Sanktionen aufgehoben werden und das Unternehmen einer linearen Lohnerhöhung von 5.000 Pts. zustimmt.
Kundgebung in Primero de Octubra.

Sonntag, 25. Januar: Ca. 1.000 Arbeiter aus Mostoles veranstalten eine Solidaritätsdemonstration mit den Entlassenen von IBE-MEI und ODEL LUX.

Montag, 26. Januar: Von Chrysler genehmigte Versammlung in La Paloma.
Bei Standart werden weiterhin zwischendurch Kurzstreiks von einstündiger Dauer eingelegt.
Bei Metal-Mazda wird weiter gestreikt; man will erst an die Arbeit zurückkehren, wenn die aufgestellten Forderungen erfüllt sind.
Tausende von Volksschullehrern streiken.
In der Textilfabrik BERSHIRE werden neun Arbeiter entlassen.

Dienstag, 27. Januar: Der Streik im Metallbereich und in Getafe geht weiter: Kelvinator, Uralita, Electromecanica, die nach den letzten Aussperrungen wieder geöffnet worden waren, werden durch Polizeibefehl geräumt.
CASA wird auf Militäranordnung wieder geöffnet, acht Arbeiter werden entlassen.
Obwohl unter der Aufsicht des Militärs, arbeiten die Arbeiter weiterhin langsamer, führen einen Bummelstreik durch.
Intelsa öffnet wieder ihre Tore, aber der Streik ist total

Mittwoch, 28. Januar: Der Kampf geht weiter, obwohl er in vielen Metallbetrieben nachläßt. Die Vertrauensleute bei Chrysler rufen dazu auf, die Arbeit wieder aufzunehmen.
In der Klinik 1. de Octubre totaler Streik.

Donnerstag, 29. Januar: Demonstration der Lehrer, Mütter und Schüler der Mittel- und Oberschulen vor dem Erziehungsministerium, aufgelöst durch die Polizei.
In der Klinik 1. de Octubre wird weitergestreikt in Solidarität zu den drei entlassenen Pflegern.
600 Arbeiter von Metal-Mazda fordern die Öffnung der Fabrik.
Teilstreiks in den meisten der großen Betriebe von Getafe Leganes: Intelsa, Kelvinator, Bally Iberica etc..
Nur 20 % der Belegschaft von Chrysler nimmt morgens die Arbeit auf.
40 von FIESTA entlassene Arbeiter führen in Alcala de Henares eine Besetzung durch.

Freitag, 30. Januar: Wiedereinstellung der Entlassenen bei Limicalor, Wiedereröffnung des Betriebes.
Trotz der Unterstellung unter die Autorität des Militärs wird in CASA praktisch nicht gearbeitet.
Aber praktisch in ganz Getafe wurde die Arbeit wieder aufgenommen.
Auch in der Klinik 1. de Octubre und bei Chrysler beschließt man, die Arbeit wieder aufzunehmen.

DER KAMPF IN DEN STADTTEILEN

BARCELONA (ID) 12. Februar

Im Gebiet von Barcelona wurden in den Stadtteilkämpfen, besonders von den Arbeitern, eine ganze Reihe von Erfahrungen gemacht. In einigen Fällen wie in Santa Coloma (Ambulanz, Bustransport), Ciudad Merediana (Gas), Carmelo (Tramontana-Schule). usw. haben diese Kämpfe eine besondere Bedeutung und Radikalität erlangt. Die Ursachen für dieses Problem sind klar:

- Absoluter Mangel an öffentlichen Einrichtungen und völlige Verwahrlosung der Stadtteile als ein Ergebnis der „wilden" Entwicklung des katalanischen Kapitalismus, dessen einziges Interesse darin besteht, Schlafstellen für die Arbeiter zubauen.
- Das Entstehen einer Reihe von Zentren: Nachbarschaftsvereine, soziale und technische Zentren hatten es ermöglicht, in einem ersten Schritt die bewußtesten Leute in den verschiedenen Stadtteilen zusammenzufassen.
- Verbindung zu den Erfahrungen der Arbeiterkämpfe. Normalerweise sind es die Fabrikarbeiter, die bei der Mobilisierung in den Stadtteilen die Spitze bilden.

In letzter Zeit sind die Kämpfe in den Stadtteilen etwas zurückgegangen; und zwar hauptsächlich aufgrund des Einflusses, den der Reformismus (KP, Sozialdemokraten, Maoisten) in diesen Sektoren ausübt und weil er es ablehnt, in diesem Augenblick Kämpfe zu initiieren. Im Gegenteil: der Reformismus benutzt die Nachbarschaftsvereine als zukünftiges Sprungbrett für seine Wahlstrategie, durch Pressepropaganda zugunsten der bekanntesten Mitglieder dieser Vereinigungen, „zivilen" Protesten (Protestresolutionen, Unterschriftensammlungen u.s.w.), durch Teilnahme an der Versammlung von Katalonien. Angesichts der gespannten Situation haben sie dann aber trotzdem angefangen,in verschiedenen Stadtteilen Kämpfe an Hauptkonfliktpunkten durchzuführen: an städtischen Institutionen und im Gesundheitswesen.

Prosperitat ist ein weiterer Arbeiterstadtteil im Norden Barcelonas. Die Inhalte seiner Kampftradition: Grünflächen und umweltgefährdende Fabriken.

Eines der fundamentalen Probleme des Stadtteils ist das Ausbildungssystem: der größte Teil der Ausbildung wird von privaten Schulen und Gymnasien getragen, deren technisches und pädagogisches Niveau katastrophal ist. (Räume und Hygiene). Die wenigen staatlichen Schulen, die es gibt, sind nicht das Gelbe vom Ei. Die erste offene Konfliktsituation ergab sich dann auch in einer dieser staatlichen Schulen: der Direktor der Tibidabo - Schule ist der Prototyp eines faschistischen Direktors der 40er Jahre. Neben seinem Autoritarismus sticht vor allem sein Eifer hervor, mit dem er sich auf Kosten des Lehrerkollegiums bereichert. Nach und nach wurden sich die Eltern des Problems bewußt und entschlossen sich zu kämpfen. Der erste Schritt war, die Eltern zu organisieren. Um das zu erreichen, fing man an der Basis an, Versammlungen in den Bewohnerkomitees einzuberufen und dem Erziehungsministerium ein Protestschreiben zu überbringen, in dem auf den Zustand der Schule aufmerksam gemacht wird. Es enthielt die folgenden Forderungen:

1. Sofortige Entlassung des Direktors.
2. Einberufung einer vorbereitenden Versammlung, mit dem Ziel.. einen neuen Elternverband zu gründen, da der schon bestehende völlig unter der Kontrolle der Direktorenclique steht.

Die verschiedenen Versammlungen, die nun abgehalten wurden, dienten dazu, in jedem gegebenen Moment Entscheidungen fällen zu können und den Eltern in den Diskussionen den tatsächlichen Zustand der Schule noch klarer zu machen. Selbst die Schüler nahmen schließlich teil und kritisierten ihre Situation. Man versuchte auch, die Lehrer einzubeziehen, was jedoch scheiterte. Durch ihre Angst und ihre Fremdheit den Eltern gegenüber zeigten sie deutlich, daß sie treue Stützen des Ministeriums sind.

Auf den Versammlungen bemerkte man bald die Trägheit des offiziellen Instanzenwegs trotz aller Versprechungen, die der Überbringerdelegation des Protestschreibens gemacht wurden. Daraufhin beschlossen Eltern, manche Lehrer und Bewohner zur Aktion überzugehen: als erstes wurden Pappschilder aufgehängt, die von den Kindern und der ganzen Schule gemacht wurden. Am 11. entschließt man sich, mit den Aktionen zu beginnen.

Die Eltern bilden Streikposten vor dem Schultor, um den Zugang zum Unterricht zu verhindern, beschließen dort solange auszuhalten, bis die Forderungen erfüllt sind.

Die Polizei verhaftet vier Bewohner, die jedoch auf Druck der andren wieder freigelassen werden. Da die Besetzung den ganzen Tag über anhält, wird der Direktor wegen angeblicher Krankheit beurlaubt. Er verläßt, von allen beschimpft und gedemütigt, fluchtartig die Schule.

Am selben Nachmittag noch findet die erste Elternversammlung statt, auf der die vier Faschisten, die zuvor alles bestimmt hatten, hinausgejagt werden; außerdem wird sofort eine Reihe von Schritten beschlossen, die die Probleme der Schule lösten sollen.

Diese Schritte, nämlich auf Stadtverwaltung und Ministerium Druck auszuüben, um die finanzielle Misere der Schule zu beheben, waren schnell erfolgreich und zwar aufgrund der Macht, die man in dieser Situation verkörperte.

Wenige Tage danach, am 18. Dezember 1975, beginnt ein weiterer Kampf in diesem Stadtteil.

In der Academia Moderna, einer der Schulen mit den schlimmsten pädagogischen und hygienischen Bedingungen, entläßt der Direktor zwei Lehrerinnen, die sich „zuviel" um das Funktionieren der Schule gekümmert hatten. Unmittelbar darauf wird eine Elternversammlung im Bewohnerverein einberufen, die folgende Beschlüsse faßt:

1. Der Direktor soll gezwungen werden, die Lehrerinnen wieder einzustellen und eine Versammlung zur Bildung eines Elternververbandes einzuberufen.
2. Wenn diese Forderungen bis zum 8. Januar nicht erfüllt sind, wird am Tag des Schulbeginns ein allgemeiner Streik durchgeführt.

Das störrische Verhalten des Direktors erzwingt die Realisierung des zweiten Beschlusses: die Eltern versperren den Eingang zur Schule und erlauben niemanden, hineinzugehen. An der Tür wird die Situation mit anderen Eltern diskutiert, die bisher nicht einbezogen worden waren; einige Lehrer schließen sich dem Streik an. Die Polizei greift ein und verhaftet eine Lehrerin, die jedoch durch den öffentlichen Druck wieder freigelassen wird.

Der Kampf geht vier Tage lang mit gleichbleibender Intensität weiter. Die Entschlossenheit der Eltern angesichts der Polizeirepression und die Angst vor einer Ausbreitung des Konflikts (am 12.1. fand eine Koordinationssitzung der Lehrer aus der gesamten Zone statt, die bereit waren zu streiken) zwingen die staatlichen Stellen, den Direktor unter Druck zu setzen, worauf dieser schließlich die beiden Forderungen erfüllt. In beiden Fällen (Tibidabo und Moderna) bleiben viele ungelöste Probleme; aber auch die Einigkeit, das Engagement und die Tatsache, daß im Kampf ein neues organisatorisches Niveau erreicht wurde, erlaubt es den Beteiligten von beiden Schulen, den Kampf fortzusetzen.

Man muß noch hervorheben, daß die Leute von der zweiten Schule sich auf die Hilfe von Eltern aus der Tibidabo-Schule verlassen können, die mit ihrem höheren Maß an Erfahrung die ganze Zeit hindurch die „neuen Kämpfe" unterstützt haben.

Nach und nach entwickelte sich das Bewußtsein, daß der Kampf für ein neues Erziehungssystem nur kollektiv geführt werden kann.

Schlußfolgerungen:

Aus diesen Erfahrungen können einige Schlußfolgerungen gezogen werden, von denen wir glauben, daß sie auf die Arbeit in Stadtteilen anwendbar sind:

1. Es ist notwendig und nützlich, die legalen Zentren, Verbände, Kulturzentren usw. zu benutzen im Sinne eines Sprungbrettes für die Propaganda, und die Beteiligten auf einer ersten Stufe zusammenzuschließen.

2. Es ergibt sich wiederum die Notwendigkeit, diesen legalen Rahmen auf zwei Wegen zu überschreiten:

a) Verstärkte Einbeziehung der Versammlung als Organder Diskussion und der Versammlungen der Kämpfe. In den Versammlungen entwickelt sich das Bewußtsein und das Engagement der Kämpfenden; sie sind unverzichtbarer Ausdruck der Demokratie, all dies sind Elemente des zukünftigen Arbeiterstaats.

b) Stärkung des Gewichts von Straßenaktionen, die das einzige Mittel sind, real Druck auszuüben und die gestellten Forderungen durchzusetzen.

DAS VOLK IST IM KAMPF : „JUAN CARLOS, ESCUCHA — EL PUEBLO ESTÁ EN LUCHA !"

BARCELONA (ID) 12. Februar Eine Genossin berichtet von der bisher größten Demonstration seit dem Spanischen Bürgerkrieg, die am Sonntag, dem 1. Februar, in Barcelona stattfand. Die spanischen Zeitungen berichteten von Zahlen zwischen 40 bis 70.000, die Realität wird dazwischen liegen:

„Nach Vorstellungen der KP und der sozialistischen Partei sollte es ein pazifistischer Marsch für „Amnestie und Freiheit" werden. Diese beiden Parteien hatten versucht, eine Genehmigung für die Demonstration zu bekommen, allerdings erfolglos.

Zu der Demonstration hatten alle spanischen Organisationen aufgerufen, also außer den Reformisten auch die gesamte revolutionäre Linke von den Trotzkisten bis zu den Maoisten. Gegen zehn Uhr morgens waren bereits die Plätze, von denen die Demonstration aus organisiert werden sollte, von den Bullen mit Jeeps besetzt. Ein bißchen Hintergrundinformation:

Am Samstag davor gab es in den (legalen) Zentren, die in den verschiedenen Stadtvierteln und Arbeitervorstädten existieren, Versammlungen zur Einschätzung der Situation und Organisation der Demonstration; d.h. konkret, die einzelnen Zentren hatten bestimmte Punkte, rund um den großen Platz, von wo die Demonstration aus losgehen sollte, als Treffpunkte ausgemacht. Die Genossen, die dort eintrafen, liefen in kleinen Gruppen als „Spaziergänger" herum und umkreisten den Treffpunkt, bis man abchecken konnte, daß es genug Leute waren, sich auf die Straße zu wagen. Irgendeiner fing an, „Amnestia-Libertad" zu rufen, und in unglaublicher Schnelligkeit formierte sich auf der Straße ein Demonstrationszug hin zu dem großen Platz, von wo man mit den anderen, genauso organisierten Demonstrationszügen zusammentraf.

Das wichtige dabei ist, die Bullen durch eine ungeheure Schnelligkeit an Organisationsfähigkeit zu überraschen, so daß sie nicht sofort eingreifen können.

Auf der Kreuzung Paseo San Juan - Diagonal trafen immer neue Demonstrationszüge ein. Spruchbänder wurden entrollt, aus dünnem Stoff, den die Genossen in ihren Manteltaschen versteckt hatten, und es ging weiter in Richtung Innenstadt.

An den Parolen konnte man so ungefähr erkennen, welche Organisationen wo liefen: neben dem „Amnestia-Libertad" der Reformisten und der Forderung nach Autonomie für Katalonien gab es vor allem diese Parolen: „Freiheit für alle politischen Gefangenen", „Auflösung der Repressionsorgane" „Juan Carlos, hör zu, das Volk ist im Kampf", „Hoch mit den Löhnen, runter mit den Preisen".

Wo die Demonstration vorbeikam, reihte sich ein großer Teil der Passanten ein, und aus den Fenstern applaudierten die Bewohner. Die Genossen riefen immer wieder "Nachbarn, auf die Straße", die Demonstration wurde immer görßer, und man konnte das Ende schon lange nicht mehr sehen. Es waren unheimlich viele ältere Leute dabei, viele Arbeiter aus ihrem Stadtviertel waren zusammen hingekommen, und viele, viele Frauen.

Gut zwanzig Minuten gehörte die Straße uns, die Stimmung war unheimlich gut, jeder schrie, so laut er konnte, und man sah überall Begeisterung in den Gesichtern. Dann hörte man die (fürchterlich lauten) Sirenen der Bullen in ihren Jeeps, und sah, wie sie anrückten. Kurz darauf gab es Rauchbomben und Schüsse von dem Abfeuern der Gummipatronen. An dieser Stelle sind alle unheimlich gerannt, aber trotz der vielen Leute gab es keine Panik. In den Nebenstraßen bildeten sich in relativ kurzer Zeit wieder neue Demonstrationszüge, die sich später zum Teil wieder zusammenfanden.

Ein großer Teil der Demonstranten ist dann zum größten Gefängnis von Barcelona gezogen, dem „carcel modelo" (in dem der ETA-Genosse Txiki ermordet wurde). Dort waren die Bullen unheimlich brutal, haben mit ihren Holzknüppeln draufgeschlagen, Gummipatronen verschossen und sind mit Pferden in die Demonstration reingerast.

Die Genossen aber haben zurückgeschlagen, mit Steinen und unheimlich viel Mut haben sie die Bullen des öfteren in die Flucht geschlagen und einige von den Bullen haben ganz schön was abgekriegt.

Überhaupt konnte man sehen, daß die Leute in solchen Momenten ihre Angst verlieren und statt wegzurennen stehenblieben und sich wehrten. Eine große Hilfe leisteten auch die Autofahrer: sie blieben stehen, hupten im Takt „Amnestia-Libertad" und bildeten so riesige Autoschlangen, daß die Bullen mit ihren Jeeps nicht durchkamen.

Die KP-Führung und ihre Getreuen verhielten sich mal wieder sehr charakteristisch: sie wollten doch beweisen, daß sie fähig sind, eine friedliche Demonstration zu veranstalten und die Sache in ihrer Hand zu behalten; deshalb diffamierten sie die Militanz der Demonstanten als Provokation — aber die Militanz war auf so breiter Ebene, daß niemand behaupten könnte, es wäre nur ein kleiner Teil der revolutionären Linken gewesen. Es stimmt wirklich, daß ein nicht unerheblicher Teil der KP-Basis in solchen Momenten der Auseinandersetzung mit den Bullen wesentlich militanter zuschlägt als die Führung es wahrhaben will. (was m.E. perspektivisch bestimmt politische Auswirkungen haben wird auf die bisherige KP-Vorherrschaft).

Bis um drei Uhr nachmittags bildeten sich immer wieder Demonstrationszüge: und eine kleine feste Gruppe machte den Anfang, rannte auf die Straße, rief Parolen und sofort gab es eine Demonstration von der Stärke von ein paar Tausend.

Nach der Demonstration gab es überall Sicherheitstermine, um zu sehen, ob niemand verletzt oder verhaftet ist. Soweit ich gehört habe, und in der Zeitung gelesen habe, gab es keine Verhaftungen.

Dies war erst der Anfang !

Am selben Sonntag habe ich noch eine andere Demonstration gesehen: jeden Sonntagabend wird auf dem Plaza San Jaime in dem alten Teil von Barcelona die „sardana" getanzt, ein alter katalanischer Volkstanz, bei dem sich junge und alte Katalanen treffen und gemeinsam im Kreis tanzen und ihre eigenen Lieder singen. Zum Schluß die katalanische Nationalhymne, die endet mit „Visca", „Visca", was auch bedeutet: es lebe ein unabhängiges und sozialistisches Katalonien. Dieses Mal war es aber damit noch nicht zuende, einige fingen an, erste leise, dann immer lauter „Amnestia-Libertad" zu rufen, und nach kurzer Zeit bildete sich ein Demonstrationszug in Richtung auf die Ramblas, wo abends immer unheimlich viele Leute spazierengehen. Ein Teil der Leute reihte sich ein und zog mit zur Plaza Cataluña, wo die Bullen anfingen, die Demonstration aufzulösen. Neben den Forderungen nach Autonomie für Katalonien gab es dieselben Parolen wie am Morgen auf der Demonstration.

Ich glaube, daß an diesem Beispiel was wichtiges zum Ausdruck kommt, nämlich die Möglichkeit, wie sich Bestrebungen nach nationaler Befreiung erweitern können auf allgemeinpolitische Forderungen wie Freiheit für alle politischen Gefangenen z.B., und somit ihre Begrenztheit verlieren können."